

Die Pflicht zur Strafanzeige im Schweizerischen Rechte

Dissertation

**der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich**

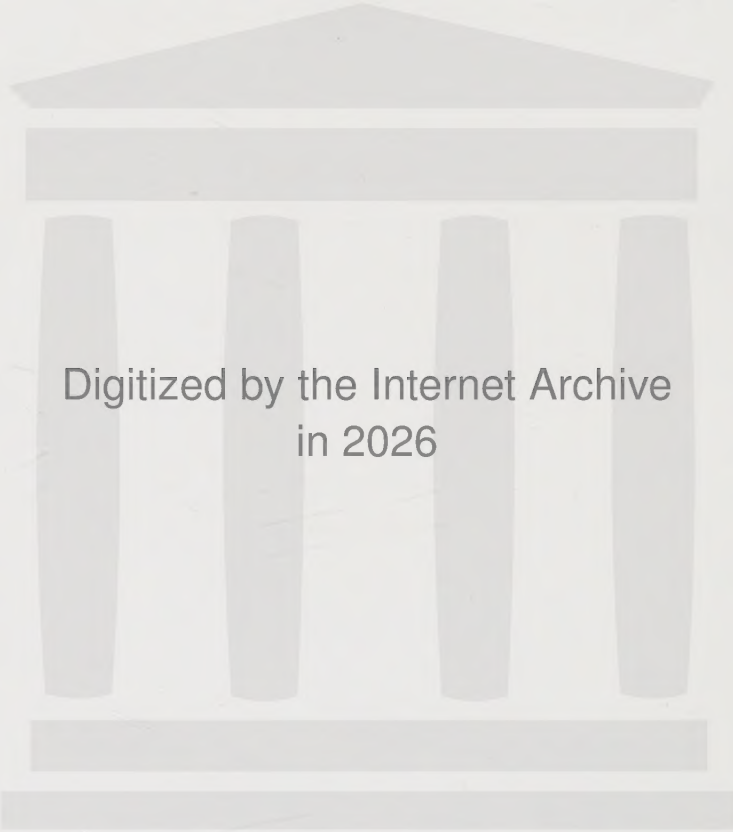
zur Erlangung der Würde eines Doktors beider Rechte

vorgelegt von
Anna Graf
von Zürich

genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. H. F. Pfenninger

Zürich 1949
Buchdruckerei Schultheß & Co. AG.

Die Pflicht zur Strafanzeige im Schweizerischen Rechte



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Die Pflicht zur Strafanzeige im Schweizerischen Rechte

Dissertation

**der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich**

zur Erlangung der Würde eines Doktors beider Rechte

vorgelegt von

Anna Graf

von Zürich

genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. H. F. Pfenninger

Zürich 1949

Buchdruckerei Schultheß & Co. AG.

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, den 22. Januar 1949.

Der Dekan:

Prof. Dr. K. Käfer.



Copyright 1949 by Schulthess & Co. AG. Zurich

Printed in Switzerland

Buchdruckerei Schulthess & Co. AG. Zürich

Meinen Eltern

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	1

ERSTER TEIL

Geschichtlicher Ueberblick

(Die allgemeine Entwicklung der Anzeigepflicht bis zum Ende des 19. Jahrhunderts)	3
---	---

ZWEITER TEIL

Die Gestaltung der Denunziationspflicht im geltenden schweizerischen Rechte

I. Die Regelung in den Nachbarländern	49
II. Die Anzeigepflicht im Bundesrechte	51
III. Die Anzeigepflicht in den Kantonen	56
IV. Ueberblick	94

DRITTER TEIL

Das Problem der Strafanzeigepflicht im geltenden schweizerischen Rechte

I. Die kriminalpolitische Bedeutung der Strafanzeigepflicht . . .	99
II. Stellungnahme zur heutigen gesetzlichen Regelung . . .	106

ANHANG

I. Literatur und Materialien	129
II. Rechtsquellen	134
III. Abkürzungen	145

Einleitung.

Damit das Strafrecht seinen Zweck, die Rechtsordnung zu schützen, erfüllen kann, muß in allererster Linie dafür gesorgt werden, daß die durch die Gesetzgebung als strafbare Handlungen oder Unterlassungen bezeichneten Verletzungen der Rechtsordnung dem Staate bekannt werden. *Spezialpräventiv* wirken kann ein Strafrecht nur in dem Maße, als der einzelne Rechtsbrecher erfaßt und den vom Staate gegen ihn vorgesehenen Maßnahmen zur Besserung oder Unschädlichmachung unterworfen werden kann. Auch die *generalpräventive* Funktion des Strafrechts, die Menschen allgemein vor Verletzungen der Rechtsordnung zu warnen und abzuschrecken, kann nur erreicht werden, wenn ein allfälliger Täter mit großer Wahrscheinlichkeit mit seiner Entdeckung und Bestrafung rechnen muß.

Die „**Strafanzeige**“ ist daher kriminalpolitisch von grundlegender Bedeutung. Durch sie wird dem Staate, bzw. den vom Staate mit der Verfolgung der strafbaren Handlungen betrauten Behörden bekanntgegeben, daß die Rechtsordnung in strafbarer Weise verletzt wurde oder zum mindesten, daß der Verdacht bestehe, daß dies geschehen sei, oder — wenn man den Begriff der Strafanzeige so weit fassen will — daß eine solche Verletzung der Rechtsordnung bevorstehe.

In dieser Arbeit soll nun untersucht werden, welche Bedeutung die Gesetzgeber der Strafanzeige beigemessen haben und wie sie an dieses Problem jeweils herangetreten sind, bzw. welche Lösungen gesucht und gefunden wurden. Hierbei soll unterschieden werden zwischen Anzeigepflichten in bezug auf **bevorstehende** („drohende“) Verbrechen und zwischen solchen in bezug auf **begangene Straftaten**. Bei den letzteren sollen die Anzeigepflichten zugunsten Unschuldiger speziell beachtet werden.

Hinsichtlich des personellen Geltungsbereiches der „Anzeigespflicht“ soll sodann zwischen der **allgemeinen**, d. h. für jedermann geltenden Anzeigespflicht und der **speziellen**, nur für bestimmte Personen, bzw. Personenkategorien geltenden Denunziationspflicht differenziert werden, und innerhalb von diesen Kategorien weiter nach dem sachlichen Geltungsbereich zwischen der **umfassenden**, praktisch für alle Straftaten geltenden Denunziationspflicht und der Anzeigespflicht nur in bezug auf **bestimmte** Delikte.

Im ersten Teil der Arbeit soll ein historischer Ueberblick gegeben, d. h. allgemein gezeigt werden, welchen gesetzgeberischen Niederschlag das Problem der Anzeigespflicht in früheren Zeiten gefunden hat. Im zweiten Teil soll die heutige Regelung im Bund und den Kantonen dargestellt werden und im dritten Teil hierauf zum Probleme allgemein Stellung genommen und auch die heutige Regelung im Bund und den Kantonen einer entsprechenden kritischen Würdigung unterzogen werden.

Geschichtlicher Überblick

(Die allgemeine Entwicklung der Anzeigepflicht
bis zum Ende des 19. Jahrhunderts.)

Mosaisches Recht ¹.

Moses, der von seinem Volke verlangte, daß es seinen Nächsten liebe „als sich selbst“, betrachtete im allgemeinen die Denunziation als etwas Gehässiges; ja er verbot geradezu das feindselige Denunzieren fremder Verbrechen und belegte es in gewissen Fällen mit einem Tadel ².

Indessen stellte auch das mosaische Recht eine **allgemeine**, d. h. eine für jedermann gültige Strafanzeigepflicht auf in bezug auf zwei besonders gravierende Straftaten.

Das Verbrechen der **A b g ö t t e r e i**, der Abfall von der Gottheit, griff die Grundlage des mosaischen Staates, die Theokratie, an. Der Verführer zum Dienste fremder Götter war daher unter allen Umständen anzuzeigen, selbst wenn es sich um Frau und Kinder, um den eigenen Bruder oder den besten Freund handeln sollte. Einzig die Eltern und den Ehemann scheint man nicht verpflichtet gewesen zu sein anzugeben.

Ferner war das Leben des Menschen, der nach Gottes Bildnis geschaffen wurde, besonders schützenswert. Es war daher nicht nur Pflicht der Obrigkeit, einen unbekannten **M ö r d e r** zu verfol-

¹ Siehe hierzu: **M i c h a e l i s**, Mosaisches Recht VI, § 290; **H a h n**, Von der Pflicht zur Denunziation von Verbrechen, S. 53 ff.

² Das Verbot steht 3. B. Moses XIX. 16—18: „Du sollst nicht als Angeber unter deinem Volke herumschleichen, und nicht gegen Blut auftreten. Ich bin Jehovah! Du sollst deinen Bruder nicht heimlich hassen, du kannst ihn, wenn er Böses thut, erinnern, so machst du dich seiner Sünde nicht theilhaftig. Du sollst nicht rachgierig und nachtragend gegen den sein, der mit dir zu Einem Volke gehört, sondern deinen Nebenmenschen lieben als dich selbst. Ich bin Jehovah!“

gen, sondern es sollte — wie sich aus 5. B. Moses XXI, 1—9 schließen läßt — auch jeder Einzelne, der etwas wußte, zur Entdeckung des Täters behülflich sein.

Griechische Republiken ³.

In A t h e n — und Athen kann hier als Typus der griechischen Republiken gelten — waren die Bürger frei von aller Verbindlichkeit zur Denunziation. Der Einzelne wurde lediglich zur Anzeige aufgemuntert, vor allem bei Verbrechen gegen Staat und Religion. Sklaven, die ebenfalls wie die Fremden zur Anzeige berechtigt waren, wurde oft die Freiheit als Belohnung zugesichert; auch Geldbelohnungen wurden ausgerichtet.

Trotzdem der athenische Bürger in den mannigfaltig verschiedenen Prozeßarten Klage erheben konnte, kamen Denunziationen häufig vor. Dem Denunzianten blieb die förmliche Klageführung erspart, da auf bloße Anzeige hin der Staat von sich aus eine Untersuchung einleitete.

Römisches Recht ⁴.

In dem gesamten früheren Recht und selbst noch zu Beginn der Kaiserzeit war der römische Bürger nicht verpflichtet, begangene Verbrechen zu denunzieren. Auch ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß keine allgemeine, gesetzliche Anzeige-, bzw. Hinderungspflicht in bezug auf drohende Straftaten bestanden hat ⁵.

³ Siehe hierzu: H a h n S. 55 f.

⁴ Siehe hierzu: M o m m s e n, Römisches Strafrecht, S. 91, 318 ff., 504 ff.; G e i b, Geschichte des römischen Criminalprozesses, S. 140 ff., 525 ff.; R e i n, Criminalrecht der Römer, S. 120 ff.; G e i b, Lehrbuch des deutschen Strafrechtes II, S. 186, 389; H e ß, Die Anzeigepflicht im Strafrecht, S. 7 f.; H a h n S. 56 ff.; S t ü b e l, Ueber den Thatbestand der Verbrechen, § 53; B i e n e r, Geschichte des Inquisitionsprozesses, S. 10 ff.; B o s s a r d, Die Denuntiationspflicht in Strafsachen nach den Gesetzen des Kantons Luzern, S. 8 Anm. 8; K l e n z e, Lehrbuch des Strafverfahrens, S. 27 f.; M i t t e r m a i e r, Das deutsche Strafverfahren I, S. 77 f.; G l a s e r, Handbuch des Strafprozesses I, S. 61.

⁵ Siehe jedoch: fr. 50. D. de R. J.: „Culpa caret, qui scit, sed prohibere non potest.“ — und fr. 109. D. de R. J.: „Nullum crimen patitur is, qui non prohibet, cum prohibere (non) potest.“

Im Laufe der Kaiserzeit jedoch wurde eine **allgemeine** Strafanzeigespflicht aufgestellt. Bestimmte, den Staat besonders interessierende Verbrechen wurden hervorgehoben und jedermann (mit Ausnahme der nächsten Verwandten, des Ehegatten und der Schwäger des Täters) unter Strafandrohung gezwungen, Anzeige zu erstatten.

So wurde die Denunziation bei den bevorstehenden Delikten der Entführung, der Münzfälschung und des Parricidiums befohlen. Derjenige z. B., der die Verfälschung von goldenen und silbernen Münzen durch Anzeige hätte hindern können und es unterließ, verfiel der Strafe des Verbrechens selber.

Denunziert werden mußten ferner das begangene Münzverbrechen und die Ketzerei. Ebenso soll der einzelne in bezug auf das Verbrechen der Malefici, Latrones, Desertores und Fugitivi zur Strafanzeige verpflichtet gewesen sein.

Auch dürfte wohl, in Anbetracht der besonderen Schwere des Deliktes, das begangene wie drohende Majestätsverbrechen anzuzeigende Straftat gewesen sein⁶.

Ferner wurden bestimmten Personen, die in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis zueinander standen, gewisse Anzeige- bzw. Hinderungspflichten auferlegt. Der **pater familias** z. B. haftete für die Delikte seines unter seiner Gewalt stehenden Sohnes, wenn sie mit seinem Wissen verübt wurden. Ebenso lag dem **Herrn** die Verpflichtung ob, seinen Sklaven zu hindern oder für dessen Verbrechen einzustehen.

Umgekehrt waren die **Kinder** verpflichtet, ihre Eltern vor bevorstehenden Verbrechen durch Anzeige zu schützen. Unterlassene Denunziation wurde z. B. bestraft, wenn ein Sohn unterließ, dem Vater mitzuteilen, daß ein anderer Sohn sein Leben bedrohe. Gleicherweise waren die **Sklaven** zur Hilfe und zum Schutze verpflichtet gegen ihren Herrn bedrohende Verbrechen.

⁶ Im Widerspruche zu dieser vorherrschenden Ansicht steht Geib, Strafrecht II, S. 389: „... keineswegs aber (freilich im Widerspruche mit der gewöhnlichen, auf einem Mißverständnisse der L. 5. § 6. C. ad L. Iul. maiest. beruhenden Ansicht) auch nur hinsichtlich des *crimen maiestatis* — gilt die Nichtverhinderung resp. Nichtanzeige als strafbar.“

Als leno galt, wer Ehebruch in seinem Hause treiben ließ, ohne zu hindern.

Schließlich ging der römische Staat auch dazu über, für die Anzeige bestimmter Delikte *Begünstigungen und Belohnungen* auszurichten. So wurde z. B. für gewisse Denunziationen das Bürgerrecht verliehen oder Steuerfreiheit gewährt, den Mitschuldigen Straflosigkeit versprochen. Sklaven erhielten für die Anzeige des Mörders ihres Herrn oder anderer schwerer Verbrecher die Freiheit zugesichert; auch Geldbelohnungen wurden in Aussicht gestellt. Häufig wurden solche Belohnungen für die Denunziation gewisser Straftaten zum voraus öffentlich ausgeschrieben. In späteren Zeiten erschienen sogar in den Gesetzen selbst solche allgemeine Aufforderungen zur Anzeige unter Versprechung von *Begünstigungen und Belohnungen*.

Diejenigen Personen nun, welche durch ihre Anzeige die Entdeckung von bisher unbekannten Verbrechen ermöglichten, vor allem aber die an einem Delikte selbst Beteiligten, welche um eigener Straflosigkeit willen ihre Mitschuldigen verrieten, wurden *indices* genannt. Als *quadruplatores* dagegen bezeichnete man die Privatpersonen, die sich mit dem Aufsuchen von Verbrechen beschäftigten und aus der Entdeckung von Straftaten zum Teil ein eigenes (im allgemeinen jedoch als unehrenhaft geltendes) Metier gemacht hatten. Im Gegensatz zu den *indices*, denen die Geldbelohnungen unmittelbar aus der Staatskasse ausgerichtet wurden, erhielten kraft einer allgemeinen gesetzlichen Vorschrift die *quadruplatores* für ihre Meldung eine bestimmte Prämie nach Maßgabe des Vermögens des Verurteilten.

Hand in Hand mit der Schaffung einer allgemeinen, für jedermann geltenden Strafanzeigespflicht in bezug auf bestimmte, für die Oeffentlichkeit besonders wichtige strafbare Handlungen ging die Ausbildung einer *amtlichen* Tätigkeit betreffend die Anzeige und die Entdeckung von Straftaten. In die regelmäßige Prozeßform der Römer, die (wie im ganzen Altertum) akkusatorisch war, mischten sich mehr und mehr inquisitorische Elemente.

Eigens dazu bestellte Unterbeamte, wie etwa die **curiosi** und **stationarii**, eine Art Strafverfolgungsbeamter, wurden mit dem Ver-

zeigen und Aufsuchen von Rechtsverletzungen beauftragt. Eine ähnliche Stellung hatten die **nuntiatores** und die **irenarchae**. Militärisch-politische Denunzianten waren z. B. die **frumentarii** oder **peregrini**.

Eine Denunziationspflicht wurde ferner den **Municipalmagistraten** und **Defensoren** auferlegt, doch nur bei schweren Verbrechen. Ebenso war z. B. auch der **Präfectus Vigilum** bei schweren Delikten meldepflichtig. Ja man scheint sogar nach und nach beinahe **allen Beamten**, welchen nicht schon selbst eine Kriminaljurisdiktion zustand, eine Anzeigepflicht auferlegt zu haben.

Alt-Deutsches Recht.

Schon früh wurde sich der alt-deutsche Staat seiner Verpflichtung bewußt, das Verbrechen zu bekämpfen. Während nach athenischem und römischem Rechte jeder Bürger berechtigt war, Klage zu erheben, war im alt-deutschen Privatklageverfahren nicht jeder einzelne, sondern nur der Verletzte und seine Sippe zur Klage berechtigt. Missetaten, die nicht handhaft waren oder die nicht rechtsförmlich angeklagt wurden, blieben somit ungesühnt. Um diese Lücke in der Strafrechtspflege auszufüllen, begann der Staat daher in ersten Ansätzen schon unter den Merowingern — so etwa wenn Raub und Diebstahl überhandgenommen hatten — von Amtes wegen einzuschreiten.

Mit dem wachsenden Interesse des Staates an der Verfolgung und Verhütung von Verbrechen erlangte nun auch die **Strafanzeigepflicht** eine gewisse Bedeutung. Die ersten Spuren einer solchen finden wir denn auch schon in den Quellen der **merowingischen Zeit**⁷. So wurde z. B. bei Totschlagsverdacht den Bewohnern eines Dorfes, in deren Feldmark die Leiche eines von unbekannter Hand Getöteten aufgefunden wurde, auferlegt, mit einer bestimmten Zahl von Helfern zu schwören, daß sie die Tat weder selbst verübt noch vom Täter Kenntnis hätten. Der zweite Teil des Eides hatte dabei die Pflicht, den **Mörder anzugeben**, zur selbständigen Voraussetzung.

⁷ Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II, S. 638.

An derartige Vorbilder schloß sich, von Karl dem Großen ausgebaut, das **fränkische Rügeverfahren** an ⁸.

Dieses Verfahren bestand darin, daß besonders **angesehene, gut-beleumdete und vertrauenswürdige Männer** eines Untersuchungsbezirkes eidlich zur Rüge verpflichtet wurden, d. h. sie hatten entweder von bestimmten, ihnen bekannt gewordenen Verbrechen dem Grafen oder Königsboten Anzeige zu erstatten oder auf amtliches Befragen (inquisito) schlechtweg die Wahrheit zu sagen ⁹.

Eine bestimmte Zahl von „Rügezeugen“ — auch iuratores (Rügegeschworene) genannt — war nicht festgesetzt; ihre Anzahl und Auswahl blieb dem Ermessen des Richters überlassen.

Wie es scheint, war das Rügeverfahren beim Volke nicht beliebt gewesen. Diese Rügegerichte waren denn auch in fränkischer Zeit keine ständige Institution, sondern wurden vielmehr nur angeordnet, wenn ein Bedürfnis vorhanden war, so etwa wenn gewisse Verbrechen überhandgenommen, die landschädlichen Leute sich allzu sehr vermehrt hatten. Auch ständige Rügegenschworene waren nicht vorhanden.

Als rügepflichtige Verbrechen nennt ein Kapitular für Italien ¹⁰

⁸ Siehe hierzu: Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II, S. 639 ff.; Rosenfeld, Der Reichsstraßprozeß, S. 9, 19; Gerland, Der deutsche Strafprozeß, S. 15; Fehr, Deutsche Rechtsgeschichte, S. 69; Birkmeyer, Deutsches Strafprozeßrecht, S. 815; Schröder/Künssberg, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, S. 145, 413 f.; Geib, Lehrbuch des deutschen Strafrechts II, S. 187; Binding, Grundriß des deutschen Strafprozeßrechts, S. 14.

⁹ Vgl. hierzu Pertz, Monumenta Germaniae Historica III: S. 43, Pippini Regis Capitulare Langobardicum a. 782 c. 8.: „Judex unusquisque per civitatem faciat iurare ad Dei iudicia homines credentes iuxta quantos praevidetur, seu foris per curtes vel vicoras mansuros; ut cui ex ipsis cognitum fuerit id est homicidia furta adulteria et de illicitas coniunctiones, ut nemo eas concelet. ...“ — S. 426, Karoli II. capitularia a. 853: „Istud sacramentum iurabunt Franci homines: Ego ille adsalituram, illud malum quod seach vocant vel tesceiam, non faciam, nec ut alius faciat consentiam; et si sapuero qui hoc faciat, non celabo; et quem scio qui nunc latro aut seachcator est, vobis missis dominicis non celabo, ut non manifestem. Sic me Deus adiuvet et istae reliquiae.“ — Siehe ferner Pertz III, S. 328.

¹⁰ Brunner S. 641.

z. B. Totschlag, Diebstahl, Unzuchtsverbrechen und Inzest. In den westfränkischen Quellen erscheinen vor allem Raub und Diebstahl, hin und wieder auch Zauberei. Ebenso hatten die iuratores Waldfrevel sowie Amtsmißbräuche der weltlichen und kirchlichen Beamten zu rügen. Ferner soll in bezug auf Verrat und Brandstiftung eine Pflicht zur Rüge bestanden haben.

Zu Beginn des 11. Jahrhunderts finden wir das fränkische Rügeverfahren auch in England und in Sizilien. Dies erklärt sich dadurch, daß in dem durch Karl den Einfältigen im Jahre 912 an die Normannen abgetretenen Gebiete Neustriens das fränkische Rügeverfahren unter der Herrschaft der Normannen erhalten blieb und mit diesen sowohl nach England übergang, als auch in Sizilien Eingang fand.

Das bischöfliche Sendgericht ¹¹.

In der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts drang das karolingische Inquisitionsverfahren in die bischöflichen Sendgerichte ein. Diese Rezeption des weltlichen Rügeverfahrens mag zum Teil darauf beruhen, daß der Bischof auf seinen jährlichen Visitationsreisen regelmäßig vom zuständigen Grafen begleitet und unterstützt wurde. Auch hatten die Bischöfe als Königsboten gelegentlich in weltlichen Angelegenheiten inquisitorische Tätigkeit zu entfalten.

Wie das staatliche Rügeverfahren ein amtliches Einschreiten in all den Fällen ermöglichen sollte, in denen aus freiem Antrieb kein Kläger auftrat, so hatte nun auch das im Zusammenhange mit der Visitation abgehaltene Sendgericht die Aufgabe, dem Bischof die Kenntnis von möglichst all den Kirchenvergehen zu vermitteln und deren Bestrafung zu ermöglichen, die weder auf dem Wege der förmlichen Klageerhebung, noch durch Gerücht oder sonstige De-

¹¹ Siehe hierzu: Hinschius, System des katholischen Kirchenrechts V, S. 425 ff.; Richter, Lehrbuch des Kirchenrechtes, S. 597 ff.; Regino-nis II, De synodalibus causis, S. 208 ff.; Brunner S. 434, 643 f.; Hippel, Deutsches Strafrecht I, S. 87; Schröder/Künssberg S. 414 f., 634 f.; Gerland S. 17; Geib, Strafrecht II, S. 186.

nunziation den Priestern oder dem Bischof selbst bekanntgeworden waren.

Im Gegensatz nun aber zum weltlichen Rügeverfahren der karolingischen Zeit war das kirchliche Inquisitionsverfahren eine ständige Einrichtung.

Das Verfahren selbst bestand darin, daß der Bischof — ähnlich dem weltlichen Richter — in jeder Pfarrei **angesehene und glaubhafte Männer** zur Anzeige auf Befragen verpflichtete. Diese Sendzeugen oder Sendgeschworenen (*testes synodales, iuratores synoda*), deren Zahl in der Regel sieben betrug, hatten auf die Fragen des Bischofs nach bestimmten, in der betreffenden Pfarrei vorgekommenen strafbaren Handlungen alle diejenigen Straftaten zu denunzieren, die im Laufe des Jahres zu ihrer Kenntnis gekommen waren ¹².

Und die Fragen des Bischofs sollen auf die verschiedenen Arten der Tötung und Körperverletzung, auf Ehebruch und andere Fleischesvergehen, ferner auf Diebstahl und Raub (Kirchenraub), Meineid und die Verleitung dazu, falsches Zeugnis, Menschenraub und Zauberei sowie auf abergläubisches, namentlich dem Heidentume entstammendes Verhalten gegangen sein. Endlich scheinen auch eine Reihe von Verletzungen kirchlicher Pflichten und der Kirchenordnung Sendsachen gewesen zu sein.

Das Recht zur Abhaltung des Sendgerichtes verblieb während der ersten Jahrhunderte ausschließlich dem Bischof. Vom 12. Jahrhundert ab finden wir auch die Archidiakonen zur Abhaltung der Visitation und des Sendgerichtes berechtigt; ebenso waren seit

¹² Vgl. dazu Regino II, S. 207 f., *Iusiurandum synodale*. „A modo in antea, quidquid nosti aut audisti, aut postmodum inquisiturus es, quod contra Dei voluntatem et rectam Christianitatem in ista parochia factum est, aut futurum erit, si in diebus tuis evenerit, tantum ut ad tuam cognitionem quocunque modo perveniat, si seis aut tibi indicatum fuerit, synodalem causam esse, et ad ministerium episcopi pertinere, quod tu nec propter amorem, nec propter timorem, nec propter praemium, nec propter parentelam ullatenus celare debeas archiepiscopo de Treveris aut eius misso, cui hoc inquirere iusserit, quandocunque te ex hoc interrogaverit. Sic te Deus adiuvet et istae sanctorum reliquiae.“

dem 12. Jahrhundert manche Erzpriester und sogar einzelne Pfarrer im Besitze der Sendrechte.

Und was die Zuständigkeit dieser kirchlichen Gerichte betrifft, so zeigt sich seit dem 13., namentlich aber seit dem 14. Jahrhundert eine Beschränkung ihrer ursprünglichen Kompetenz. So scheint z. B. die Zuständigkeit verlorengegangen zu sein in bezug auf die Straftatbestände des Mordes, der Tötung, des Diebstahles und des Raubes. Auch hatten im Laufe der Zeit gewisse Personen die Exemtion von der Sendgerichtsbarkeit erlangt. Vor allem waren es die Fürsten und die auftretenden Städte, die mit beschränkenden Maßnahmen gegen das Sendgericht voringen.

Entstehende Mißbräuche in der Handhabung der Sendgerichtsbarkeit — es wurden u. a. unzuverlässige Personen als Sendzeugen bestellt, die entweder leichtfertig ihrer Rügepflicht nachkamen oder aber, indem sie mit einer Strafanzeige drohten, Geld zu erpressen suchten — führten schließlich dazu, daß sich in der Reformationszeit die heftigsten Angriffe gegen das Sendgericht erhoben. Die Institution der Sendgerichtsbarkeit geriet denn auch immer mehr in Verfall und erhielt sich nur noch vereinzelt bis in das 18. Jahrhundert hinein.

Kanonisches Recht ¹³.

Eine **allgemeine**, d. h. eine für jedermann gültige gesetzliche Anzeigepflicht in bezug auf **b e g a n g e n e** Straftaten war dem kanonischen Recht fremd. Indessen war der einzelne, dem Geiste des kirchlichen Rechtes entsprechend, bei dem Verbrechen der **K e t z e r e i** zur Denunziation verpflichtet. Auch konnten besondere Aufforderungen zur Entdeckung von strafbaren Handlungen durch den geistlichen Richter vermittelt der „monitoria“ unter Androhung der Exkommunikation ergehen.

Eine spezifische Meldepflicht scheint für **Geistliche** bestanden zu haben. So sollen die untergebenen Geistlichen verpflichtet gewesen sein, die Vergehen der Bischöfe zur Anzeige zu bringen.

¹³ Siehe hierzu: H a h n S. 61 f.; H e ß S. 8; G e i b, Strafrecht II, S. 390; B o s s a r d S. 9.

Daß das kanonische Recht aus moralisch-religiösen Gründen die Nichtanzeige, bzw. die Nichtverhinderung eines drohenden Deliktes, dessen Hinderung möglich gewesen wäre, als Sünde betrachtete und bestrafte, steht fest. Kontrovers dagegen ist, ob eine allgemeine gesetzliche Pflicht zur Strafanzeige bestanden hat.

Bei dieser Meinungsverschiedenheit nun geht es um die Auslegung folgender Stellen:

c. 7. C. 23. 9. 3.: „Non in inferenda, sed in depellenda injuria lex virtutis est. Qui enim non repellit a socio injuriam, si potest, tam est in vitio, quam ille, qui facit.“

c. 8. ib.: „Qui potest obviare et perturbare perversos, et non facit, nihil aliud est, quam favere eorum impietati.“

c. 6. de sentent. excomm. in 6to.: „Cum liceat cuilibet suo vicino vel proximo pro repellenda ipsius injuria suum impertiri auxilium; imo si potest et negligit, videatur injuriantem favere ac esse particeps ejus culpa.“

Da die zwei zuerst zitierten Stellen nicht von juristischen, sondern nur von moralischen Begriffen (*virtus*, *vitium*, *impietas*) sprechen, ist Hahn¹⁴ z. B. der Ansicht, daß das kanonische Recht keine positive Rechtsverbindlichkeit zur Denunziation angenommen habe, denn auch die dritte Stelle enthalte nur „ein moralisches Urtheil über Verschuldung des Nichthindernden, aber keine kategorische juristische Erklärung, daß vor dem Richter Nichthinderung ein förmliches Delikt oder Theilnahme am Verbrechen im rechtlichen Sinne sein solle“.

Als ein Vertreter der gegentheiligen Auffassung, daß eine Rechtspflicht zur Anzeige bzw. Verhinderung von drohenden Straftaten allgemein anerkannt gewesen sei, argumentiert z. B. Bossard¹⁵ folgendermaßen:

„Die gegentheilige Ansicht stützt sich auf den Umstand, daß diesfalls Hinderung und Nichthinderung der Verbrechen mit ‚*virtus*‘, ‚*vitium*‘, ‚*impietas*‘ (Tugend, Fehler, Lasterhaftigkeit), also mit Worten, die einen rein moralischen Begriff in sich schließen, be-

¹⁴ Hahn, Von der Pflicht zur Denunziation von Verbrechen, S. 61/62.

¹⁵ Bossard, Die Denuntiationspflicht in Strafsachen nach den Gesetzen des Kantons Luzern, S. 9 Anm. 9.

zeichnet wurden. Allerdings erhellt aus dieser Ausdrucksweise, daß im kanonischen Rechte die Denuntiationspflicht vorzugsweise aus moralischen Gründen vorgeschrieben wurde. Ein positives Gesetz hört aber deswegen nicht auf, positives Gesetz zu sein, weil dasselbe aus nur moralischen Motiven hervorgegangen ist. Zudem ist in Stellen, wie in can. 6. de sentent. excommunic. in 6to. ... der Gesichtspunkt gar nicht angegeben, von dem aus der Nichthin-dernde ‚videatur injuriantem favere ac esse particeps ejus culpae‘. Auch enthält diese Stelle nicht bloß die Aeüßerung einer Ansicht, sondern ein förmliches Gebot.“

Lehenrecht ¹⁶.

Das Vasallenverhältnis, als besonderes Schutz- und Dienstverhältnis, begründete eine feste Bindung zwischen Herr und Vasall und verpflichtete den Lehensmann zur Hingabe und Treue gegenüber seinem Herrn.

Aus der besonders engen persönlichen Bindung zwischen Herr und Mann erklärt sich auch die Pflicht des **Vasallen**, seinen Lehensherrschaft vor d r o h e n d e n Verbrechen zu warnen. Das Nichterfüllen der Anzeigepflicht wurde als eine Verletzung der Lehenstreue angesehen und zog nach den Libri Feudorum ¹⁷ sogar den Verlust des Lehens nach sich.

Das Spätmittelalter.

Einen Höhepunkt in der „Entwicklung“ der Anzeigepflicht erreichte man im Spätmittelalter.

Die Rechtsordnung war zur Friedensordnung geworden, ihr oberstes Ziel, die Aufrechterhaltung des Friedens in Staat und Volk.

¹⁶ Siehe hierzu: H a h n S. 62 f.

¹⁷ § 2. 1. II. tit. 24: „Praeterea si vasallus rescierit, aliquem contra dominum suum assaltum, vel mortem vel capitonem aut patrimonii grandem jacturam facere molientem, debet dominum super hoc, quam citius potest, certiorare, ut proinde dominus sciens prudensque periculum valeat declinare. Quod si non fecerit, doloque vel negligentia sua, vel fraude celaverit, beneficio se cariturum agnoscat.“

Der Staat selbst setzte sich zur Aufgabe, den Frieden im Lande zu erhalten. Im Gegensatz aber zum modernen Staate besaß das mittelalterliche Staatswesen noch keine organisierte Polizei, die mit der Aufdeckung und Verfolgung von Verbrechen beauftragt werden konnte; der einzelne hatte vielmehr selbst für die allgemeine Sicherheit tätig zu sein.

Schweiz ¹⁸.

In der Schweiz nun war die Verpflichtung zur Denunziation eine **allgemeine** Bürgerpflicht, die auf den Bürgereid zurückgeführt wurde.

Jedermann hatte Anzeige zu erstatten von begangenen Missetaten und Freveln, insbesondere von Friedbrüchen; auch der Aufenthalt von Verbrechern und verdächtigen Leuten mußte angezeigt werden. Der Nichtdenunziant galt als meineidig, als einer, der „Eid und Ehre übersah“.

In gleicher Weise war der einzelne zur rechtzeitigen Meldung oder Einschreiten bei sämtlichen bevorstehenden Rechtsverletzungen verpflichtet, denn jeder sollte sich berufen fühlen, „als Bewahrer des Friedens und Förderer des Gemeinwohls überall thätig zu sein; das war für ihn eine Pflicht im Interesse der Rechtsgemeinschaft, deren Wohltaten er genießen wollte, und bei einer Vernachlässigung solcher Pflicht konnte er die Verantwortlichkeit nicht abweisen durch Berufung auf die Obrigkeit und die Beamten als die zur Wahrnehmung der Gemeindeinteressen verpflichteten Organe. Eine hundertarmige Polizei zur Verhinderung und Entdeckung von Verbrechen und Störungen des Friedens gab es noch nicht, aber in den Bürgern und durch dieselben existierte ein Surrogat der allgegenwärtigen Polizei“ ¹⁹.

Allgemeine Pflicht, deren Verletzung oft mit Buße und Strafe bedroht wurde, war es auch, eine gehörte Gotteslästerung anzuzeigen.

¹⁸ Siehe hierzu: Pfenninger, Das Strafrecht der Schweiz, S. 40 ff.; Osenbrüggen, Das Alamannische Strafrecht im deutschen Mittelalter, S. 202 ff., 386 f.

¹⁹ Osenbrüggen S. 204.

Die verschiedenen höheren und niederen **Beamten**, die **geschworenen Wirte**, **Stubenmeister** und **Zunftknechte** waren zum Verzeihen von (begangenen und drohenden) Straftaten speziell verpflichtet. Und im Laufe der Entwicklung bildete sich, vor allem in den Städten, eine besondere sicherheitspolizeiliche Tätigkeit der Magistrate aus.

Gemeines Deutsches Strafrecht ²⁰.

Aehnlich dem römischen Rechte stipulierte das gemeine deutsche Strafrecht eine **allgemeine** Anzeigepflicht nur in bezug auf **w e n i g e**, besonders schwere **b e g a n g e n e** Delikte ²¹.

Der Landfrieden von 1522 z. B. befahl die Denunziation beim Landfriedensbruch. Die Reichspolizeiordnung von 1530, in erneuter Gestalt 1548 und 1577 erlassen, gebot Anzeige bei Blasphemie und bedrohte die Unterlassung derselben mit arbiträrer Strafe „an leib oder gut“. Ebenso mußten **M ü n z f ä l s c h u n g e n** angezeigt werden (vgl. z. B. die Münzordnung von 1559, §§ 161 und 163). Auch soll in bezug auf **Z a u b e r e i** jedermann zur Denunziation verpflichtet gewesen sein.

Ferner geht die herrschende Ansicht der gesamten älteren Doktrin dahin, daß auch der **H o c h v e r r a t** anzuzeigende Straftat

²⁰ Siehe hierzu: Geib, Strafrecht II, S. 187 ff., 390 ff.; H e p p, Ueber die Nichtverhinderung bevorstehender und die unterlassene Anzeige von begangenen Verbrechen. Archiv des Criminalrechts NF, Jahrg. 1837, S. 30 ff.; H i p p e l, Deutsches Strafrecht I, S. 213; H a h n S. 63 f.; H e ß S. 9.

²¹ Vgl. dazu auch die Ausführungen bei Geib, Strafrecht II, S. 188. „Eine Denunziationspflicht hinsichtlich aller und jeder Verbrechen verlangt Kaiserr. II. 47. 67.: „Der keiser hat geboten by dez riches hulden allen den, die sich vbels vnd gutz versten, daz sie daz gut nemen, vnd daz bose lazen: was sie sehen, waz den luten schedlich sy, vnd dem keiser oder dem riche lesterlich, daz sie daz bringen fur dez keisers ougen, durch daz man icht betrubet werde, vnd auch daz be zit tun, e sich verge, die wile ez sy zu richten. Wer dez nicht entut, vnd er sie sehe ding tun, die vnrecht weren, vn wirdet man ez gewar, man sol im tun dazselbe, daz man iem tet, ab man in begriffe, der die vbel ding tut. Sint geschriben stet: man sal die bosen melden, daz ir werk zuflizze.“ Allein diese Bestimmung ist wohl nie praktisches Recht gewesen.“

gewesen sei, obschon sich nach dem Wortlaute der dem römischen Rechte nachgeschriebenen Bestimmungen der goldenen Bulle Karls IV. (§ 8 Kap. XXIV) — dagegen wohl nicht auch nach der diesen Bestimmungen zugrunde liegenden Absicht des Gesetzgebers — keine Pflicht zur Strafanzeige ergibt.

Zweifelhaft ist, ob das gemeine deutsche Recht tatsächlich eine **allgemeine** Anzeige- bzw. Hinderungspflicht in bezug auf sämtliche drohenden Straftaten anerkannt hat. Für die Anerkennung einer solchen umfassenden, d. h. für alle bevorstehenden Delikte geltenden Rechtspflicht sprechen die Bestimmungen von Kaiserr. II. 19. und II. 58.²².

Gewiß ist jedenfalls, daß eine **allgemeine** Strafanzeigepflicht in bezug auf bestimmte bevorstehende Verbrechen bestanden hat. So scheint z. B. die unterlassene Anzeige bzw. Verhinderung von Hochverrat, Aufruhr, Landfriedensbruch, Münzverbrechen, Notzucht und Gotteslästerung mit Strafe bedroht gewesen zu sein.

Die Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. von 1532 — das erste einheitliche deutsche Reichsstrafgesetzbuch — statuierte keine Strafanzeigepflichten.

Deutsches Partikularrecht.

Die zunehmende Macht der Landesherren und das aufblühende Städtewesen waren die Ursache, daß seit dem 13. Jahrhundert die Fortentwicklung des deutschen Strafrechts durch Partikularrecht

²² Kaiserr. II. 19.: „Der keiser hat geboten allen den luten, die in dem riche lebin, daz ein iglich man sal dez gewarnet sin, wa er yeman sicht gen vf eim wege, vnd wil vbel ding volnfuren, daz er den sal angrifen, vnd sal in antwurten in des keisers vinsternisse. Sint geschriben stet: ein iglich man, der bose bilde treit, den sal der keiser wandeln zu dem besten.“ — Kaiserr. II. 58.: „Ein iglich mensche sal wiszen, daz der keiser hat geboten und gesatz: wa ieman stet, vnd sihet einen schaden tun, offenberlich oder heimlich, den er gewarnen mag, daz er den mit rechte ist schuldig zu warnen; tut ers nit, er ist den schaden schuldig zu gelten, alz het er in mit der hand getan. Sint der keiser hat gesprochen: wer dem andern sihet schaden tun, der sal ez warn.“

erfolgte. Noch galt zwar in der Hauptsache der Satz: Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter. Doch das öffentliche Interesse an der Verbrechensverfolgung wurde zusehends größer, das Gemeinwesen fühlte sich immer mehr verpflichtet, von Amtes wegen einzuschreiten.

Zu dieser Zeit nun gelangte das weltliche Rügeverfahren, das in fränkischer Zeit, wie wir gesehen haben, nicht regelmäßig angewandt wurde, zu ausgedehnter Wirksamkeit. Und zwar findet man es bei allen deutschen Stämmen.

Das **nachfränkische Rügeverfahren**²³ war eine ständige und regelmäßige Einrichtung. Die Rüge erfolgte auf den echten oder sogenannten ungeborenen Dingen. Rügepflichtig waren entweder nur **bestimmte Funktionäre**, so etwa Gemeindevorsteher, Schöffen, Heimbürgen oder Bauermeister²⁴, im Tirol die bestellten Eidschwörer, oder — was häufiger der Fall gewesen zu sein scheint — **alle Dinggenossen**²⁵. Und begründet wurde die Pflicht zur Rüge durch

²³ Siehe hierzu: Siegel, Das pflichtmäßige Rügen auf den Jahrdingen. Wiener Sitzungsberichte Bd. 125, S. 1 ff.; Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens Baierns I, S. 206 ff.; Hasenöhr, Oesterreichisches Landesrecht im 13. und 14. Jahrhundert, S. 208 f., 236 ff.; Luschin, Geschichte des ältern Gerichtswesens in Oesterreich, S. 170; Zallinger, Das Verfahren gegen die landschädlichen Leute in Süddeutschland, S. 85 ff.; Brunner, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte, S. 181; Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II, S. 644; Fehr S. 188 f.; Rosenfeld S. 9 ff.; Geib, Strafrecht II, S. 187; Schröder/Künssberg S. 854 f.; Siegel, Deutsche Rechtsgeschichte, § 191; Mittermaier S. 86 f.; Hippel S. 155.

²⁴ Vgl. z. B. Sachsenspiegel I Art. 2 § 4: „De lantseten, de nen egen hebbet in me lande, die solen süken ires gogreven ding over ses weken. Dar unde in iervelkem vogtedinge sal iewelk **burmester** wrügen alle de to dinge nicht ne komet, de dar plichtig sint to komene, unde dat rücht unde minschen bludende wunden, de eme en ander hevet gedan, unde getogene svert up enes anderen mannes scaden, unde al ungerichte dat in den lif oder in de hant gat, of it mit klage vor gerichte nicht begrepen is; anderes ne darf he nicht wrügen.“ — Siehe auch Sachsenspiegel III Art. 86 § 1 und Art. 91 § 1.

²⁵ So bestimmte z. B. Herzog Albrecht in seiner Landesordnung vom Jahre 1338: „**alle leut** in meym lande ze Chernden ze gemainen tagen gen dristund in dem iar in allen onsern landgerichten vnd sagen bei dem ajde, den si da swern muezen, ob icht schedeliches oder vngerichtes sei in dem lande vnd ob icht sei, daz dem gerichte ze pezzern ist.“

den einmaligen Treueid, wie ihn die Schöffen, Gemeindevorsteher und sonstigen Beamten bei Amtsantritt, das Volk bei seiner Huldigung der Obrigkeit zu leisten hatte, oder durch den an jedem Jahrdinge besonders abverlangten Eid, wie dies vor allem in Bayern, Kärnten und in einigen steierischen Gebieten üblich war.

Alle im Laufe des Jahres in der Gemeinde vorgefallenen größeren Delikte mußten auf den Jahrdingen der Land-, Cent- und Vogteigerichte, von welchen die höhere Gerichtsbarkeit ausgeübt wurde, denunziert werden; die geringeren strafbaren Handlungen gehörten vor die Untergerichte mit niederer Gerichtsbarkeit.

Der Zweck des nachfränkischen Rügeverfahrens war ebenfalls der, Straftaten vor Gericht zu bringen, die nicht eingeklagt oder sonstwie rechtmäßig gesühnt worden waren.

Das Rügen nun war eine Hauptangelegenheit und bildete in der Regel den ersten Gegenstand, mit dem sich das echte Ding befaßte. Das Verfahren selbst begann damit, daß der Richter die Pflichtigen aufforderte, bei ihren Eiden und Treuen alle zu ihrer Kenntnis gelangten rügbaren Sachen vorzubringen. Diese Aufforderung des Richters zum pflichtmäßigen Rügen, die bald Frage oder Mahnung genannt wurde, richtete sich nicht an den einzelnen, sondern an die Gesamtheit der Rügepflichtigen.

Sobald die richterliche Ausmahnung ergangen war, ersuchte das versammelte Dingvolk den Richter um einen Urlaub, um sich außerhalb des Ringes zu besprechen und zu verständigen, ob etwas Rügbares vorgefallen sei. Auch bildete die Wahl des Wortführers, der die Rüge aus aller Mund zu sprechen hatte — sofern nicht schon einer vermöge seines Amtes oder Alters dazu berufen war —, einen weiteren Gegenstand der Beratung.

Nach erfolgter Rückkehr der Dinggenossen in den Ring erhob sich der Berufene und brachte in Beantwortung der ergangenen richterlichen Frage die Rügen vor.

Die Benennung des nachfränkischen Rügeverfahrens war in den einzelnen Gebieten verschieden und zum Teil ganz eigenartig. So soll es z. B. in Bayern „Rügung“, in Oesterreich „Rüegat“ genannt worden sein. In Friesland wurde es mit „wroginge“ bezeichnet, in

Holland, Flandern und Nordfrankreich als „stille, als durchgehende Wahrheit, coye vérité, franche vérité, commune vérité“.

Auch in Norditalien soll die Rügegerichtsbarkeit bestanden haben.

Außer und neben diesem regelmäßigen ordentlichen Rügeverfahren, das dazu bestimmt war, die Rechtsverfolgung zu ergänzen, bestand in Oesterreich und in Bayern noch eine außerordentliche, direkt vom Landesherrn ausgehende Veranstaltung, die „Landfrage“, die „stille Frage“.

Dieses spezielle summarische Verfahren, das jeweilen besonders beschlossen und verkündet wurde, war ein Mittel zur Bekämpfung der „landschädlichen Leute“ (insbesondere der Gewohnheitsverbrecher, vor allem der Raubritter), die eine ständige Bedrohung der allgemeinen Sicherheit darstellten, und bestand darin, daß der Landesherr kraft seines Inquisitionsrechtes von Zeit zu Zeit, je nach Bedürfnis, **die Bevölkerung** zur Anzeige aller „schädlichen Leute“ in seinem Gebiete aufforderte²⁶. Wie im ordentlichen Rügeverfahren erging der richterliche Aufruf zur Erstattung von Anzeigen an die Gesamtheit der Anwesenden. Wer als schädlicher Mann erklärt wurde, konnte ohne Gehör verurteilt werden.

Schon im Jahre 1312 war in Oesterreich das Vorgehen bei dieser außerordentlichen inquisitio ein Heimliches. Und schließlich erhielt das ganze Verfahren (in Oesterreich wie auch in Bayern) geradezu den Namen „das Geräune (Geraun)“, „susurratio“, „consilium secretum“.

²⁶ Vgl. hierzu Art. 15 des Oesterr. Landesrechtes: „Es sol der lanndes herre dhain frag haben, wann das ist nicht recht. Irre iemant icht, der sol das elagen in offner schran mit vorsprechen, und sol man denn das richten als recht ist und nach des lanndes gewonhait. Er mag aber wol nach rat der herren in dem lannde ain frag haben auf schedelich leut, davon das lannd gerainigt werd. Wenn man des ze rat wirt, so sol auch die frag sein über sechs wochen und nicht darhinder, und sol man auch die künden in den lanndgerichten, vor den pharren und auf den merkten, also daz alles das darköm, das aigen rukche hab, und wer darüber nicht darkumpt, den sol man dafür haben, daz er das gericht flieche und nicht fur recht getürre, man bered in dann, daz in eehafft not irre.“

Die Pflicht der Gemeindeglieder, bei den Rügegerichten sämtliche hieher gehörenden Straftaten, von denen sie auf irgend einem Wege Kenntnis erlangt hatten, zu denunzieren, erregte allgemein Haß und Feindschaft unter der Bevölkerung. Besonders im Herzogtum Bayern, wo diese Anzeigepflicht scheinbar auch mit Geld abgelöst werden konnte, war die Aversion so groß, daß sich Kaiser Ludwig gezwungen sah — trotzdem der Landfriede von 1300 die Anwendung des Rügeverfahrens auf die drei todeswürdigen Verbrechen, Diebstahl, Notzucht und Totschlag eingeengt hatte —, die Rügung in seinem Landrecht von 1346²⁷ gänzlich abzuschaffen. Für Niederbayern erfolgte die Beseitigung dieser Institution im Jahre 1365 durch einen Landfreiheitsbrief des Herzogs Albrecht I. von Straubing.

Und in einigen Gerichten Tirols wurde die Rügepflicht von Unzuchs- und Malefizsachen durch Verträge zwischen Herrschaft und Gerichtsleuten zu Anfang des 16. Jahrhunderts beseitigt.

Mit Ende des Mittelalters beginnen überhaupt die Rügegerichte allmählich zu verschwinden. Velerorts bestand indessen die Einrichtung des Rügens auch noch während des 16. und 17. Jahrhunderts in vollem Umfange fort²⁸. Bis in das 18. Jahrhundert hin-

²⁷ „Es sint auch etlichew taeding an etlicher stat in dem gericht vor dem puoche gewesen, daz alle laeut, die in dem gericht gesezzen sind, mit gelerten ayden muozten sagen und swern, waz ainer von dem andern gehört und gesechen hiet, daz an daz gericht gehört; die rügung haben wir abgenommen, wann da von grozzer unwillen und hazz under den laeuten gewesen ist, und habent auch grozzen schaden da von genomen, wann si iarlischen mit den richtern abdingen muozten, daz si si dez swerns überhüben; ez sol auch der richter seinew chaftew taeding haben, alz er si vor gehabt hat an die rügung, die ist abgenomen und swer unbetwungenlichen mit vorsprechen für recht chämt, dem sol der richter richten alz chaftz taedings recht ist.“

²⁸ Vgl. z. B. einige Bestimmungen der Landsordnung des Herzogthums Württemberg vom 17. August 1567, S. 234: „Zum andern/ damit die Laster sovil bass und mit mehrerm Ernst/ dann bisher beschehen sein möcht/ fürgebracht/ und sovil müglich/ derselbigen nichts verschwigen oder ungestraft verbleibe/ Sollen die Gerichts: und Rahtspersonen/ auch alle unnd jede der Stätt und Flecken Diener als Büttel/ Weinzieher/ Wächter/ Thor-

ein sollen sich letzte Reste des Rügeverfahrens für Mark- und Feldfrevel in einigen Orten im Kurhessischen, Darmstädtischen, Hennebergischen und der Wetterau erhalten haben; in einigen anhaltischen Dörfern sogar bis 1879. —

Das Rügeverfahren bestand nur auf dem Lande, nicht aber in den Städten. Im Hinblick auf die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bildeten daher manche Stadtrechte als Ersatz des Rügeverfahrens einen *Anklagezwang*²⁹ aus. So konnte jeder Verletzte durch den Rat gezwungen werden, wegen gemeinschädlicher Missetat Klage zu erheben.

Ferner stellten einzelne Stadtrechte eine **allgemeine** Anzeigepflicht³⁰ auf in bezug auf bestimmte, besonders schwere

warten/ Veldtschützen und andere desgleichen/ auch alle und jede Unterthonen/ schuldig und verpflichtet sein/ zu Zeit der Ruggericht/ nicht weniger/ als in den Jährlichen Vogtgerichten/ alle und jede Unthaten/ Laster/ und was straffbares in Stätten/ Flecken/ oder auff dem Feld/ sie gesehen/ gehört/ oder darvon wissens hetten/ nichts aussgenommen/ anzuzeigen und fürzubringen/ vermög derwegen gestelten sondern Artickels/ und hernacher folgenden Rugzedels. ... — S. 254: Ihr die Underthonen/ wollen das/ wa es hohe namhafte Verwirkungen und Mißhandlungen seind/ bey ewern Pflichten und Ayden/ damit ihr Uns zugethon und verwandt seind/ und die geringen Ubertretungen und Unthaten/ als guthertzige Underthonen/ wie einem jeden Bidermann gebührt/ zu fürderung gemeiner Erbarkeit und Nutzen/ von stundan Unsern Amptleuten fürbringen/ und niemandts verschonen. Auch ihr/ Unsere Amptleut/ so euch das also fürkomt/ oder ihr deß für euch selbs gewahr werden/ mit höchstem fleiß die Ubertreter zu handen bringet/ sie zur Straff anhaltet/ ... — S. 255: Wurden aber einer oder mehr Unserer Underthonen/ so die vorbestimpten Laster gehört/ gesehen/ oder wissens hetten/ dieselbigen von jemanden/ der sich darinn verschuldt/ auß gunst oder gefährlicher weiß verhalten/ und obgelauter maßen nicht anbringen/ dieselbigen sollen in verschweigung der hohen Verwürckungen/ unnd Mißhandlungen als Ungehorsame unnd Mitverhenger sollicher böser Laster/ als die ihr Pflicht unnd Ayd in vergeß gestellt/ unnd in geringen Handlungen/ nach gestalt der Sachen/ an ihren Leiben oder Gütern schwerlich unnachläßlich gestrafft werden.“

²⁹ Siehe hierzu: Fehr S. 188; Siegel, Deutsche Rechtsgeschichte, S. 553 f.; Brunner, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte, S. 180; Hippel S. 155.

³⁰ Siehe hierzu: Geib, Strafrecht II, S. 390 f.

drohende Verbrechen, wie Aufruhr, Verschwörung usw.³¹.

Die westfälischen Femgerichte³².

Das immer offensichtlicher zutage tretende Streben nach umfassender Verbrechensbekämpfung begründete auch die Entstehung der westfälischen Femgerichte.

Das besondere Strafverfahren der Feme wird im wesentlichen auf das fränkische Rügeverfahren zurückgeführt. Die Femgerichte, die aus alten Grafengerichten in Westfalen hervorgegangen sind, waren besetzt mit dem Freigrafen und mindestens sieben freien Schöffen, die die Stellung von ständigen, amtlichen Rügegeschworenen einnahmen. Die **Freischöffen** nun waren bei ihrem Eide zur

³¹ So z.B. Freiburg. Stadtr. von 1520 Fol. 92: „Item nach dem in einer yden stattlichen versammlung einigkeit ein fundament ist ewigs fürgangs, so wöllen vnd ordnen wir, das keiner der vnsern mit dem andern einich verstantnusz oder pact machen, die zu rebellion und vffrur desz gemeinen mans dienen möcht: welcher das gewar würd, der ist by sinem eyd schuldig, solichs stracks vns, als der Obrigkeit, anzubringen; thut er das nit, so stond der vnd der recht thäter vnd ir lyb vnd gut in vnser straff.“ — Fol. 96: „Item welcher offenbarlich oder heimlich wider unser gnedigsten herrschafft von Oesterrich, vnß den rat vnd gemeinde zu Fryburg einich conspiracion, vffgelöuff vnd handlung vnderstünd zu machen vnd mächte, der sol . . . Vnd ob yemants solcher handlung wissen hett, sehe oder horte, vnd das nit fürderlich anprecht, der sol sin ere verwürkt haben, vnd weiglich von der statt verboten werden.“ — Worms. Stadtr. VI 2, 16: „Auch alle die wissen, sehen oder hören, daß vnser statt gemeynen nutz abgetragen vnnd entzogen oder verhalten wirdet, es sey an rechten, nutzungen oder gütern, vnnd solichs vnsern burgermeistern oder amptlütten, zu yedem verordent, nit fürbringen, vnnd souil an jnen ist warnen, vnnd mit dem besten fleysz vndersteen zu wenden vnnd zu verhüten: die solen solichs schadens, als ob sye selbs gethan hetten, schuldig vnnd pflichtig zu bekeren, vnnd so sye das nit theten, irer eyde vnnd eren verleümet syn.“

³² Siehe hierzu: Eichhorn, Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte III, S. 172 ff.; Fehr S. 165 ff.; Schröder/Künssberg S. 625 ff.; Kries, Lehrbuch des deutschen Strafprozeßrechts, S. 20 ff.; Birkmeyer S. 815; Hippel S. 155 f.; Brunner, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte, S. 181 ff.; Rosenfeld S. 10 f.; Siegel, Deutsche Rechtsgeschichte, S. 551 ff.

Rüge verpflichtet, d. h. sie hatten alle femrügigen Sachen anzuzeigen, die zu ihrer Kenntnis gelangten.

Und zur Zuständigkeit der Feme gehörten alle todeswürdigen Verbrechen. Anfang des 15. Jahrhunderts finden wir z. B. als Femwrogen (Femrügen) Verräterei, Notzucht, Diebstahl, Kirchenschändung, heimlicher Mord, Raub und Plünderung an Kindbetterinnen, Beraubung in der Fehde ohne rechte Widersage sowie Meineid genannt³³.

Voraussetzung jeder Rüge war, daß das ordentliche Gericht das Recht verweigert hatte oder des Angeklagten nicht mächtig war, oder aber daß ein Fall handhafter Tat vorlag.

³³ Vgl. auch das Verzeichnis der Femwrogen im Arnsberger Weistum: „Item, was feimfrag und feimbruch sey. — Der sind ailife und ains dartzu gesatz. Am ersten ain Ketzer als ain Christen der in Unglauben kompt. Zu dem andrn. Räuberey die geistlich leutt kirchen oder kirchhöf oder künigklich straß berabent, do man fride haben sol unbewart aller Eren, und unerfordertt aller rechten. Zu dem dritten. Verretter und die verrettereit treibent. Zu dem vierden. Dieb und dieberei die Dieb sind und stellendt oder verstollen gut helfent vertrucken. Zu dem fünfften. Alle die kindelbetterin beraubent und schenden. Zu dem sechsten. notzog als alle die die Junkfrawen oder frawen über iren willen beschement und notzogent. Zu dem sybenden maynaide das saint alle die got und die hailigen schenden und lestrn den Christenglauben mit iren mainayd swern. Zu dem achten Mord, das seint alle mörder und mordbrenner. Zu dem newnden. valsch das drift an alle velscher die velscherei treibent durch mancher hand stücke. — Zu dem zehenden. der todt leutt beraubt die mit recht oder von Gottes gewalt tod seint. Zu dem ailfften. der die Kranken beraubt die mit dem Sacrament bewart seint, oder des Kaisers oder königes und des reichs botten und der freyen Gericht botten. — Noch ain Artikel, und alle die, die sich zu Eren und recht nit verantworten wöllen, und der man nit fürbringen kan, die mag man auch an das Freygericht vordrn.“ ... — Vgl. ferner Hahnii, *Collectio Monumentorum veterum et recentium ineditorum* II, S. 650: (Hegungsformel) ... „Ich frage dich furt, was Clage und Sache (ich) in dem Geriecht zu recht riechten möge. Er soll finden: alle vaim roge. Ich frage dich, was faimpruch sey. Er soll finden: Alles das gegen die zehen Gebott Gottes ist, und gegen das heilig Evangelium, dar die gesatzten Recht sein us ingeslossen.“

Die Ausbildung der Feme hatte in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts begonnen. Ursprünglich war ihre Tätigkeit auf die „Rote Erde“, d. h. auf das Gebiet zwischen Rhein und Weser beschränkt. In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts sollen die heimlichen Gerichte aber schon eine Zuständigkeit für ganz Deutschland in Anspruch genommen haben.

Die Blütezeit der Femgerichtbarkeit lag im 15. Jahrhundert, mit dessen Ende sie verblaßte. Immer größer werdende Anmaßungen und Mißbräuche der Feme waren die Ursache, daß man sich schließlich — vor allem die Städte — gegen sie zur Wehr zu setzen begann. Und am Ausgang des Mittelalters war die Institution der Feme allgemein verachtet und bekämpft.

Die Anzeigepflicht in der deutschen Landesstrafgesetzgebung zu Beginn der Neuzeit.

Mit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts begann die deutsche Landesstrafgesetzgebung eine rege Tätigkeit zu entfalten. Abweichend vom gemeinen deutschen Rechte statuierten nun die meisten Partikularstrafgesetzgebungen eine **allgemeine** und umfassende Denunziationspflicht. —

Angelsächsisches Recht.

Unmittelbar nach der normannischen Eroberung erscheint im angelsächsischen Rechte die Rüge³⁴ (rectare, indictare) als zweite Art der Eröffnung des Strafverfahrens. Voll ausgebildet wurde sie aber erst unter Heinrich II. (1154—1189).

Die Rügejury war eine zweifache und antwortete für jede Hundertschaft auf die Frage des Reiserichters (justitiarius itinerans) oder des vicecomes, des angelsächsischen shiregreven.

Die seit 1166 festzustellende Rügejury der Reiserichter hatte nicht nur Verbrechen zu rügen, sondern gleichzeitig auch die Aufgabe, königliche Prärogativen und fiskalische Interessen zu wahren. Der Reiserichter, der infolge ihm vorausgegangener Bekanntmachung die Versammlung aus der Grafschaft beisammen

³⁴ Siehe hierzu: Binding S. 15; Rosenfeld S. 20.

fand, bestimmte jeweils für jede Hundertschaft vier Ritter als Wahlmänner, die ihrerseits **zwölf Rügegeschworene** (*milites oder liberos et legales homines*) aus der Hundertschaft ernannten. Und diese Rügegeschworenen hatten die Rüge mit „gesamtem Munde“ abzugeben. Ihr Eid lautete dahin: *quod veritatem dicam de hoc quod a me interrogabitis ex parte domini regis*.

Auf der im Frühjahr und Herbst erfolgenden Rundreise des nach der Eroberung als Unterbeamter der *curia regis* erscheinenden *vicecomes*, des Vorstehers der Grafschaft, hatten zunächst die Freibürgschaften und die Ortschaften auf die Frageartikel hin zu rügen.

Neben diese Hundertschaftjury (*Rügejury*) trat im 14. Jahrhundert die Grafschaftsjury (*Große Jury*), die nicht mehr auf amtliches Befragen hin rügte. Neben ihr ging die *Rügejury*, und zwar wahrscheinlich im 16. Jahrhundert, unter.

Eine **allgemeine**, d. h. eine grundsätzlich für jedermann geltende Strafanzeigespflicht³⁵ bestand in England in bezug auf das Verbrechen des *Hochverrates* (namentlich auch die Falschmünzerei, die eine Art des Hochverrates darstellte), sowie in bezug auf andere *Felonien*.

Die Verheimlichung einer Sache, deren Verzeigen Pflicht war, war eine Vergehung, die als eine Verachtung des Königs und der Regierung angesehen wurde. So war die Nichtanzeige des Hochverrates, ohne ihn jedoch zu billigen — denn die geringste Billigung (die z. B. schon darin erblickt wurde, daß jemand eine verräterische Versammlung, deren Charakter er zum ersten Male nicht kannte, ein zweites Mal besuchte) machte schon zum Hochverräter —, ein Verbrechen der Verachtung der Regierung und wurde mit Einbuße der Nutzungen vom Grundeigentum auf Lebenszeit, mit Verwirkung der beweglichen Habe und lebenslänglicher Freiheitsstrafe geahndet. Auch die unterlassene Denunziation einer anderen Felonie wurde nur als solche bestraft, wenn jemand die Straftat verheimlichte, ohne sie gebilligt zu haben; Billigung machte zum Miturheber oder Gehülfen.

³⁵ Siehe hierzu: Blackstone, *Commentaries on the Laws of England* IV, S. 106 f.

Frankreich ³⁶.

In Frankreich stellte eine Ordonnanz Ludwig XI. vom Jahre 1477 eine **allgemeine** Denunziationspflicht auf bei Verbrechen gegen den König, die Königin, den Dauphin oder den Staat. Auf Nichtanzeige stand die Todesstrafe. So soll unter Ludwig XIII. Parlamentsrat de Thou 1642 hingerichtet worden sein, weil er von dem ihm bekannten, den Sturz Richelieus bezweckenden Komplott keine Anzeige erstattet hatte.

Ferner verpflichtete das Edikt von Nantes von 1598 in Art. 36 **jedermann** zur Anzeige aller „*chauses concernant la personne du roi ou la conservation de son état*“.

Italienische Staaten ³⁷.

Florenz sowie die anderen italienischen Staaten kannten eine **allgemeine** Denunziationspflicht bei Verschwörungen.

Niederlande ³⁸.

Anders als in Frankreich und in Italien war die Verpflichtung zur Strafanzeige in den Niederlanden.

Karl V. verlangte in einem Gesetze aus dem Jahre 1530 von **jedermann** die Denunziation bei allen Straftaten und erklärte selbst die nächsten Angehörigen eines Täters für anzeigepflichtig. Speziell zur Anzeige von Verschwörungen forderte ein Dekret von 1542 auf. Beide Gesetze stellten die unterlassene Denunziation dem Verbrechen selbst gleich und sprachen die Todesstrafe aus.

Zwei spätere, aus den Jahren 1590 und 1629 stammende Ordonnanzen enthielten ähnliche Bestimmungen für die **Land- und See-truppen**.

³⁶ Siehe hierzu: D e t e r t, Die Pflicht zur Anzeige von drohenden Straftaten, S. 44; H a h n S. 64, 83 f.

³⁷ B l a c k s t o n e S. 106.

³⁸ Siehe hierzu: H a h n S. 64.

Norwegen und Dänemark ³⁹.

Die Strafgesetzgebungen von Norwegen und Dänemark: das im Jahre 1687 durch König Christian V. erlassene Norske-Lov sowie das Danske-Lov von 1683, stipulierten eine **allgemeine** Anzeigepflicht bei schweren, den Staat gefährdenden Verbrechen.

Rußland ⁴⁰.

In Rußland forderten die Zaren von **ihren Untertanen** die Denunziation bei Majestätsverbrechen (böse Anschläge gegen Sr. Kaiserliche Majestät oder die Allerhöchste Familie), bei Hochverrat (böse Anschläge gegen die souveräne Gewalt oder die Integrität des russischen Reiches), bei Aufruhr, Falschmünzerei, Brandstiftung und Raub. Der Nichtdenunziant erlitt in der Regel die gleiche Strafe wie die Hauptverbrecher. Sie bestand vorwiegend in der Todesstrafe, zum Teil aber auch in anderen barbarischen Körperstrafen.

Nach der Uloschenie — ein vom Zaren Alexei Michailowitsch im Jahre 1649 publiziertes Gesetzbuch — wurde der Nichtdenunziant eines Majestätsverbrechens, gleich den Hauptverbrechern, mit dem Tode bestraft, jedoch ohne Konfiskation des Vermögens. Befreit von der Meldepflicht waren nur die Frau und die Kinder des Täters. Die Todesstrafe für das Unterlassen der Anzeige des Majestätsverbrechens statuierte auch ein Ukas vom 10. April 1730.

Bei Nichtanzeige des Hochverrates sah die Uloschenie die Todesstrafe und die Konfiskation des Vermögens vor. Und die Ukasen vom 31. Dezember 1682 und 21. Mai 1683 bedrohten die Verletzung der allgemeinen Denunziationspflicht bei Aufruhr mit dem Tode.

Ferner setzte die Uloschenie auf die unterlassene Anzeige des Nachmachen des kaiserlichen Geldes die Todesstrafe durch Eingießen geschmolzenen Metalls. Nach einem Ukas

³⁹ Siehe hierzu: Hahn S. 71.

⁴⁰ Siehe hierzu: Criminal-Codex für das Russische Reich (Entwurf), Halle 1818, S. 237, 240, 243, 261, 320, 325.

vom 8. März 1708 bestand die Strafe für die Nichtanzeige der Münzfälschung im Abhauen der linken Hand und beider Füße; Eingießen geschmolzenen Metalls und Enthauptung war die Strafe nach einem Ukas vom 5. Februar 1723, Verlust des Ranges und des Adels und Verschickung nach Sibirien, nach einem Ukas vom 25. Oktober 1772.

Und wer eine Brandstiftung nicht anzeigte, wurde bei Mordbrennerei und Brandstiftung zur Zeit eines Aufruhrs z. B. zum Tode durch Feuer oder Strang verurteilt (siehe die Ukasen vom 26. Juli 1737, 22. September 1737 und 24. Juli 1740). Ebenso bestrafte man diejenigen Untertanen, die um das Verbrechen eines Raubes gewußt oder die Räuber verbargen, bei Nichtanzeige entweder mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Verschickung auf Katorga, nebst Aufschlitzung der Nasenlöcher und Brandmarkung (vgl. hiez u. z. B. Uloschenie, Ukas vom 4. April 1703, Ukasen vom Jahre 1714, vom 7. Februar 1718, 16. April und 30. Oktober 1719, 14. September 1728, 7. Juni 1737, 7. September 1744, 10. Februar 1763, 13. September 1797).

Für die **Angehörigen des Heeres und der Marine** stellten die am 13. Januar 1720 publizierten Kriegs- und Marinegesetze (Morskoi Ustav) besondere Bestimmungen auf.

So wurde nach diesen speziellen Gesetzen die Nichtanzeige des Majestätsverbrechens mit der Todesstrafe und der Konfiskation des Vermögens geahndet. Die Verletzung der Denunziationspflicht bei Hochverrat wurde mit Vierteilung oder Enthauptung, mit oder ohne Konfiskation des Vermögens, bestraft. Ferner war die Nichtanzeige des Aufruhrs nach dem Marinereglement mit der Todesstrafe, nach den Kriegsartikeln mit irgend einer Leibesstrafe bedroht. Und endlich wurde auch nach den Kriegs- und Marinegesetzen der Nichtdenunziant der Falschmünzerei mit dem Tode bestraft. —

Die Pflicht zur Denunziation im Polizeistaate.

Das Streben des Polizeistaates nach Sicherheit für Staat und Bürger zeigte sich auch in der Handhabung der Denunziationspflicht.

Nicht nur wurde von den meisten deutschen Gesetzgebungen eine **allgemeine** Anzeigepflicht in bezug auf sämtliche bevorstehenden Straftaten sowie in bezug auf (alle, oder aber nur bestimmte) begangene Delikte geschaffen ⁴¹, sondern einige gingen noch weiter und verpflichteten die Bürger überhaupt zum Schutze gegen jede drohende Gefahr. So bestimmte z. B. das preußische Landrecht von 1794 (Teil II, Tit. 20), das als das „Gesetzbuch des ängstlichen, wohlmeinenden Polizeistaates“ bezeichnet wurde, in § 131:

„Jeder Bürger des Staates ist schuldig, die seinem Vaterlande drohende Gefahr, so viel in seinen Kräften steht, abzuwenden, und alle ihm bekannt gewordenen verdächtigen oder gefährlich scheinenden Unternehmungen, welchen er nicht selbst vorbeugen kann, der Obrigkeit anzuzeigen.“ (Siehe auch § 132.)

Verbrechen zu verhüten war nach Anschauung der Aufklärung besser, als sie zu bestrafen.

Nach dem allgemeinen Gesetzbuche für die preußischen Staaten von 1794 ⁴² nun wurde allgemein derjenige, der ein Verbrechen, „wodurch die Sicherheit des Staates

⁴¹ Vgl. hiezu z. B. „Constitutio Criminalis Theresiana“, vom 31. Dezember 1768: Art. 3 § 14 (Ueberhaupt aber ist alleinige Wissenschaft sträfflich, wenn gemeinschädliche Uebel nicht gehindert, oder angezeigt werden) „Ueberhaupt aber, und wenn schon in ein- oder anderen Begebenheiten diese peinliche Gerichtsordnung hierwegen nichts ausdrücklich verordnet, bleibt jedoch folgendes zur allgemeinen Maßregel festgestellt: Daß Jedermännlich ein wissentlich bevorstehend-gemeinschädliches Uebel, wenn es in seiner Macht stehet, zu verhindern, oder allenfalls zur gerichtlichen Vorkehrung zeitlich anzuzeigen; Wie nicht weniger eine frisch beschehene Missethat nebst dem wissentlichen Urheber, und die Beumständung der That ungesäumt bey dem gehörigen Gerichtsstand anzugeben verbunden seye, damit auf Erfindung der That und des Thäters mit behänderer Wirkung nachgeforschet werden möge. Wer nun dieser allgemeinen Schuldigkeit zuwider handelt, kann nach Bewandniß einer unterlaufenden Gefahrde, Schuld, oder Saumseligkeit von Landgerichts wegen gestraffet werden.“ — Siehe ferner Art. 3 § 13; Art. 28 §§ 3—7.

⁴² Bestimmungen über die Strafanzeigepflicht: Teil II, Titel 20, §§ 80—82, 97, 98, 104, 105, 117, 261, 262, 476, 505, 506; Teil II, Titel 11, §§ 80 und 82.

oder Leben, Gesundheit, Ehre oder Vermögen eines Menschen einer erheblichen Gefahr ausgesetzt wurden“, nicht der Behörde oder dem Bedrohten anzeigte, oder — wo es an Zeit oder Gelegenheit dazu fehlte — das Verbrechen selbst, soweit es ohne große eigene oder eines Dritten Gefahr geschehen konnte, zu verhindern bemüht war, schadenersatzpflichtig und „nach Verhältnis seiner Bosheit oder Fahrlässigkeit“ bestraft.

Sonderbestimmungen über den Hochverrat, über Verbrechen gegen die äußere Sicherheit des Staates, sowie über die Landesverräterei 2. Klasse sahen spezielle und schwere Strafen vor für die Unterlassung der Anzeige dieser unmittelbar die Existenz und die Sicherheit des Staates bedrohenden Delikte. Die Nichtanzeige des Hochverrates z. B. wurde mit zehnjähriger bis lebenslänglicher Festungsstrafe geahndet und selbst die Eltern, Kinder und Ehegatten waren bei gleicher Strafe zur Meldung verpflichtet. Ferner drohte eine Spezialbestimmung für die unterlassene Anzeige der Desertion eine besondere Strafe an. Auch wer falsche Münzen erhielt oder um deren Existenz wußte, war zur unverzüglichen Denunziation verpflichtet.

Ferner war es nach der Criminal-Ordnung für die preussischen Staaten vom Jahre 1805 (§§ 10 und 11) eine **allgemeine** Bürgerpflicht, Anzeige zu erstatten, wo „eine entführte Person, oder gestohlene, oder geraubte Sachen versteckt waren“. Das Unterlassen dieser Meldung wurde mit Geldbuße oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen bestraft.

Spezielle Strafanzeigepflichten bestanden für **Aerzte, Wundärzte, Hebammen und Geistliche**.

Und nach dem Oesterreichischen Strafgesetzbuche von 1803⁴³ z. B. machte sich, wer aus Bosheit unterließ, ein Delikt zu hindern, oder wer der nachforschenden Obrigkeit die zur Entdeckung des Verbrechens oder des Täters dienlichen Anzeigen verheimlichte, eines besonderen Verbrechens schuldig. Die Strafe bestand in Kerker von sechs Monaten bis zu drei Jahren.

⁴³ §§ 54, 55, 78, 191, 193—195.

Wer dagegen vorsätzlich eine in den Hochverrat einschlagende Unternehmung nicht verhinderte, oder einen des Hochverrates bezichtigten Verbrecher — sofern die Anzeige hätte von Nutzen sein können — nicht denunzierte, machte sich des Hochverrates selbst mitschuldig und wurde mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bestraft. Ebenso galt der Nichtdenunziant als Teilnehmer des nicht angezeigten Verbrechens bei widerrechtlichem Gefangenhalt en.

Die Anzeigepflicht in den Strafgesetzgebungen des 19. Jahrhunderts.

Die Gesetzgebungen des 19. Jahrhunderts, sowohl in Deutschland, als auch in der Schweiz und in Frankreich, scheinen das Hauptgewicht eher auf eine gut organisierte Verbrechensermittlung gelegt zu haben.

So hatten die **Behörden und Beamten** allgemein die Pflicht, alle in Ausübung ihres Amtes wahrgenommenen begangenen Rechtsverletzungen zu denunzieren. Diese Strafanzeigepflicht war entweder gesetzlich normiert, oder sie ergab sich aus der allgemeinen Formel des Dienstesides ⁴⁴.

Daneben bestanden aber auch **allgemeine**, für jedermann gültige Denunziationspflichten.

Im folgenden soll nun an Hand der Denunziationsbestimmungen verschiedener Gesetze die „Entwicklung“ der Anzeigepflicht im 19. Jahrhundert etwas eingehender betrachtet werden:

Deutsche Strafgesetzgebungen.

Das auf einem Entwurfe Feuerbachs beruhende **Bayerische Strafgesetzbuch** von 1813 ⁴⁵ z. B. verlangte von **jedermann** die Anzeige begangener Verbrechen. Doch der Unterlassende wurde (wenn er nicht zugleich durch sein Amt zur Anzeige verpflichtet war) nur dann bestraft, wenn die Haupttat mit der Todes-

⁴⁴ Siehe hierzu: Martin, Lehrbuch des deutschen gemeinen Criminal-Processes, S. 324 f.; Bossard S. 10.

⁴⁵ Art. 78, 79, 87—89.

Ketten- oder Zuchthausstrafe bedroht war und die Untersuchung oder Bestrafung des Verbrechers durch die erfolgte Verheimlichung erschwert oder vereitelt wurde.

Ebenso war es eine **allgemeine** Bürgerpflicht, drohende Straftaten anzuzeigen oder zu hindern. Der Nichtdenunziant galt, Feuerbachs Ansicht gemäß, als negativer Gehilfe und wurde als Gehilfe des dritten Grades bestraft. Die Strafe war aber nicht bedeutend. Sie bestand lediglich in einem öffentlichen Verweise, oder nach den Umständen, in Gefängnis von einem Tag bis zu einem Monat. War die Anzeige hingegen unterblieben, in der Absicht, das Delikt zu befördern, so konnte für die Nichtanzeige schwererer Verbrechen die Strafe bis auf sechsjähriges Arbeitshaus ansteigen.

Keine Anzeige bei der Behörde hatten „Blutsverwandte in auf- und absteigender Linie, leibliche Geschwister, Ehegatten und im nächsten Grade Verschwägerter“ zu erstatten. Indessen waren aber die Verwandten in aufsteigender Linie hinderungspflichtig in bezug auf die Straftaten der unter ihrer Gewalt stehenden Minderjährigen, ferner der Ehegatte bei geplanten Verbrechen seiner Ehefrau.

Das am 10. September 1814 publizierte **Strafgesetzbuch für die Herzoglich-Oldenburgischen Lande**⁴⁶ folgte in den Hauptbestimmungen dem bayerischen Gesetzbuche.

Das **Criminalgesetzbuch für das Königreich Sachsen** aus dem Jahre 1838⁴⁷ stipulierte eine **allgemeine** Denunziationspflicht hinsichtlich begangener Delikte zugunsten eines unschuldig in Untersuchung Gezogenen. Die Nichtanzeige wurde als eine Teilnahme am Verbrechen selber angesehen.

Ferner verpflichtete der Gesetzgeber **sämtliche Bürger** unter Strafandrohung zur Anzeige des Vorhabens eines Hochverrates, Staatsverrates im Kriege, Aufruhrs, Mords, einer Körperverletzung (schwerer Verwundung), Notzucht, eines Raubes, Diebstahls mit Waffen, einer Brandstiftung sowie einer Münzfälschung. Bei

⁴⁶ Art. 79, 80, 84, 85, 93—95.

⁴⁷ Art. 39—41, 47, 86.

allen anderen drohenden Straftaten galt die unterlassene Anzeige nur dann als Begünstigung, wenn die Meldung mit Verletzung einer Amtspflicht, oder in der Absicht, das Gelingen des Verbrechens zu befördern, unterblieben war.

Die Strafe für die Verletzung der Denunziationspflicht war im allgemeinen auf ein Maximum von 6 Monaten Gefängnis oder Geldbuße festgesetzt. Indessen konnte sie bei hochverräterischen Unternehmungen oder zu diesem Zwecke eingegangener Verbindungen bis auf zwei Jahre Gefängnis ansteigen.

Keiner Bestrafung verfielen nahe Angehörige des Täters, ausgenommen wenn sie amtshalber zur Meldung und Verhütung von strafbaren Handlungen verpflichtet waren.

Gleich dem sächsischen Gesetze setzte das Strafgesetzbuch für das Königreich Württemberg vom 1. März 1839⁴⁸ fest, daß **jedermann**, der den Urheber eines begangenen Verbrechens kannte und wußte, daß ein Unschuldiger in Untersuchung gezogen war, den Schuldigen zu denunzieren hatte. Auf Nichtanzeige stand Gefängnis oder Geldbuße.

Eine **allgemeine** und umfassende Anzeige- bzw. Hinderungspflicht wurde in bezug auf drohende Delikte aufgestellt und die Unterlassung der Meldung ebenfalls mit einer unbestimmten Gefängnis- oder Geldstrafe bedroht.

Befreit von der Pflicht zur Strafanzeige finden wir auch hier wiederum nahe Angehörige und überdies diejenigen Geistlichen, welche ihre Wissenschaft unter dem Siegel der Beichte erlangt hatten.

Spezialbestimmungen bestanden hinsichtlich der Anzeige von hochverräterischen Verschwörungen und Unternehmungen, sowie von Münzdelikten.

So konnte die Strafe für die unterlassene Denunziation des Hochverrates bis zu sechs Jahren Kreisgefängnis ansteigen. Nur zwei Jahre war das Maximum, wenn mit der Unternehmung keine Gefahr für die Sicherheit des Staates verbunden gewesen war. Und

⁴⁸ Art. 93, 94, 143, 213, 215.

Verwandte in auf- und absteigender Linie, Ehegatten und Geschwister, die zu einer Anzeige an die Behörde nicht verpflichtet waren, blieben nur dann straffrei, wenn sie sonst in ihrer Macht stehende Mittel angewandt hatten, um die Ausführung des Verbrechens zu verhindern.

Ferner war die unterlassene Anzeige bei Münzdelikten, sowie bei Fälschung und Verfälschung von Papiergeld mit einer Strafe bis auf sechs Monate Gefängnis bedroht.

Im Gegensatz zu diesen Gesetzen statuierte das **a l l g e m e i n e Criminal-Gesetzbuch für das Königreich Hannover** vom 8. August 1840 ⁴⁹ keine **allgemeine** Anzeigepflicht in bezug auf begangene Straftaten. Art. 74 Abs. 3 StGB erklärte lediglich diejenigen Personen als Begünstiger, die öffentlich zur Denunziation begangener Delikte besonders verpflichtet waren und diese Anzeige absichtlich unterließen.

Und eine **allgemeine** Denunziationspflicht hinsichtlich drohender Delikte wurde nur in bezug auf die Straftatbestände der staats- oder landesverräterischen Verschwörungen oder Unternehmungen aufgestellt. Die Strafsanktion für das Unterlassen der Anzeige bestand, je nach den Umständen, in Gefängnis oder Arbeitshaus. War indessen der Nichtdenunziant ein naher Angehöriger des Schuldigen, so blieb er straffrei.

Keine Anzeige hatten Geistliche zu erstatten, denen in der Beichte anzuzeigende Tatsachen anvertraut wurden, wohl aber waren sie verpflichtet, das bevorstehende Verbrechen auf jede andere mögliche Weise zu verhindern.

Und das **Strafgesetzbuch für das Großherzogtum Baden** vom 6. März 1845 ⁵⁰ endlich verpflichtete **denjenigen** zur zeitigen Anzeige bei der Behörde oder zu anderweitiger Verhinderung, der glaubhafte Kenntnis hatte vom **Vorhaben** eines anderen, ein **bestimmtes**, mit Todes- oder lebenslänglicher

⁴⁹ Art. 74 Abs. 3; Art. 126.

⁵⁰ §§ 146 und 147.

oder zeitlicher Zuchthausstrafe nicht unter 10 Jahren bedrohtes Verbrechen zu begehen. Für eine Verletzung dieser Denunziationspflicht war Gefängnis- oder Geldstrafe, oder in schwereren Fällen Arbeitshaus bis zu zwei Jahren angedroht.

Privilegiert finden wir neben nahen Angehörigen des Schuldigen, gleich wie in Württemberg und in Hannover, diejenigen Geistlichen, die mit einer Anzeige ihr Beichtgeheimnis verletzt haben würden. —

Interessant ist ferner die Regelung der Strafanzeigepflicht in den deutschen Militär-Partikularstrafgesetzbüchern.

So stipulierte z. B. das Militärstrafgesetzbuch für Sachsen-Meiningen vom 23. Oktober 1844 für **Militärpersonen** eine Denunziationspflicht gegenüber allen den Truppen drohenden Gefahren; auch bestand, allerdings nur für „Obere“, eine Pflicht zur Anzeige bei sämtlichen begangenen Verbrechen. Bayern verlangte von seinen Militärpersonen die Anzeige hinsichtlich begangener strafbarer Handlungen insoweit, als die „allgemeine oder besondere dienstliche Obliegenheit“ es erforderte.

Die meisten militärischen Partikularstrafgesetzbücher indessen — so z. B. das Militärstrafgesetzbuch für die Kgl. Württembergischen Truppen vom 20. Juli 1818, das Militärstrafgesetzbuch für Coburg und Gotha vom 12. Februar 1832, das Militärstrafgesetzbuch für das preußische Heer vom 3. April 1845, dasjenige von Anhalt-Dessau-Köthen vom 20. Dezember 1854 sowie das Militärstrafgesetzbuch für Baden vom 14. Mai 1870 — hatten die Anzeigepflicht auf die Verbrechen der Desertion, des Verrates und der Meuterei beschränkt.

Die französische und die unter ihrem Einflusse entstandenen Gesetzgebungen.

In Frankreich führte der Code pénal von 1810⁵¹ — die Revolutionsgesetze hatten keine Denunziationsbestimmungen enthalten — die **allgemeine** Strafanzeigepflicht wieder ein. Und

⁵¹ Art. 103—108, 136—138.

zwar wurden die Bürger zur Anzeige verpflichtet bei „*complots formés ou crimes projetés contre la sûreté intérieure ou extérieure de l'Etat*“ sowie bei Münzfälschung. Die Nichtanzeige galt als ein besonderes Delikt.

Wer Kenntnis hatte vom Vorhaben eines Verbrechens gegen die Sicherheit des Staates, war verpflichtet, dasselbe binnen 24 Stunden nach erlangter Wissenschaft der Regierung oder einer Administrativ- oder Polizeibehörde mitzuteilen. Wurde der Unterlassende nicht gleichzeitig als Komplize befunden, so wurde er für die bloße „*non-révélation*“ bestraft. Ausgenommen die erfolgte Verheimlichung eines Majestätsverbrechens, die mit Zuchthaus geahndet wurde, bestand die Strafe für die Nichtanzeige der die Sicherheit des Staates bedrohenden Unternehmen in Gefängnis von zwei bis fünf Jahren und Geldbuße von ffrs 500—2000. Ob der Nichtdenunziant sich dabei dem Verbrechen widersetzt, dasselbe mißbilligt oder die Täter davon abzubringen versucht hatte, wirkte nicht strafmildernd. Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren war die Strafsanktion für die Unterlassung der Meldung beim Münzverbrechen.

Straffrei blieben indessen nahe Angehörige des Täters, doch konnten sie nötigenfalls nach Ermessen des Richters unter polizeiliche Aufsicht bis auf zehn Jahre gestellt werden. Und Mitschuldige waren in der Lage, sich durch die Denunziation vor Ausführung des Verbrechens, oder nachher durch Vermittlung der Verhaftung des Urhebers oder seiner Komplizen, von aller Strafe zu befreien. Sie konnten aber ebenfalls unter Aufsicht gestellt werden.

Diese Bestimmungen des Code pénal wurden dann aber im Jahre 1832 durch Gesetz vom 28. April wieder aufgehoben.

Hingegen blieben die Artikel 29 und 30 des Code d'instruction criminelle von 1808 bestehen, welche die **Zeugen** der Verübung einer Straftat „*soit contre la sûreté publique, soit contre la vie ou la propriété d'un individu*“ zur Denunziation, sowie die **Behörden und Beamten** zur Anzeige der ihnen bei Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit zur Kenntnis gelangten Verbrechen und Vergehen verpflichteten.

Zwei Jahre vor dem Erscheinen des Code pénal, aber dennoch unter französischem Einfluß, hatte König Louis Bonaparte für Holland⁵² ein Strafgesetz erlassen. Dieser Code Louis stellte eine **allgemeine** Strafanzeigespflicht auf in bezug auf Ver schw ö - run gen gegen den König oder den Kronprinzen und bedrohte den Nichtdenunzianten, je nach Verschulden, mit Gefängnis oder Verbannung bis auf acht Jahre oder Geldbuße bis auf 2000 Gulden. Ferner verpflichtete der Gesetzgeber **jedermann** zur Denunziation bei Mord und Brandstiftung. Die Unterlassung dieser Anzeigen wurde mit dreijähriger Verbannung und Buße von 300 Gulden geahndet.

Auch die im Jahre 1819 an die Stelle der französischen getretene nationale Gesetzgebung des Königreiches Neapel enthielt ähnliche Strafanzeigepflichten wie der Code pénal von 1810.

Und im Jahre 1824 gab sich das befreite Griechenland ein Strafgesetzbuch, das in einem Auszuge aus dem dritten Buche des französischen Code bestand. Ebenso waren die Denunziationsbestimmungen des neuen griechischen Strafgesetzbuches von 1833 u. a. nach dem Code pénal bearbeitet.

Schweizerische Gesetzgebungen.

Das peinliche Gesetzbuch der helvetischen Republik von 1799 enthielt keine Strafanzeigepflichten. Hingegen nahmen die später entstandenen kantonalen Strafgesetzgebungen der Schweiz zur Denunziation ganz verschiedene Stellung:

Das Kanton St. Gallische Straf-Gesetzbuch vom Jahre 1819⁵³ z. B. statuierte eine **allgemeine** und umfassende Anzeige- bzw. Hinderungspflicht in bezug auf bevorstehende Delikte. Die Strafsanktion für die Nichtanzeige derjenigen Verbrechen, die mit der Todesstrafe bedroht waren, bestand in Zuchthaus (bei Hochverrat wurde an Stelle der Zuchthausstrafe die Kettenstrafe ausgesprochen) bis zu sechs Jahren. Die

⁵² Hahn S. 66.

⁵³ Art. 34—36, 88, 95.

Strafandrohung für das Unterlassen der Denunziation bei den anderen, weniger schweren drohenden Straftaten dagegen war geringer: eine allfällige Zuchthausstrafe durfte im Maximum zwei Jahre nicht übersteigen.

„Verwandte des Schuldigen, in auf- und absteigender Linie, sein Ehegenoß, voll- oder halbbürtige Geschwister, Schwiegereltern, Tochtermann oder Sohnsfrau desselben“ waren nicht zu einer Anzeige bei der Behörde verpflichtet, wohl aber, wo ihnen irgend ein Mittel dazu zu Gebote stand, — unter Androhung der vorhergenannten Strafen — die Ausführung des bevorstehenden Deliktes zu verhindern.

Und die verwirkte Strafe wurde um die Hälfte erhöht, wenn die Anzeige bzw. Verhütung der strafbaren Handlung, nebst der allgemeinen Bürgerpflicht, gleichzeitig in der **Amtspflicht** des Unterlassenden gelegen hatte, ebenso wenn **Eltern, Vormünder und Lehrmeister** die Ausführung der geplanten Verbrechen der unter ihrer Gewalt stehenden Kinder, Pflegebefohlenen und Lehrlinge, soweit es in ihrer Macht gestanden hatte, nicht verhinderten.

Ferner setzte eine Sonderbestimmung für **öffentliche Funktionäre** eine drei- bis sechsjährige Zuchthausstrafe, „vorbehaltlich der besonderen Verantwortlichkeit für die daraus erwachsenden Folgen und den Schaden“, fest für die pflichtwidrige Nichtanzeige bzw. Nichtverhinderung bei **auführerischen Bewegungen und Anschlägen**.

Das Criminalgesetzbuch für den Canton Basel von 1821 ⁵⁴ kannte ebenfalls keine **allgemeine** Anzeigepflicht bei verübten Verbrechen, sondern verlangte die Denunziation von **jedermann** nur bei verbrecherischen Unternehmungen gegen den Staat, seine Verfassung und seine Sicherheit, bei landesverräterischen und auführerischen Anschlägen, sowie — und zwar unter einer auffallend strengen Strafandrohung — bei geplantem Mord.

Wer von dem Anschlage eines Mordes zuverlässige Kenntnis hatte und die Ausführung desselben weder durch eine mögliche

⁵⁴ §§ 40, 43, 49, 102.

Anzeige an die Behörde, noch durch andere in seiner Macht stehende Mittel verhinderte, wurde zu vier bis zwölfjähriger Kettenstrafe im zweiten Grade verurteilt.

Wegen unterlassener Anzeige des Hochverrates wurden Privatpersonen, mit Ausnahme von nahen Angehörigen des Täters, mit Zuchthaus von ein bis vier Jahren, Beamte dagegen mit Zuchthaus von vier bis acht Jahren bestraft. Aehnliche Bestimmungen galten beim Landesverrat und beim Aufruhr.

Im Kanton Bern war das peinliche Gesetzbuch der helvetischen Republik, allerdings den Verhältnissen entsprechend abgeändert und ergänzt, andauernd in Kraft geblieben. Eine **allgemeine** Strafanzeigespflicht stipulierte lediglich das Gesetz vom 7. Juli 1832 über Aufruhr und Hochverrat⁵⁵ in bezug auf das Verbrechen des Hochverrates.

Nach diesem Gesetze nun wurde derjenige, der von einem hochverräterischen Unternehmen zuverlässige Kenntnis hatte und nicht sogleich einem oberen Vollziehungsbeamten davon Mitteilung erstattete, je nach den Umständen, mit ein- bis zweijähriger Einkerkierung oder Verweisung aus dem Kanton bestraft, es sei denn, er konnte erzeigen, daß das Unternehmen, der unterlassenen Denunziation ungeachtet keine nachteiligen Folgen mehr für den Staat gehabt hätte.

Von der Strafe verschont blieben der Ehegatte des Verbrechers und die Verwandten und Verschwägerten in der auf- oder absteigenden Linie und in dem ersten Grade der Seitenlinie.

Auch das am 1. Januar 1836 in Kraft getretene Zürcherische Strafgesetzbuch⁵⁶ stellte keine **allgemeine** Anzeigepflicht in bezug auf begangene straffbare Handlungen auf. Als Begünstiger angesehen und bestraft wurden lediglich **öffentliche Funktionäre**, die der ihnen obliegenden Dienstpflicht zuwider die Denunziation begangener Rechtsverletzungen absichtlich

⁵⁵ § 6.

⁵⁶ §§ 54, 55, 58, 92.

unterließen. Die diesbezügliche Verpflichtung zur Strafanzeige scheint sich aus der allgemeinen Formel des Dienstoides ergeben zu haben, denn das Gesetz über die Strafrechtspflege vom 10. Brachmonat 1831 erwähnte keine Denunziationspflicht. Erst das Gesetz betreffend das Strafverfahren vom 30. Herbstmonat 1852 statuierte in § 3 eine gesetzliche Pflicht für Behörden und Beamte, die ihnen auf amtlichem Wege bekannt werdenden Verbrechen oder Polizei-übertretungen der zuständigen Polizeibehörde anzuzeigen.

Als Gehilfen betrachtete das zürcherische Strafgesetzbuch alle diejenigen Personen, welche vermöge ihres **Amtes** oder vermöge **elterlicher, häuslicher oder vormundschaftlicher Gewalt** verpflichtet waren, durch **Anzeige** oder auf andere Weise, die Begehung eines Verbrechens zu **hindern** oder die ihrer Gewalt untergebenen Personen davon abzuhalten; doch nur unter der Voraussetzung, daß die Anzeige bzw. Hinderung absichtlich unterlassen wurde. Sonst trat Bestrafung wegen unterlassener Denunziation bzw. Hinderung einer noch nicht vollendeten Straftat nur da ein, wo das Gesetz es ausdrücklich verordnete.

So wurde **jeder Kantonsangehörige** (ausgenommen nahe Verwandte des Täters), der eine ihm bekannte **hochverräterische Unternehmung** absichtlich oder aus Fahrlässigkeit nicht denunzierte, mit Gefängnis von höchstens zwei Jahren bestraft.

Das **Kriminalstrafgesetzbuch für den Kanton Luzern** vom 12. März 1836⁵⁷ bestrafte, gleich dem zürcherischen StGB, **öffentliche Funktionäre**, die, ungeachtet der ihnen auferlegten Dienstpflicht, die **Anzeige begangener Verbrechen** absichtlich unterließen, als Begünstiger.

Und zu den Nebengehilfen einer strafbaren Handlung rechnete der luzernische Gesetzgeber die durch ihr Amt zur Anzeige bzw. Hinderung von **bevorstehenden Straftaten** verpflichteten **Beamten und Angestellten**, sofern sie ohne verabredetes Einverständnis durch Nichterfüllung ihrer Amtspflicht wissentlich die

⁵⁷ §§ 48 Ziff. 4; 49, 50 Ziff. 4 und 5; 51, 53, 54. Vgl. auch die §§ 4 und 5 des Gesetzes über das Strafverfahren vom 17. Brachmonat 1836.

Vollführung des Verbrechens beförderten. Die Strafe der Nebengehilfen bestand in einem Neuntel bis zur Hälfte der auf die Straftat selbst gesetzten Strafe. Hatten aber die zur Anzeige Verpflichteten an dem Vorteile oder dem Erfolge des Verbrechens auf irgend eine Art teilgenommen, so erlitten sie die Strafe der Hauptgehilfen, die in der Hälfte bis drei Viertel der auf das Verbrechen selbst gesetzten Strafe bestand.

Ferner bedrohte das Gesetz gegen die Freischaa-
ren vom 4. Jänner 1845 in § 5 diejenigen Beamten und Angestellten mit der Strafe der Gehilfenschaft, die ihrer Eidespflicht zuwider keine Anzeige von Unruhen, Komplotten, Aufruhr und dergleichen erstattet und nicht ihr Möglichstes zu deren Vereitelung beigetragen hatten.

Eine **allgemeine**, jedermann obliegende Strafanzeigepflicht war der luzernischen Strafgesetzgebung nicht bekannt. Indessen verpflichtete der Beschluß vom 1. Februar 1833 „anordnend das amtliche Verfahren beim Auffinden von Leichnamen und verwundeten Personen“ in § 1 jeden Kantonsbürger, „beim Auffinden eines menschlichen Leichnams oder Spuren eines solchen, sowie auch bei vor seinen Augen oder in seiner Nähe erfolgten plötzlichen Unglücksfällen, wobei ein oder mehrere Menschen ihr Leben einbüßen, oder schwer verwundet werden“, sogleich dem betreffenden Gemeindeammann Anzeige zu machen. Wenn nun auch nicht gerade unmittelbar zur Anzeige einer strafbaren Handlung, sondern nur zur Denunziation eines „Unglücksfalles“ verpflichtet, so hatte doch gewiß auch der **Zeuge** eines Totschlages, eines Mordes oder einer schweren Körperverletzung Anzeige zu erstatten.

Im Kanton Thurgau nun stipulierte das Strafgesetzbuch vom Jahre 1841⁵⁸ eine **allgemeine** Strafanzeigepflicht in bezug auf begangene Verbrechen und Vergehen. Doch wurde eine Verletzung dieser Anzeigepflicht, ausgenommen beim Delikte der Aussetzung, nur bestraft, sofern der Unterlassende

⁵⁸ §§ 61, 62, 135, 297, 327.

wußte, daß ein **Unschuldiger** deshalb gerichtlich verfolgt wurde. Keine Anzeigepflicht bestand für „Ehegatten, Verwandte und Verschwägte in auf- oder absteigender Linie, Geschwister und Verschwägte dieses Grades, Pflegeeltern, Pflegekinder, Vormünder und Mündel“ des Täters sowie für Geistliche, die ihre Kenntnis unter dem Siegel der Beichte erlangt hatten.

In dem Gesetze über das Geschworenengericht vom 24. März 1852 finden wir eine spezielle Anzeigepflicht für **Behörden und Beamte** aufgestellt in bezug auf verübte Kriminalverbrechen.

Ferner forderte das thurgauische Strafgesetzbuch von **allen Bürgern** die Anzeige bzw. Hinderung derjenigen bevorstehenden strafbaren Handlungen, die mit einer höheren Strafe als Freiheitsstrafe von drei Monaten, Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre, oder Geldbuße von zweihundert Gulden bedroht waren. Die Unterlassung der Meldung wurde mit Gefängnis oder Geldbuße, allein oder in Verbindung des einen Strafmittels mit dem andern, oder auch nur mit gerichtlichem Verweis, allein oder in Verbindung mit Geldbuße, geahndet. Von einer Bestrafung abgesehen wurde indes in den Fällen, wo die Meldung ein Einschreiten gegen einen nahen Angehörigen zur Folge gehabt hätte.

Sonderbestimmungen bestanden hinsichtlich der Anzeige von **hochverräterischen Unternehmungen und Verschwörungen** sowie hinsichtlich des **Münzverbrechens**.

Und das Strafgesetzbuch für den Kanton Graubünden vom 8. Juli 1851 ⁵⁹ z. B. auferlegte ebenfalls **jedermann** die Pflicht zur Anzeige zugunsten eines **unschuldig** in Untersuchung Gezogenen. Die Strafe für eine Verletzung dieser Anzeigepflicht wurde nach dem Ermessen des Richters festgesetzt.

Auch wurde eine **allgemeine** Anzeige- bzw. Hinderungspflicht bei **allen drohenden Verbrechen** statuiert und der Nichtdenunziant, je nach Beschaffenheit der Umstände — so vor allem mit Rücksicht auf die Schwere der nicht angezeigten bevorstehen-

⁵⁹ §§ 41—43.

den Straftat —, mit Gefängnis oder Zuchthaus bis zu zwei Jahren bestraft.

Keiner Bestrafung verfielen indessen auch hier wiederum nahe Angehörige.

Ferner sei beispielsweise noch die Regelung der Anzeigepflicht in einem welschen Kanton gezeigt.

So stipulierte der waadtländische Code pénal von 1843⁶⁰ eine **allgemeine** Denunziationspflicht in bezug auf die Straftatbestände des widerrechtlichen Gefangenhaltens und der Aussetzung. Die Strafe für eine Verletzung dieser Anzeigepflicht bestand in Buße bis zur Höhe von sechzig Franken; bei Nichtanzeige der Aussetzung konnte auch auf Gefängnis bis zu 14 Tagen erkannt werden.

Ferner setzte die waadtländische Strafprozeßordnung⁶¹ eine **allgemeine** Meldepflicht fest in bezug auf begangene Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit, gegen Leben oder Besitz des Einzelnen. Und in Art. 63 StPO finden wir die **Behörden und Beamten** zur unverzüglichen Denunziation sämtlicher ihnen bei Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit zur Kenntnis gelangenden Delikte verpflichtet. —

Ende des 19. Jahrhunderts wiesen die kantonalen Strafprozeßgesetze und Strafgesetzbücher⁶² folgende Strafanzeigepflichten auf:

Eine **allgemeine**, d. h. für jedermann geltende Denunziationspflicht in bezug auf sämtliche begangenen Straftaten statuierten die Strafprozeßordnungen der Kantone Obwalden, Glarus und Appenzell A.-Rh. Der Kanton Genf auferlegte in seiner Strafprozeßordnung den **Zeugen** der Verübung bestimmter Delikte eine Pflicht zur Strafanzeige. Und der Kanton Graubünden stipulierte in seinem Strafgesetzbuche eine

⁶⁰ Art. 225, 253.

⁶¹ Code de procédure pénale von 1836, Art. 64.

⁶² Stooss, Die schweizerischen Strafgesetzbücher zur Vergleichung zusammengestellt; C. Meyer, Kritische und vergleichende Darstellung der Strafverfolgung, S. 88 ff.

allgemeine Anzeigepflicht zugunsten eines unschuldig in Untersuchung Gezogenen. Die Strafgesetzbücher der Kantone Waadt und Wallis schufen dagegen eine allgemeine Denunziationspflicht in bezug auf die Deliktstatbestände des widerrechtlichen Gefangenhaltens und der Aussetzung. Ebenso verpflichteten die Gesetzgeber der Kantone Thurgau, Tessin und Neuenburg jedermann zur Anzeige in bezug auf das Verbrechen der Aussetzung.

Eine **allgemeine** Pflicht zur Anzeige bzw. Hinderung aller, oder aber nur der schwereren bevorstehenden strafbaren Handlungen, stellten sechs kantonale Strafgesetzbücher auf, nämlich diejenigen von Obwalden, Glarus, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden und Thurgau.

Die Verletzung dieser allgemeinen Denunziationspflichten wurde vorwiegend als Begünstigungshandlung angesehen und bestraft.

Anderseits statuierten die meisten kantonalen Strafprozeßgesetze eine spezielle Anzeigepflicht für **Beamte**, und zwar in der Regel in bezug auf sämtliche begangenen Straftaten. Ferner figurierten in den Strafprozeßordnungen der Kantone Tessin, Waadt und Neuenburg noch spezielle Strafanzeigepflichten für **Medizinalpersonen**, wie sie bei anderen Kantonen in den Medizinalgesetzen vorhanden waren.

Der nunmehr gewonnene historische Ueberblick erlaubt uns folgende Feststellungen:

Eine „Anzeigepflicht“ in der einen oder anderen Form finden wir in den meisten Rechtsordnungen. Sie ist aber, sowohl was den personellen wie auch den sachlichen Geltungsbereich anbelangt, sehr verschiedenartig gestaltet.

Sehr häufig handelt es sich in personeller Hinsicht um eine **allgemeine**, d. h. grundsätzlich für jedermann geltende Strafanzeigepflicht. Eine solche haben wir z. B. gesehen im mosaischen Rechte, im römischen Rechte, im Rechte des Spätmittelalters sowie

in den Gesetzgebungen der neueren und neuesten Zeit bis zur Gegenwart.

Kaum weniger oft aber finden wir diese Pflicht auch nur für **bestimmte Personengruppen** aufgestellt, so für staatliche Funktionäre, für Angehörige bestimmter Berufskategorien, gelegentlich auch für Personen, die in einem speziellen Abhängigkeitsverhältnis zueinander standen (wir erinnern im römischen Rechte an die Anzeigepflicht von pater familias und Sohn, von Herrn und Sklave, im mittelalterlichen Rechte an die Anzeigepflicht der Vasallen; ferner auferlegten, wie wir gesehen haben, einzelne Gesetzgeber des 19. Jahrhunderts z. B. Eltern, Vormünder und Lehrmeister eine spezielle Denunziations- bzw. Hinderungspflicht in bezug auf Verbrechen der ihrer Gewalt Untergebenen), oder, wie dies vor allem in der fränkischen Zeit der Fall war, für besonders angesehene und vertrauenswürdige Männer. Spezielle Strafanzeigepflichten finden wir vor allem — neben oder an Stelle von allgemeinen Anzeigepflichten — im römischen Rechte, im gesamten mittelalterlichen Rechte sowie im Strafrechte der neueren und neuesten Zeit.

Ebenso unterschiedlich ist jeweils der sachliche Geltungsbereich fixiert. Eine umfassende, d. h. für sämtliche (begangene oder sei es auch nur bevorstehende) Straftaten geltende Anzeigepflicht finden wir verhältnismäßig selten. Umfassend war die Pflicht zur Anzeige, wie wir gesehen haben, beispielsweise im Spätmittelalter in der Schweiz gestaltet, wo es eine allgemeine Bürgerpflicht war, sämtliche begangenen wie bevorstehenden Straftaten anzuzeigen, in den Niederlanden unter Karl V., in deutschen Strafgesetzgebungen der Neuzeit, im Polizeistaate — vor allem in bezug auf drohende Rechtsverletzungen — sowie auch in Gesetzgebungen des 19. Jahrhunderts.

In der Regel mußte nur von bestimmten (begangenen oder bevorstehenden), für die Oeffentlichkeit jeweils besonders wichtigen strafbaren Handlungen Anzeige erstattet werden, wobei dann aber jeweils die einzelnen Ordnungen stark variierten.

So kannte z. B., wie gezeigt worden ist, das römische Recht eine Anzeigepflicht in bezug auf die begangenen Straftatbestände des Majestätsverbrechens, des Münzverbrechens, der Ketzerei, der

Verbrechen der Malefici, Latrones, Desertores und Fugitivi sowie in bezug auf die drohenden Deliktstatbestände des Majestätsverbrechens, der Münzfälschung, der Entführung und des Parricidium. Im alt-deutschen Rechte war die Pflicht zur Strafanzeige in bezug auf begangene Verbrechen, wie Totschlag, Raub- und Diebstahl, Verrat und Brandstiftung, Unzuchtsverbrechen, Inzest, Zauberei, Waldfrevel sowie Amtsmißbrauch festgesetzt. Das gemeine deutsche spätmittelalterliche Recht kannte, neben einer Denunziationspflicht in bezug auf spezielle begangene Delikte, wie Hochverrat, Münzfälschung, Blasphemie und Zauberei, auch eine Anzeigepflicht bei den drohenden Verbrechen des Hochverrates, des Aufruhrs, des Landfriedensbruches, des Münzverbrechens, der Notzucht und der Gotteslästerung. Im deutschen Partikularrechte des Spätmittelalters (nachfränkisches Rügeverfahren) waren dagegen wiederum nur begangene Delikte anzeigepflichtig. Weiter ist beispielsweise dann auch der Kreis der anzuzeigenden Straftaten in den Gesetzgebungen des 19. Jahrhunderts, wie wir des näheren gesehen haben, außerordentlich vielgestaltig.

Eine gewisse Uebereinstimmung zwischen den einzelnen Ordnungen konstatieren wir lediglich insofern, als man immer wieder eine Strafanzeigepflicht in bezug auf Existenz und Sicherheit des Staates unmittelbar gefährdende Verbrechen, wie Hochverrat, Landesverrat, Aufruhr, Majestätsverbrechen und Münzfälschung, aufstellt. So statuierte z. B. ja auch schon das mosaische Recht eine Pflicht zur Anzeige in bezug auf das Majestätsverbrechen an der Gottheit, den Götzendienst, welcher die Grundlage des mosaischen Staates, die Theokratie, angriff.

Im allgemeinen waren diese Anzeigepflichten gesetzlich normiert. Ausnahmsweise ergaben sie sich aus der allgemeinen Formel eines Treueides, wie das z. B. beim Rügeverfahren der Fall war. Oft wurde auch die amtliche Denunziationspflicht auf den geleisteten Diensteid zurückgeführt. Und in der Schweiz war, wie gezeigt wurde, im Mittelalter auf Grund des Bürgereides jedermann zur Denunziation verpflichtet.

Es mag in diesem Zusammenhange auch darauf hingewiesen werden, daß insbesondere zu Beginn des 19. Jahrhunderts verschie-

dentlich auch die Auffassung vertreten wurde, daß zur Anzeige eine naturrechtliche Verpflichtung bestehe. Es wurde versucht, aus der Lehre, daß dem Staate ein Vertrag zwischen der Allgemeinheit und dem einzelnen zugrunde liege, die Rechtspflicht aller Bürger zur Anzeige bzw. Hinderung von bevorstehenden Verbrechen abzuleiten.

Die Verletzung der Denunziationspflicht war, soweit hierfür eine ausdrückliche Sanktion vorgesehen war, entweder ein selbständiges Delikt oder wurde als Teilnahmehandlung am Verbrechen selbst angesehen und der Nichtdenunziant als Begünstiger, bei Nichtanzeige drohender Straftaten gelegentlich auch als Gehilfe bestraft. Keiner Bestrafung verfielen indessen im allgemeinen nahe Angehörige des Täters (falls diese von der Anzeigepflicht nicht überhaupt ausgenommen waren).

Die Gestaltung der Denunziationspflicht im geltenden schweizerischen Rechte

I. Die Regelung in den Nachbarländern.

Werfen wir, bevor wir zur Darstellung des geltenden schweizerischen Rechtes übergehen, zuerst kurz einen Blick auf das geltende Recht der umliegenden Länder:

Deutschland.

Das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich verpflichtete in § 139 **jedermann**, „wer von dem Vorhaben eines Hochverrates oder Landesverrates, einer Wehrmittelbeschädigung, eines Verbrechens wider das Leben, eines Münzverbrechens, eines Raubes, Menschenraubes oder gemeingefährlichen Verbrechens glaubhafte Kenntnis erhält“, zur Anzeige an die Behörde oder den Bedrohten. Und in den verschiedenen Kommentaren zum deutschen StGB wird ausdrücklich festgestellt, daß diese Meldepflicht auch für die zeugnisverweigerungsberechtigten Personen, insbesondere auch für die nahen Angehörigen Geltung habe.

Das Unterlassen der rechtzeitigen Mitteilung wurde mit Gefängnis geahndet. War indessen das anzuzeigende drohende Verbrechen nicht versucht worden, so konnte von Strafe abgesehen werden. Dagegen konnte in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus, und wenn die geplante Straftat mit dem Tode bedroht war, auch auf lebenslängliches Zuchthaus oder auf Todesstrafe erkannt werden.

Ferner enthielt das deutsche Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 in § 13 eine **allgemeine** Denunziationspflicht in bezug auf das **Vorhaben** der nach diesem Gesetze zu bestrafenden Verbrechen.

Eine spezielle Strafanzeigespflicht für **bestimmte Personen**, wie z. B. allgemein für die **staatlichen Organe**, scheint nicht geschaffen worden zu sein. Namentlich enthielt die deutsche Strafprozeßordnung vom 1. II. 1877 / 22. III. 1924 keine entsprechende Denunziationsbestimmung.

Oesterreich.

Das allgemeine österreichische Strafgesetz kannte eine **allgemeine** Pflicht zur Strafanzeige bei **Hochverrat**. So machte sich nach § 61 StGB des Hochverrates mitschuldig, wer „eine hochverräterische Unternehmung oder eine Person, von welcher ihm eine solche Unternehmung bekannt ist, der Behörde anzuzeigen vorsätzlich unterläßt, insoferne er diese Anzeige machen konnte, ohne sich, seine Angehörigen (§ 216), oder diejenigen Personen, die unter seinem gesetzlichen Schutze stehen, einer Gefahr auszusetzen, und wenn nicht aus den Umständen erhellt, daß der unterbleibenden Anzeige ungeachtet eine schädliche Folge nicht mehr zu besorgen ist“. Die Strafe für die unterlassene Anzeige bestand in schwerem Kerker von 5 bis zu 10 Jahren. Auch scheint **jedermann** verpflichtet gewesen zu sein, Anzeige zu erstatten bei den Verbrechen der **Ausspähung** und der **Falschwerbung** (vgl. hiezu § 215 StGB). Ferner bestand eine allgemeine Denunziationspflicht bei **widerrechtlichem Gefangenhalten** (§ 93 StGB).

Als „Vorschub zu Verbrechen“ wurde es angesehen, wenn jemand ein Verbrechen zu **hindern** aus Bosheit unterließ (§ 212). Ferner siehe § 214 des allgemeinen österreichischen Strafgesetzes.

In § 84 der österreichischen Strafprozeßordnung finden wir allen **„öffentlichen Behörden und Aemtern“** die Pflicht auferlegt, „die entweder von ihnen selbst wahrgenommenen oder sonst zu ihrer Kenntnis gelangten strafbaren Handlungen, welche nicht bloß auf Begehren eines Beteiligten zu untersuchen sind“, an zuständiger Stelle anzuzeigen.

Frankreich.

Art. 30 des Code d'instruction criminelle verpflichtet die **Zeugen** der Verübung einer Straftat „soit contre la sûreté publique, soit contre la vie ou la propriété d'un individu“ zur Denunziation.

Ferner setzt der französische Gesetzgeber, gleich dem österreichischen Gesetzgeber, in Art. 29 des code d'instruction criminelle für sämtliche **öffentlichen Funktionäre** eine umfassende Strafanzeigepflicht fest.

Der französische Code pénal enthält keine Strafanzeigepflichten.

Italien.

Art. 364 des Codice penale von 1930 statuiert eine **allgemeine** Strafanzeigepflicht in bezug auf Verbrechen gegen den Staat, die mit der Todesstrafe oder mit Kerker (ergastolo) bedroht sind. Für die Verletzung dieser Pflicht sieht der Gesetzgeber eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahre und Geldbuße von 1000 bis 10 000 Lire vor (vgl. auch Art. 384). Ferner bestimmt Art. 679 des italienischen Strafgesetzes, unter Strafandrohung, daß **jedermann** von „materie esplodenti“ Anzeige zu erstatten habe; ebenso verpflichtet Art. 697 StGB denjenigen zur Denunziation bei der Behörde, der Kenntnis davon hat „che in un luogo da lui abitato si trovano armi o munizioni“.

Und in den Artikeln 361—363 des Codice penale finden wir für die **staatlichen Funktionäre** eine sich auf sämtliche Straftaten beziehende Pflicht zur Strafanzeige aufgestellt.

II. Die Anzeigepflicht im Bundesrechte.

A. Allgemeine Anzeigepflichten.

Im Bundesrechte finden wir (mit Ausnahme der für die Dauer des Aktivdienstes und der Kriegszeit in Artikel 7 der Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes stipulierten allgemeinen Anzeigepflicht) keine allgemeine, für jedermann geltende Denunziationspflicht.

Mehrere Vorentwürfe zum schweizerischen Strafbuch¹ enthielten allerdings, in Anlehnung an § 42 des Strafgesetzbuches für den Kanton Graubünden, die **allgemeine** Denunziationspflicht, den Täter eines mit Zuchthaus bedrohten Verbrechens anzuzeigen, wenn wegen des letztern eine Person unschuldig verurteilt oder in Strafuntersuchung gezogen worden ist. Vorbehalten blieb die Wahrung des Berufsgeheimnisses.

Als Sanktion für eine Verletzung dieser Anzeigepflicht war Gefängnis oder Buße vorgesehen. Steht jedoch der Unterlassende dem Schuldigen so nahe, daß sein Verhalten entschuldbar erscheint, so sollte er straflos bleiben.

Mit 13 gegen 6 Stimmen wurde dann aber in der zweiten Expertenkommission die Streichung dieser Denunziationsbestimmung beschlossen².

Die für die Aktivdienst- und Kriegszeit vom Bundesrate am 22. September 1939 erlassene Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes, revidiert am 16. April 1940, hatte mit Bezug auf die Denunziation folgendes angeordnet:

Art. 7: „Jedermann ist verpflichtet, ihm zur Kenntnis gelangte Tatsachen, welche die Landessicherheit berühren, der nächsten Polizeibehörde oder dem nächsten Militärkommando zu melden.

Jedermann ist verpflichtet, den zuständigen militärischen Stellen alle im Interesse der Landessicherheit von ihm verlangte Auskunft zu erteilen.

Art. 8: Verpflichtungen zur Wahrung eines Geheimnisses entbinden nicht von den vorgenannten Pflichten.

Beruft sich jedoch der Geheimnisträger auf ein ihn bindendes Amts-, Berufs- oder anderes Geheimnis, dessen Preisgabe strafbar ist, so beschränkt sich die zuständige militärische Stelle darauf, die erforderlichen sichernden Maßnahmen zu treffen, und übermittelt sodann die Angelegenheit dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement zum Entscheid über den erhobenen Einwand.

Die militärische Stelle hat die erhaltene Kenntnis Unbefugten gegenüber geheimzuhalten.

¹ Vgl. VE 1896: Art. 194; VE 1903: Art. 205; VE 1908: Art. 211.

² Siehe 2. Exp.Kommission V, S. 245.

Art. 13 Abs. 1: **Zuwiderhandlungen** gegen diese Verordnung oder gegen in Ausführung derselben ergangene Befehle, Anordnungen oder Weisungen werden nach den Bestimmungen des Militärstrafgesetzes, insbesondere der Art. 107 und 108, bestraft.“

Wie das Militärkassationsgericht festgestellt hat, wurde die Pflicht zur Anzeige durch das Zeugnisverweigerungsrecht (Art. 86 und 87 MStGO) nicht eingeschränkt. Das Militärkassationsgericht führte dazu am 8. Januar 1945 i. S. Stamm und Konsorten u. a. wörtlich aus: „Art. 7 Abs. 1 der Verordnung hebt das Zeugnisverweigerungsrecht nicht auf, stellt aber die Anzeigepflicht demselben auch nicht hintan. Die Anzeige soll den Behörden und der Armee ermöglichen, die Sicherheit des Landes zu wahren, insbesondere bei drohender Gefahr Abwehrmaßnahmen zu treffen. Die Interessen des einzelnen müssen vor diesem Landesinteresse zurückstehen.“

Und in weiteren Entscheidungen³ ist ausdrücklich festgestellt worden, daß auch derjenige meldepflichtig sei, der sich durch das Erfüllen der Anzeigepflicht der Gefahr der Strafverfolgung und damit des Freiheitsentzuges aussetze. Der Nichtdenunziant wurde aber in diesen Fällen wegen selbstverschuldeten Notstandes (Art. 26 Ziff. 1 Abs. 2 und Art. 47 MStGB), milder bestraft. Straffrei blieb hingegen, wer die Anzeige unterließ, um sein Gut, namentlich Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Vermögen, aus einer unmittelbaren, nicht anders abwendbaren Gefahr zu erretten, wenn er die Gefahr nicht verschuldet hatte und ihm den Umständen nach nicht zugemutet werden konnte, das gefährdete Gut preiszugeben (Art. 26 Ziff. 1 Abs. 1 MStGB).

Angezeigt werden mußte nicht nur, was für die Landesverteidigung im militärischen Sinne von Bedeutung war, sondern überhaupt alles, was die Landessicherheit berührte⁴.

Ferner hatte das Militärkassationsgericht am 31. Oktober 1944 i. S. Pennart entschieden, daß Art. 79 Abs. 3 MStGB, wonach der Nichtdenunziant des Vorhabens einer Meuterei, eines Ausreißens oder einer Verräterei straflos bleibt, wenn seine n a h e n B e z i e -

³ EMKG IV, No. 129 und 137.

⁴ EMKG IV, No. 137.

hungen zu dem Begünstigten sein Verhalten entschuldbar erscheinen lassen, gegenüber dieser Meldepflicht bedeutungslos bleibt. Aus Art. 13 Abs. 1, wonach Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung „nach den Bestimmungen des Militärstrafgesetzes, insbesondere der Art. 107 und 108“ bestraft werden, könne, wie das Kassationsgericht ausführt, eine Verpflichtung zur Anwendung des Art. 79 Abs. 3 MStGB, welcher nicht im allgemeinen Teil des Militärstrafgesetzbuches stehe und daher nicht allgemein bei Verletzung jeder Denunziationspflicht gelte, nicht herausgelesen werden. Der Bundesrat habe mit Rücksicht auf die Verhältnisse die Anzeigepflicht in verschiedener Hinsicht bewußt über die Grenzen des Art. 79 MStGB ausgedehnt.

B. Anzeigepflichten bestimmter Personen.

1. Art. 79 Militärstrafgesetz.

Wie Haffter in seinem Vorentwurfe zu einem schweizerischen Militärstrafgesetzbuch (S. 100) bemerkt, kommt der kriminalisierten Nichtanzeige schwerer drohender Verbrechen vom Gesichtspunkte militärischer Ordnung und Sicherheit nicht geringe Bedeutung zu. Ein solcher Tatbestand könne im Militärstrafrecht nicht fehlen.

Das schweizerische Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927, abgeändert durch Bundesgesetz vom 13. Juni 1941, bestimmt denn auch in Art. 79 (Nichtanzeige von Verbrechen oder Vergehen):

„Wer von dem Vorhaben einer Meuterei (Art. 63), eines Ausreißens (Art. 83) oder einer Verräterei (Art. 86—91) Kenntnis erhält und die Erstattung einer Anzeige unterläßt, wird, wenn die Tat ausgeführt oder versucht wurde, mit Gefängnis bestraft.“

In leichten Fällen erfolgt disziplinarische Bestrafung.

Steht der Täter in so nahen Beziehungen zu dem Begünstigten, daß sein Verhalten entschuldbar ist, so bleibt er straflos.“

Art. 79 enthält allerdings nur eine kleinste Auswahl anzuzeigender Straftaten: das Vorhaben einer Meuterei, eines Ausreißens, einer Verräterei. Es sind dies jedoch vor allem die Vergehen, „die der staatlichen Wehrkraft und der militärischen

Organisation vor allem Schaden und Gefahren bringen, Vergehen, die, wenn immer möglich, schon im Keime erstickt werden müssen“ (H a f t e r, VE S. 100).

Bei einer Kollision der Anzeigepflicht mit dem Z e u g n i s v e r w e i g e r u n g s r e c h t (Art. 86 und 87 MStGO) bzw. der V e r s c h w i e g e n h e i t s p f l i c h t aus Art. 77 MStGB (oder Art. 320 und 321 StGB) ist der Standpunkt zu vertreten, daß die A n z e i g e p f l i c h t v o r g e h t (zur näheren Begründung vgl. S. 57 ff., 70 f., 87 f.), da der Gesetzgeber, wäre er nicht dieser Meinung gewesen, dies doch wohl auch hier ausdrücklich in einer Gesetzesbestimmung zum Ausdruck gebracht oder auf jeden Fall hätte zum Ausdruck bringen sollen. (Diesen Standpunkt hat das Militärkassationsgericht ja denn auch, wie wir gesehen haben, eingenommen in bezug auf die in der Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes aufgestellte allgemeine Denunziationspflicht⁵.)

2. Strafanzeigepflichten der Bundesbeamten.

In Art. 280 des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege verpflichtet der Gesetzgeber die **Beamten und Angestellten der Bundesverwaltung** (und der kantonalen Polizei) Uebertretungen f i s k a l i s c h e r Bundesgesetze der beteiligten Bundesverwal-

⁵ Dieser Meinung auch Comtesse: Das schweizerische Militärstrafgesetzbuch, N. 6 und 7 zu Art. 79, mit folgender Begründung: „Schon formell deutet die Erwähnung der „nahen Beziehungen“ darauf hin, daß der Gesetzgeber an die Gründe dachte, auf denen das Zeugnisverweigerungsrecht ruht; die ausschließliche Erwähnung der nahen Beziehungen zwingt zu dem Schluß, das Gesetz lehne die anderen Gründe, die sonst noch zum Zeugnisverweigerungsrecht führen (insbesondere MStGO Art. 86 Ziff. 3), im Zusammenhang mit der Anzeigepflicht ab. Und bezüglich des Dienstgeheimnisses ist festzustellen, daß das Urbild des Art. 79, der Art. 211 des bürgerlichen VE von 1908, der Anzeigepflicht das Berufsgeheimnis ausdrücklich vorbehielt; auch diesbezüglich ist deshalb mit dem argumentum e contrario auf den Vortritt der Anzeigepflicht gegenüber Art. 77 zu schließen. — Hinzu kommt der materielle Grund, daß hinter der Pflicht zur Anzeige der schwersten und gefährlichsten Straftaten in unruhigen Zeiten gewichtigere Interessen stehen als hinter dem Dienstgeheimnis oder dem Zeugnisverweigerungsrecht . . .“

tung mitzuteilen. Ferner enthält z. B. die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz vom 8. Juni 1923 über die Lotterien und gewerbsmäßigen Wetten (vom 27. Mai 1924) in Art. 3 eine Anzeigepflicht für **Beamte des Bundes**, Uebertretungen der Bestimmungen des Gesetzes und dieser Verordnung, von welchen sie in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Kenntnis erhalten, der eidgenössischen Steuerverwaltung anzuzeigen. Dann vergleiche z. B. auch Art. 38 des Bundesgesetzes über Jagd- und Vogelschutz vom 10. Juni 1925.

Es kann noch darauf hingewiesen werden, daß in gewissen Fällen der Anzeiger von Staates wegen belohnt wird. So bestimmt z. B. Art. 32 Ziff. 5 des Bundesgesetzes betreffend die Fischerei vom 21. Dezember 1888: „Von den eingehenden Bußen kommt ein Drittel dem Anzeiger zu“; ebenso setzt Art. 61 des Bundesgesetzes über Jagd- und Vogelschutz ein Bußenanteil des Anzeigers fest. Vergleiche ferner z. B. Art. 63 des Bundesgesetzes über die gebrannten Wasser vom 21. Juni 1932.

III. Die Anzeigepflicht in den Kantonen.

A. Allgemeine Anzeigepflichten.

Eine **allgemeine**, d. h. für jedermann gültige **s t r a f p r o z e s - s u a l e** Anzeigepflicht treffen wir nur bei vereinzeltten Kantonen an:

Im Kanton **O b w a l d e n**⁶ ist es eine allgemeine Bürgerpflicht, von (begangenen) **V e r b r e c h e n** und **V e r g e h e n** Anzeige zu erstatten. Im Kanton **G l a r u s**⁷ ist jedermann verpflichtet, die als **V e r b r e c h e n** geltenden Straftatbestände zu denunzieren. Ausgenommen hievon sind aber gemäß Satz 2 von Art. 35 Abs. 2 StPO diejenigen Personen, „welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht zur Ablegung eines Zeugnisses verhalten werden können, es sei denn, daß sie das Gesetz zu einer Anzeige verpflichte“,

⁶ StRV Art. 2 Abs. 2

⁷ StPO § 35 Abs. 2.

was offenbar heißen soll, speziell verpflichte. Und Genf sagt in Art. 16 Abs. 1 seines Strafprozeßgesetzes: „Toute personne **qui a été témoin**... d'un crime ou d'un délit contre l'Etat ou la défense nationale, contre la vie humaine, contre le patrimoine, ou créant un danger collectif poursuivi d'office en vertu de la législation pénale fédérale ou cantonale, est tenue d'en aviser le procureur général“. Vorbehalten bleiben indessen gemäß Art. 16 Abs. 2 StPO die Gesetzesbestimmungen betreffend das Berufsgeheimnis.

Art. 267 a. Landbuch des Kantons Uri spricht dagegen nur davon, daß jeder ihm bekannte Verbrechen und schwere Vergehen zur Anzeige bringen solle. Auch Appenzell A.-R h., das in seiner alten Strafprozeßordnung eine ausdrückliche allgemeine Pflicht zur Denunziation enthielt⁸, bestimmt in Art. 16 Abs. 2 seines heutigen Gesetzes nur, daß Privatpersonen strafbare Handlungen verzeigen sollen, was lediglich einer „moralischen“ Anzeigepflicht gleichkommen dürfte. Eine ähnliche Regelung enthält ferner die Strafprozeßordnung für den Kanton Appenzell I.-R h.⁹.

Wie wir gesehen haben, steht nun aber z. B. der Kanton Glarus auf dem Standpunkt, daß die nämlichen Gründe, die zur Anerkennung eines Zeugnisverweigerungsrechtes geführt haben, den einzelnen auch legitimieren, der Anzeigepflicht keine Folge zu leisten, denn der glarnerische Gesetzgeber hat ja in seiner Denunziationsbestimmung expressis verbis festgesetzt, daß die zeugnisverweigerungsberechtigten Personen auch keine Straf-anzeige zu erstatten hätten.

Fraglich ist, ob dies gleichfalls für die übrigen Kantone gelten soll, bei denen das nicht ausdrücklich gesagt wird. Man kann sich in der Tat ja auch fragen, ob ein Zeugnisverweigerungsrecht nicht auch für die betreffende Person eine Anzeigepflicht ohne weiteres ausschließt.

⁸ StPO vom 25. April 1880, § 7: „Zur Anzeige sind alle Amts- und Privatpersonen, welche von einem von Amtswegen zu verfolgenden Straffalle Kenntnis haben, verpflichtet.“

⁹ StPO Art. 19 Abs. 2 Satz 2.

Hier ist zuerst einmal zuzugeben, daß tatsächlich die Gründe, die jeweils maßgebend sind, um jemandem das Recht zuzubilligen, ein Zeugnis zu verweigern (z. B. Gewissenskonflikte naher Angehöriger), wohl auch eine Entbindung von der Anzeigepflicht zu begründen vermöchten. Wäre der Gesetzgeber dieser Meinung gewesen, so hätte er dies aber doch wohl — wie der glarnerische Gesetzgeber — in einer Gesetzesbestimmung zum Ausdruck gebracht oder auf jeden Fall zum Ausdruck bringen sollen. Da in den Kantonen Obwalden und Genf eine solche **e i n s c h r ä n k e n d e** Gesetzesbestimmung aber nicht vorhanden ist, wird argumentiert werden dürfen, daß diese Kantone diese Einschränkung nicht wollen, daß also m. a. W., im Gegensatz zum Kanton Glarus, in diesen Kantonen auch Personen, die zeugnisverweigerungsberechtigt sind, **a n z e i g e p f l i c h t i g** bleiben.

Dieser Auffassung kann kaum entgegengehalten werden, daß die Zubilligung eines Zeugnisverweigerungsrechtes eben ohne weiteres auch eine Entbindung von der Anzeigepflicht darstelle, bzw. eine solche Anzeigepflicht derart selbstverständlich ausschließe, daß eine diesbezügliche besondere einschränkende Gesetzesbestimmung eben nicht mehr notwendig gewesen sei, bzw. nicht als notwendig erachtet würde. Denn schließlich sind Strafanzeigepflicht und Zeugnispflicht, vom strafprozessualen Standpunkt aus betrachtet, zwei verschiedene Dinge. Die Zeugenbefragung ist eine der Untersuchungshandlungen, mit der die Untersuchungsbehörde nach Eröffnung des Strafverfahrens über den ihr als verdächtig erscheinenden Sachverhalt Klarheit zu erlangen versucht, während die Anzeige die Untersuchungsbehörde lediglich auf einen verdächtigen Sachverhalt aufmerksam machen und ihr damit die Möglichkeit geben soll, in der betreffenden Sache eine Strafuntersuchung zu eröffnen und durchzuführen.

Kann der Staat von einem Denunzianten im allgemeinen auch erwarten, daß er möglichst alle ihm bekannten Tatsachen der Untersuchungsbehörde mitteilt, so hat der Zweck der Anzeige doch wohl als erfüllt zu gelten, wenn die Untersuchungsbehörde auf ein Verbrechen bzw. einen Verbrechensverdacht aufmerksam gemacht wurde. Es ist ja auch keineswegs regelmäßig so, daß immer dann,

wenn der Verzeiger sich nachher unter Berufung auf sein gesetzliches Zeugnisverweigerungsrecht weigert, Zeugnis abzulegen, der Sachverhalt nicht trotzdem abgeklärt werden könnte, die Untersuchung einfach dahinfallen müßte. Die nähere Befragung des Denunzianten ist ja nur eines der jeweils in Betracht kommenden Mittel, und sehr häufig wird es möglich sein, durch Befragen anderer Personen (wie z. B. des Verletzten), die Sache abzuklären.

S t r a f b e s t i m m u n g e n für eine Verletzung dieser allgemeinen, sich auf begangene Straftaten beziehenden Strafanzeigepflichten lassen sich bei keinem der Kantone feststellen. Die Erfüllung der Denunziationspflicht dürfte somit wohl ziemlich illusorisch bleiben. Genf teilte uns z. B. ausdrücklich mit, daß es sich bei Art. 16 seiner Strafprozeßordnung um eine „lex imperfecta“ handle, das Unterlassen der Anzeige mit keinerlei Strafe bedroht sei. Auch die Gerichtspraxis des Kantons Obwalden weist während der letzten 50 Jahre keinen Fall einer Bestrafung wegen Nichterfüllung der Anzeigepflicht auf.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß in einzelnen Kantonen eine allgemeine Anzeigepflicht besteht in bezug auf die **a u ß e r g e w ö h n l i c h e n T o d e s f ä l l e**, also die nicht offensichtlich auf „natürliche Todesursachen“ zurückzuführenden Todesfälle.

So verpflichtet im Kanton Zürich die Verordnung über den Zivilstandsdienst vom 18. Oktober 1928 in § 37 jedermann, „wer Kenntnis vom Tode einer unbekannten Person erhält, die Leiche einer solchen findet oder sonst einen außergewöhnlichen Todesfall wahrnimmt“, der Polizei ohne Verzug Meldung zu machen. Eine ähnliche Bestimmung statuiert z. B. der Kanton Graubünden in Art. 1 und 2 der großrätlichen Verordnung über das Verhalten bei verdächtigen Todesfällen und beim Auffinden von Leichen vom 12. Juni 1874.

Da hier aber die auf strafbare Handlungen zurückzuführenden Todesfälle nicht speziell visiert werden, sondern eben allgemein alle außergewöhnlichen Todesfälle, so handelt es sich hier nicht im eigentlichen Sinne um eine Anzeigepflicht strafprozessualen Charakters.

Ferner auferlegt die Verordnung über den Zivilstandsdienst des Kantons Zürich in § 29 noch jedermann die Pflicht, Anzeige zu erstatten bei Auffinden eines a u s g e s e t z t e n, hilflosen K i n d e s „unbekannter oder unsicherer Abstammung“.

Eine allgemeine Strafanzeigespflicht bei bestimmten, besonders schweren drohenden Delikten setzen die Kantone Schwyz, Appenzell I.-Rh. und St. Gallen fest ¹⁰, und zwar übereinstimmend in bezug auf die Straftatbestände des Mordes (Art. 112 StGB), der schweren Körperverletzung (Art. 122), des Raubes (Art. 139), der Notzucht (Art. 187), des Frauen- und Kinderhandels (Art. 202), der Brandstiftung (Art. 221), der Verursachung einer Explosion (Art. 223), der Gefährdung durch Sprengstoffe und giftige Gase in verbrecherischer Absicht (Art. 224), des Verursachens einer Ueberschwemmung oder eines Einsturzes (Art. 227), des Verbreitens menschlicher Krankheiten (Art. 231), des Verbreitens von Schädlingen (Art. 233), der Verbrechen gegen den öffentlichen Verkehr (Art. 237 und 238), des Hochverrates (Art. 265), sowie bei Angriffen auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft (Art. 266 StGB).

Dazu treten in den Kantonen St. Gallen und Schwyz die Artikel 182 Ziff. 2, 232 und 239 StGB, im Kanton Appenzell I.-Rh. die Artikel 118, 119 und 183—185 StGB.

Der Verletzung dieser Denunziationspflicht macht sich schuldig, wer von dem verbrecherischen Vorhaben zu einer Zeit erfährt, in der die Verhütung der Straftat noch möglich ist und weder der Behörde noch dem Bedrohten rechtzeitig davon Mitteilung macht. Für das Unterlassen der Meldung ist H a f t oder B u ß angedroht. Bedingung der Strafbarkeit ist aber, daß das anzuzeigende bevorstehende Delikt begangen oder ein Versuch dazu gemacht worden ist.

Ferner wird von allen drei Gesetzen die Bestimmung des Art. 305 Abs. 2 StGB übernommen, wonach der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen kann, wenn der Nichtdenunziant in so

¹⁰ Schwyz: EG zum StGB § 48; Appenzell I.-Rh.: „Uebertretungen-VO“ Art. 53; St. Gallen: EG zum StGB Art. 75.

nahen Beziehungen zu dem Verbrecher steht, daß sein Verhalten entschuldbar erscheint.

Praktische Fälle einer Bestrafung wegen Nichterfüllung der Anzeigepflicht sind indessen im Kanton Appenzell I.-Rh. z. B. nicht bekannt.

Im Kanton Genf besteht gemäß Art. 16 Abs. 1 StPO (neben der bereits erwähnten Denunziationspflicht in bezug auf begangene Straftaten) in dem Sinne eine allgemeine Anzeigepflicht in bezug auf drohende Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und die Landesverteidigung, gegen Leib und Leben, gegen das Vermögen, sowie in bezug auf gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen, indem jedermann „qui a eu connaissance“ verpflichtet ist, dem „procureur général“ Anzeige zu erstatten. Wie bereits festgestellt wurde, stellt aber der Kanton Genf für die Mißachtung der sich aus Art. 16 StPO ergebenden Pflichten, keine Strafsanktionen auf.

B. Anzeigepflichten bestimmter Personen.

1. Denunziationspflicht der staatlichen Organe.

Rund vier Fünftel der Kantone auferlegen in ihren Strafprozeßgesetzen allgemein den **staatlichen Organen** die Pflicht zum Verzei-
gen von Straftaten¹¹, während in den übrigen Kantonen sich die

¹¹ Zürich: StPO § 21; Uri: G betr. die amtliche Klage v. 6. Mai 1894, Art. 1, Landraths-Beschluß v. 4. März 1884 (Ldb. III. 210); Schwyz: StRV § 4, VO über die Verhängung v. Geldbußen bei Uebertretung allg. administrativer oder polizeilicher Gesetze u. Verordnungen, § 6; Nidwalden: StPO § 2; Obwalden: StRV Art. 2; Glarus: StPO § 35; Zug: StPO § 6; Freiburg: StPO Art. 14 Ziff. 1; Basel-Stadt: StPO §§ 115, 221, 226; Basel-Land: StRV §§ 43, 201; Appenzell A.-Rh.: StPO Art. 16 Abs. 1; Appenzell I.-Rh.: StPO Art. 19; St. Gallen: Strafrechtspflege: I Art. 30 Abs. 1, II Art. 97; Aargau: StPO §§ 121, 122; Thurgau: StPO: G betr. das bezirksamtl. Voruntersuchungsverfahren in Strafsachen ... § 3, G über das Geschworenengericht § 14; Tessin: StPO Art. 138, 139; Wallis: StPO Art. 43, 44, 45; Neuenburg: StPO Art. 6; Genf: StPO Art. 15.

Meldepflicht in der Regel auf die sogenannte „gerichtliche Polizei“ beschränkt ¹².

So setzt z. B. der zürcherische Gesetzgeber in § 21 StPO fest, daß allgemein „Behörden und Beamte“ „strafbare Handlungen, die ihnen in ihrer amtlichen Stellung bekannt werden, der zuständigen Anklagebehörde zu verzeigen“ haben und sogar selber, soweit sie hierzu zuständig sind, diejenigen Maßregeln zu treffen haben, „welche ohne Gefahr nicht verschoben werden können“.

Als ihre a m t s b e d i n g t e Pflicht, Anzeige zu erstatten, wenn sie in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit von strafbaren Handlungen Kenntnis erhalten, sollen es die Behörden und Beamten des Kantons Graubünden erachten, obwohl, außer der Anzeigepflicht der Landjäger, eine gesetzlich nominierte Anzeigepflicht im übrigen für die kantonalen Behörden und Beamten in Graubünden nicht besteht. (In Art. 59 verpflichtet das Einführungsgesetz zum StGB einzig die Kreisämter, nicht nur auf ergangene Anzeige hin, sondern auch von Amtes wegen einzuschreiten, wenn sie von einer strafbaren Handlung Kenntnis erhalten.)

Was man eigentlich unter „Beamten“ verstehen will, war lange Zeit kontrovers. Das schweizerische Strafgesetzbuch hat denn auch aus diesem Grunde eine Legaldefinition gebracht. So wird in Art. 110 Ziff. 4 StGB ausdrücklich gesagt, daß unter „Beamten“ alle Beamten und Angestellten einer öffentlichen Verwaltung und der Rechtspflege zu verstehen sind, wie auch diejenigen Personen, welche nur provisorisch ein Amt bekleiden oder angestellt sind, oder die vorübergehend amtliche Funktionen ausüben.

Diese Legaldefinition gilt nun aber vorerst nur für das gesamte Gebiet des eidgenössischen Strafrechts. Es steht also m. a. W. jedem Kanton frei, in bezug auf die A n z e i g e p f l i c h t den Beamten-

¹² Vgl. z. B.: Bern: Art. 71 StRV; Luzern: §§ 13 und 14 StRV, §§ 10 Abs. 1, 19 und 46 StRV; Schaffhausen: Art. 150 Abs. 2 StPO; Waadt: Art. 87 StPO.

Daß die gerichtliche Polizei von strafbaren Handlungen Anzeige erstatten muß, ist selbstverständlich; im Rahmen dieser Arbeit braucht auf diese Bestimmungen nicht näher eingetreten zu werden. Untersucht werden soll vielmehr, wie weit a n d e r e Beamte, wo diese Anzeigepflicht nicht im Rahmen ihrer üblichen Berufsobliegenheiten liegt, denunziationspflichtig sind.

begriff weiter oder enger zu fassen. Die Formulierung ist in den einzelnen Kantonen denn auch durchaus verschieden, und es ist fraglich, ob alle Gesetzgeber das gleiche sagen wollen oder nicht.

Neben Zürich sprechen z. B. auch die Kantone Glarus, Appenzell A.-Rh., Aargau und Thurgau allgemein von „Behörden und Beamten“, während in der Denunziationsbestimmung des Kantons Appenzell I.-Rh. z. B. neben Behörden und Beamten die „öffentlichen Angestellten“, in derjenigen des Kantons Freiburg die „Diener der öffentlichen Gewalt“ erwähnt werden. Eine ähnliche Formulierung finden wir auch in den Kantonen Tessin und Genf. Dagegen spricht z. B. der Kanton Schwyz in § 4 seines Gesetzes über das Verfahren in Strafrechtsfällen lediglich von „beeidigten Angestellten“ (und „Polizeibediensteten“), worunter gemäß Rechenschaftsbericht des Kantonsgerichtes von 1924 ein Kriminalrichter z. B. nicht verstanden werden kann.

Der Gesetzgeber des Kantons Uri wiederum erklärt als meldepflichtig „Beamte und Angestellte des Kantons, der Korporationen und Gemeinden“. Und der Kanton Zug nennt in seiner Denunziationsbestimmung „Behördemitglieder, Beamte und Angestellte des Gemeinwesens“. Im Kanton Nidwalden sind „alle Staats- und Gemeindebeamten“, („sowie Polizeidiener“) zur Strafanzeige verpflichtet; im Kanton Obwalden z.B. kommen ferner dazu alle Angestellten“. „Wer für den Kanton oder Gemeinde ein Amt oder einen Dienst versieht“, ist zur Denunziation verpflichtet im Kanton Basel-Stadt. Abweichend von der Regelung anderer Kantone sind aber sowohl im Kanton Basel-Stadt, wie auch im Kanton Baselland, die Amtsvormünder und die vormundschaftlichen Behörden in bestimmten, bzw. in sämtlichen Fällen von der Anzeigepflicht ausgenommen¹³.

¹³ Siehe § 115 Abs. 2 StPO des Kts. Basel-Stadt: „Amtsvormünder sind nicht verpflichtet, Verbrechen ihrer Mündel anzuzeigen; keine Anzeigepflicht besteht ferner für die Bediensteten der Vormundschaftsbehörde, wenn sie durch Berichte privater Vormünder von Verbrechen der Mündel Kenntnis erhalten, und für die Bediensteten der Vormundschaftsbehörde, denen die Jugendfürsorge obliegt, wenn sie von Verbrechen der unter ihrem Schutz stehenden Personen Kenntnis erhalten.“

§ 43 Abs. 3 StPO des Kts. Baselland lautet: „Ausgenommen von dieser Pflicht sind die Amtsvormünder und die vormundschaftlichen Behörden.“

Ferner finden wir in § 115 Abs. 3 und 4 der Strafprozeßordnung des Kantons Basel-Stadt mit Bezug auf die anzeigepflichtigen öffentlichen Organe noch folgende Bestimmungen:

„Hat ein von der Anzeigepflicht befreiter öffentlicher Bediensteter ein Verbrechen nicht zur Anzeige gebracht, so sind auch die ihm vorgesetzten Behörden nicht zur Anzeige verpflichtet, wenn sie bei Ausübung ihrer dienstlichen Aufsicht von dem Verbrechen Kenntnis erhalten.

Erhalten Kollegialbehörden von einem Verbrechen Kenntnis, so besteht für jedes Mitglied die Verpflichtung, Anzeige gemäß Absatz 1 zu erstatten. Die Erfüllung dieser Pflicht durch ein Mitglied der Behörde befreit jedoch die übrigen von der Anzeigepflicht.“

Der Kanton Wallis, der sich z. Z. mit der Ausarbeitung einer neuen Strafprozeßordnung befaßt, scheint auch den Kreis der anzeigepflichtigen Personen zu erweitern. Während heute die „konstituierten Behörden“ (und „die Landjäger“ sowie die „Angestellten, denen das Gesetz oder die Reglemente Polizeibefugnisse zuerteilen“), meldepflichtig sind, bestimmt Art. 36 Ziff. 2 des Entwurfes: „Toute autorité, tout fonctionnaire, tout agent de la force publique soit du canton, soit de la commune, a l'obligation de dénoncer . . .“

Und der Kanton Luzern, der ebenfalls mitten in der Ausarbeitung eines neuen Strafrechtsverfahrens steht, sieht vor, im künftigen Strafprozeßverfahren allen im Strafprozeß irgendwie beteiligten Beamten und Behörden — also nicht nur, wie dies gegenwärtig der Fall ist, der sogenannten gerichtlichen Polizei (Kriminalpolizei, übrige Polizei, Untersuchungsrichter, Staatsanwalt) — eine Anzeigepflicht aufzuerlegen.

Was nun den sachlichen Geltungsbereich dieser Strafanzeigepflichten anbelangt, so sprechen ungefähr die Hälfte der kantonalen Gesetzgeber ausdrücklich nur von den Offizialdelikten¹⁴. Man wäre indessen versucht zu sagen, daß sich auch die anderen Denunziationsbestimmungen, nämlich § 21 der Strafprozeß-

¹⁴ Vgl. hierzu z. B. die Formulierung der Denunziationsbestimmungen der Kantone: Glarus, § 35 Abs. 1 StPO: „Behörden, Beamte, insbesondere Verhöramt und Polizeiorgane sind pflichtig, alle ihnen bekanntgewordenen Verbrechen und Vergehen anzuzeigen, soweit es sich nicht um Straftatbestände handelt, welche im schweizerischen Straf-

ordnung von Zürich, ferner die Bestimmungen der Kantone Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden, Baselland, Appenzell A.-Rh., Aargau und Thurgau, wo nicht ausdrücklich von Officialdelikten die Rede ist, offensichtlich gleichfalls nur auf die von Amtes wegen zu verfolgenden Straftaten beziehen, da die Antragsdelikte ja nur auf den Antrag des Verletzten (bzw. des an seiner Stelle „Berechtigten“) verfolgt werden. So dürfen z. B. im Kanton Zürich gemäß § 24 StPO bei Verbrechen oder Vergehen, welche nur auf den Antrag einer Privatperson verfolgt werden, auch die Strafverfolgungsbehörden erst dann einschreiten (abgesehen indes von dringenden Fällen, wo schon vor der Stellung des Antrages sichernde Maßnahmen getroffen werden können), wenn der Strafantrag der dazu berechtigten Person vorliegt.

Andererseits läßt sich aber auch der Standpunkt vertreten, daß die Behörden und Beamten alles anzuzeigen und nicht schon selbst zu entscheiden hätten, ob eventuell ein Antragsdelikt vorliege oder nicht; daß es Sache des Untersuchungsrichters sei, darüber zu befinden, ob z. B. eine Sachbeschädigung geringfügig sei, eine Körperverletzung leichter Natur, m. a. W. ob es sich im konkreten Falle um ein Antragsdelikt handle oder nicht.

Sowohl hinsichtlich der Kantone, die ausdrücklich nur von einer Anzeigepflicht in bezug auf Officialdelikte sprechen, wie auch hinsichtlich derjenigen Kantone, die dies nicht expressis verbis tun, es eventuell aber doch auch so meinen, ist nun aber zu prüfen, ob dann jeweils schlechterdings sämtliche strafbaren Handlungen angezeigt werden müssen, oder ob sich vielleicht die Denunziationspflicht nur auf Verbrechen, oder auf Verbrechen und Vergehen beschränkt.

In der Regel wird in den betreffenden Bestimmungen allgemein von „strafbaren Handlungen“ gesprochen. Das könnte nun sehr wohl so ausgelegt werden, daß man nicht unterscheiden

gesetzbuche nur auf Antrag bestraft werden. Bei Antragsdelikten gelten Art. 28 und 29 StrGB.“

Appenzell I.-Rh., StPO Art. 19 Abs. 2: „Behörden, Beamte und öffentliche Angestellte sind für die ihnen in ihrer amtlichen Tätigkeit zur Kenntnis kommenden Officialdelikte anzeigepflichtig.“

wollte zwischen Verbrechen und Vergehen einerseits, und Verbrechen und Vergehen und Uebertretungen anderseits, daß man also eine umfassende Strafanzeigepflicht aufstellen wollte, wie dies der Kanton Schwyz getan hat, der in seiner Denunziationsbestimmung ausdrücklich eine Anzeigepflicht in bezug auf Verbrechen, Vergehen und Polizeiübertretungen festsetzt. Fraglich ist aber, ob die Gesetzgeber effektiv die Absicht hatten, so weit zu gehen.

In einzelnen Gesetzen dagegen figurirt der Ausdruck „Verbrechen und Vergehen“. Und in den Anzeigepflichtsbestimmungen der Kantone Basel-Stadt und Aargau wird der Begriff „Verbrechen“ verwendet.

Während nun der Ausdruck „Verbrechen und Vergehen“ doch wohl ein Gegensatz sein soll zu den Uebertretungen, kann man sich fragen, ob dort, wo nur von „Verbrechen“ gesprochen wird, tatsächlich auch die Vergehen ausgenommen werden sollen.

Daß dies nun z. B. in der Tat die Meinung des aargauischen Gesetzgebers war, läßt sich an Hand des peinlichen Straf-Gesetzes für den Kanton Aargau vom 11. Hornung 1857 feststellen. In § 1 dieses Gesetzes (vgl. auch § 32) finden wir eine bestimmte Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen. Da die aargauische Strafprozeßordnung vom 3. März 1858 datiert, im Jahre 1857 aber, wie wir gesehen haben, schon offiziell zwischen Verbrechen und Vergehen unterschieden wurde, steht fest, daß der Kanton Aargau in seiner Denunziationsbestimmung wirklich nur die als Verbrechen geltenden Straftatbestände meint. (Allerdings ist zu sagen, daß der Katalog der Delikte, die als Verbrechen gelten, heute natürlich nicht mehr der gleiche ist wie damals.)

In diesem Zusammenhange möchten wir noch auf die besondere Regelung im Kanton St. Gallen hinweisen. In Art. 30 Abs. 1 des Gesetzes über die Strafrechtspflege bei Verbrechen und Vergehen stellt der st. gallische Gesetzgeber (außer der in bezug auf sämtliche Delikte für die Gerichts- und Polizeibehörden geschaffenen Denunziationspflicht) lediglich in bezug auf die Fälle nach Art. 163 bis 170 und 323 bis 325 StGB eine Pflicht zur Strafanzeige für die Betreibungs- und Konkursbeamten auf. Ferner stipuliert dann aber Art. 97 EG zum StGB (III. Titel, II. Teil: Strafrechtspflege bei

Uebertretungen und leichten Vergehen) für sämtliche Beamten und vereidigten Angestellten eine Meldepflicht in bezug auf Uebertretungen.

Während teils die Kantone von ihren Behörden und Beamten ausschließlich die amtliche Denunziation, d. h. die Meldung der ihnen „in ihrer amtlichen Stellung“, „bei Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit“ zur Kenntnis gelangenden Rechtsverletzungen verlangen, vermissen wir in den Bestimmungen anderer Kantone diese einschränkende Formulierung¹⁵. So lautet beispielsweise Art. 14 Ziff. 1 der freiburgischen Strafprozeßordnung:

„Wird einer Behörde, einem Beamten oder einem Diener der öffentlichen Gewalt die Begehung einer von Amts wegen verfolgbaren Straftat bekannt, so ist dieselbe unverzüglich der zuständigen Stelle anzuzeigen, unter Beifügung aller sachdienlichen Auskünfte.“

Man kann sich fragen, ob die Anzeigepflicht in diesen Kantonen eventuell weitergehend ist, ob diese Vorschriften dahin ausgelegt werden dürfen, daß alle staatlichen Funktionäre auch zur Denunziation der ihnen privat, also außerhalb ihrer amtlichen Sphäre bekannt werdenden Straftaten verpflichtet seien.

Interessant ist, daß der Kanton Thurgau in dem späteren Gesetze betreffend das bezirksamtliche Voruntersuchungsverfahren in Strafsachen und die gerichtliche Abwandlung der korrekionellen Straffälle, sowie der an die Gerichte überwiesenen Polizei-Uebertretungen, vom 26. November 1867 in § 3 die Einschränkung macht, daß Behörden und Beamte strafbare Handlungen, die ihnen auf amtlichem Wege bekannt werden, zu verzeigen hätten, wogegen Art. 14 des früheren Gesetzes über das Geschworenengericht vom 24. März 1852 bestimmt: „Die Behörden und Beamten, welche von verübten Kriminalverbrechen Kenntnis erhalten, sind verpflichtet, der gerichtlichen Polizei Anzeige zu geben.“

¹⁵ So z. B. in den Kantonen: Schwyz: StRV § 4; Nidwalden: StPO § 2; Obwalden: StRV Art. 2; Glarus: StPO § 35; Freiburg: StPO Art. 14 Ziff. 1; Wallis: StPO Art. 43; Genf: StPO Art. 15.

Angenommen werden kann, daß in den meisten Kantonen die Polizei, deren „vornehmste Aufgabe“ es ist, wie Ziffer 1 der Dienstinstruktion für das Landjägerkorps des Kantons Graubünden sehr schön sagt, „Verbrechen und Vergehen zu verhüten“, auch zur Anzeige der ihr „privat“ zur Kenntnis gelangenden strafbaren Handlungen verpflichtet ist. Um die ihr zugewiesene Aufgabe, die „Verhütung bzw. Verzeigung“ von „Verbrechen, Vergehen und Gesetzesübertretungen“¹⁶ richtig erfüllen zu können, wird die Polizei in bezug auf die Rapportierung von Straftaten kaum zwischen amtlicher und privater Kenntnisnahme differenzieren können, wohl kaum über irgend eine Rechtsverletzung hinwegsehen dürfen, — anders ausgedrückt — die zur Verhütung und Verfolgung von strafbaren Handlungen berufenen Beamten und Angestellten der Polizei sind sozusagen immer „im Dienst“.

So teilte uns z. B. der Kanton Schaffhausen auch ausdrücklich mit, daß Art. 150 Abs. 2 seiner Strafprozeßordnung, welcher lautet:

„Die Beamten und Angestellten der Kantonspolizei und der Ortspolizei haben die von Amtswegen verfolgten Vergehen, deren Verumständungen und Beweise zu erforschen und ihren Vorgesetzten darüber Bericht zu erstatten“,

derart formuliert sei, daß sich diese „Berichterstattung“ oder Rapportierung nicht nur auf Vergehen richte, welche den Beamten während ihrer Amtstätigkeit zur Kenntnis kommen, sondern auch auf diejenigen strafbaren Tatbestände, welche ihnen außerdienstlich bekannt werden. Obwohl es sich hierbei allerdings um eine extensive Auslegung dieser Vorschriften handle, so entspreche hingegen diese Interpretation der Funktion eines Polizeibeamten.

Anders hingegen ist die Auffassung im Kanton Luzern. Dort soll nach Auslegung und Praxis die Anzeigepflicht für Gemeindeammänner, Polizeibeamte und Bedienstete der Polizei (ebenso auch für Amtsstatthalter und Staatsanwälte: vgl. § 10 Abs. 1 und §§ 19 und 46 StRV) nur insoweit bestehen, als die strafbaren Handlungen den betreffenden Personen in ihrer amtlichen Eigenschaft bekannt werden, obschon z. B. § 13 StRV stipuliert:

¹⁶ Vgl. hierzu z. B. Zürich: Verordnung zum Gesetze betreffend das Kantonspolizeikorps vom 30. März 1908: § 1; Verordnung über die Organisation und die Ausübung der Kriminalpolizei vom 27. Mai 1924: § 1 Abs. 1, §§ 2 und 3; Dienstreglement für das Polizeikorps des Kantons Zürich vom 15. März 1911: § 3.

„Jeder Gemeindeammann soll von jedem in seiner Gemeinde vorfallenden Verbrechen oder Vergehen, von welchem er auf was immer für eine Weise Kenntnis erhält, ungesäumt dem Amtsstatthalter eine umständliche, schriftliche Anzeige machen.“

Ferner kann an dieser Stelle noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß in vereinzelt en Strafprozeßordnungen die Denunziationspflicht für Polizeifunktionäre und für die übrigen öffentlichen Organe unterschiedlich formuliert ist. So bestimmt z. B. der Gesetzgeber des Kantons Appenzell I.-Rh. in Art. 19 Abs. 1 StPO:

„Die Polizeiorgane des Kantons und der Bezirke haben ihnen zur Kenntnis gekommene Offizialdelikte sofort anzuzeigen...“,

und in Absatz 2:

„Behörden, Beamte und öffentliche Angestellte sind für die ihnen in ihrer amtlichen Tätigkeit zur Kenntnis kommenden Offizialdelikte anzeigepflichtig.“

Ebenso verpflichtet der Kanton Aargau in § 121 StPO allgemein Behörden und Beamte zum Verzeigen von Verbrechen, welche ihnen in amtlicher Stellung bekannt werden, während in § 122 StPO speziell den Polizeiangestellten die Pflicht auferlegt wird, Mitteilung zu machen von strafbaren Handlungen, welche irgendwie zu ihrer Kenntnis gelangen. Vergleiche ferner die Denunziationsbestimmungen der Kantone Baselland (StPO § 43) und Tessin (StPO Art. 138 und 139).

Wie schon bei der allgemeinen, für jedermann geltenden Strafanzeigepflicht, so muß nun auch hier noch geprüft werden, ob sich in bezug auf diese amtlichen Denunziationspflichten nicht gewisse Einschränkungen ergeben aus anderen Gesichtspunkten. Und zwar wird man in diesem Zusammenhange vor allem die sich aus dem Amtsgeheimnis ergebende allgemeine Schweigepflicht der Beamten berücksichtigen müssen, sowie die Frage, ob sich nicht aus dem Zeugnisverweigerungsrecht, genauer ausgedrückt, aus den Gründen, die zur Anerkennung eines Zeugnisverweigerungsrechtes geführt haben, auch eine Einschränkung der Anzeigepflicht der staatlichen Organe ergibt.

In einer Reihe von Strafprozeßrechten finden wir, als Ausfluß des Amtsgeheimnisses — ähnlich Art. 78 Bundesstrafrechtspflege —, ein spezielles amtliches Zeugnisverweigerungs-

r e c h t ¹⁷. So setzt z. B. der Kanton Basel-Stadt in § 41 Abs. 2 StPO fest:

„Wenn Mitglieder von Behörden oder öffentliche Bedienstete über Geheimnisse auszusagen hätten, die ihnen in ihrer amtlichen Stellung anvertraut worden sind und deren Bewahrung ihnen durch besonderen Beschluß oder besondere Verfügung zur Pflicht gemacht worden ist, so kann ihnen der Regierungsrat die Verweigerung des Zeugnisses vorschreiben, sofern und solange die Sicherheit oder das Wohl des Gemeinwesens es dringend verlangt.“

Fast gleich ist die Formulierung im Kanton Baselland.

Während nun aber die Kantone Basel-Stadt und Baselland ihre Behörden und Beamten ausdrücklich nur insoweit zum Verzeigen von strafbaren Handlungen verpflichten, als sie nicht das Recht der Zeugnisverweigerung haben ¹⁸ — die Entscheidung, ob im konkreten Falle ein Zeugnisverweigerungsrecht bestehe, soll oft sehr heikel sein —, kennen die anderen Kantone, wie wir gesehen haben, keine Bestimmung, wonach die Denunziationspflicht entfällt, wenn dem Anzeigepflichtigen in dieser Sache ein Zeugnisverweigerungsrecht zusteht.

Der Kanton Schwyz bringt in seiner Denunziationsbestimmung ausdrücklich zum Ausdruck, daß die nämlichen Gründe, die zur Anerkennung des Zeugnisverweigerungsrechtes naher Angehöriger geführt haben, auch eine Entbindung von der amtlichen Anzeigepflicht begründen. Satz 2 von § 4 des schwyzerischen Strafrechtsverfahrens lautet: „Wer indessen in einem bestimmten Falle nach § 132 nicht zeugnispflichtig ist, ist zur Anzeige nicht verpflichtet.“ (§ 132 stipuliert:

„Zur Verweigerung des Zeugnisses sind ferner berechtigt:

1. der Ehegatte oder Verlobte des Angeklagten;
2. diejenigen, welche mit dem Angeschuldigten in aufsteigender Linie oder bis und mit dem zweiten Grad der Seitenlinie verwandt oder mit demselben leiblich verschwägert sind, sofern die die Verschwägerung vermittelnde Person noch am Leben ist.“)

¹⁷ Siehe z. B. Bern: StRV Art. 141 Ziff. 4; Basel-Stadt: StPO § 41 Abs. 2; Baselland: StRV § 66 Ziff. 4; St. Gallen: StRV Art. 81 Ziff. 3; Waadt: StPO Art. 226; Neuenburg: StPO Art. 147 Ziff. 2.

¹⁸ Siehe Basel-Stadt: StPO § 115 Abs. 1; Baselland: StRV § 43 Abs. 2.

Ferner sind im Kanton Wallis gemäß einer besonderen Gesetzesbestimmung (Art. 45 StPO) der Verpflichtung zum Verzeigen von Straftaten enthoben „der Ehegatte, sowie die Verwandten und Verschwägerten des Verbrechers in gerader Linie, und in der Seitenlinie bis zum sechsten Grade einschließlich“. Die anderen Gesetzgeber schweigen darüber.

Es kann nun aber wohl auch hier gesagt werden (vgl. das bei der allgemeinen Anzeigepflicht Ausgeführte), daß eine Einschränkung der amtlichen Strafanzeigepflicht doch gewiß auch in den anderen Kantonen ausdrücklich erfolgt wäre oder auf jeden Fall hätte erfolgen sollen, wäre der Gesetzgeber ebenfalls der Meinung gewesen, daß sich aus dem amtlichen Zeugnisverweigerungsrecht oder aus dem Zeugnisverweigerungsrecht naher Angehöriger auch eine Entbindung von der amtlichen Anzeigepflicht ergebe. Da eine solche e i n s c h r ä n k e n d e Gesetzesbestimmung aber nicht vorhanden ist, wird gefolgert werden dürfen, daß diese Kantone eben diese Einschränkung nicht wollen, daß also m. a. W. — im Gegensatz zu den Kantonen Basel-Stadt, Baselland, Schwyz und Wallis — die Anzeigepflicht für die staatlichen Organe in den übrigen Kantonen a b s o l u t e Geltung hat. So hat denn auch der waadtländische Gesetzgeber ganz deutlich als Bestätigung von dem in Art. 226 seiner Strafprozeßordnung festgesetzt:

„Nul témoin n'est tenu de révéler un secret dont il est dépositaire par état ou profession, à moins qu'il n'en soit expressément délié ou que la loi ne l'oblige à dénoncer.“

Es mag in diesem Zusammenhange noch darauf hingewiesen werden, daß im Kanton S o l o t h u r n, dessen Strafprozeßordnung keine Bestimmung über eine Anzeigepflicht der Behörden und Beamten enthält, die allgemeine Norm von § 106 Abs. 1 StPO (Jedermann ist zur Anzeige derjenigen strafbaren Handlungen, welche von Amtes wegen verfolgt werden, b e r e c h t i g t) durch § 27 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das Staatspersonal vom 23. November 1941 eingeschränkt wird. Dessen § 27 Abs. 1 und 2 lautet:

„Beamte, Angestellte und Arbeiter dürfen sich vor Gericht über Angelegenheiten, die ihnen zufolge ihrer Amtsstellung zur Kenntnis gekommen sind, nur mit Ermächtigung des Regierungsrates äußern.

Die Ermächtigung darf nur verweigert werden, wenn die Interessen der Allgemeinheit oder der Verwaltung dies dringend erfordern.“

Da diese Bestimmung laut Praxis des kantonalen Personalamtes nicht nur für Aussagen vor Gericht, sondern sinngemäß auch für Strafanzeigen gilt, haben wir im Kanton Solothurn statt einer amtlichen Anzeigepflicht eigentlich prinzipiell ein Anzeigeverbot, es sei denn, es liege eine regierungsrätliche Ermächtigung im Einzelfall vor.

Indessen besteht im Kanton Solothurn eine besondere Verordnung, die einen langen Katalog aller Fälle aufführt, in denen der Staat oder Gemeinden als Verletzte gelten und demzufolge auch Anzeige erheben können: Verordnung über die Stellung des Staates und der Gemeinden als Verletzte im Strafprozeß nach § 59 Abs. 3 der Strafprozeßordnung, vom 17. April 1942, mit Ergänzung vom 9. Mai 1944.

Und was die Vereinbarkeit der amtlichen Anzeigepflichtsbestimmungen mit Art. 320 des schweizerischen Strafgesetzbuches, in welchem der eidgenössische Gesetzgeber die Verletzung des Amtsgeheimnisses unter Strafe stellt, anbelangt, so sehen wir vorerst einmal, daß nach Art. 320 Ziffer 1 StGB allgemein von Amtes wegen verfolgt und mit Gefängnis oder mit Buße bestraft wird, „wer ein Geheimnis offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied einer Behörde oder als Beamter anvertraut worden ist, oder das er in seiner amtlichen oder dienstlichen Stellung wahrgenommen hat“.

Nicht rechtswidrig ist gemäß Art. 320 Ziffer 2 die mit schriftlicher Einwilligung einer vorgesetzten Behörde erfolgte Geheimnispreisgabe.

Für die kantonalen Bestimmungen über die amtliche Meldepflicht würde also grundsätzlich der Satz gelten: Bundesrecht bricht kantonales Recht, denn eine Einschränkung, wie sie der eidgenössische Gesetzgeber in Art. 321 StGB, in welchem das Berufsgeheimnis geregelt wird, in Ziffer 3 gemacht hat und die ausdrücklich festlegt, daß die „eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen über die Zeugnispflicht und über die Auskunftspflicht gegenüber einer Behörde“ vorbehalten bleiben sollen, fehlt in Art. 320 StGB.

Nun ist aber folgendes zu sagen: Diese amtlichen Denunzationspflichten sind spezielle Beamtenpflichten. Eindeutig sehen wir das bei den Polizeifunktionären. Ihre Hauptbeamtenpflicht ist, An-

zeige zu erstatten. Und niemandem würde es einfallen, bei Polizisten von einer strafbaren Verletzung des Amtsgeheimnisses zu sprechen.

Schon an diesem Beispiel der Polizei zeigt sich (und kommt es wohl auch am stärksten zum Ausdruck), daß die Pflicht, das Amtsgeheimnis vorgehen zu lassen, absurd wäre, weil die Beamten ihre Beamtenfunktion nicht erfüllen könnten. Bei Art. 320 StGB hat man denn auch eine Anzeigepflicht, die zur Amtspflicht gehört, sicherlich nicht verhindern wollen.

Ahnliches gilt überhaupt für sämtliche dieser amtlichen Denunziationspflichten, auch wenn sie nicht im Rahmen einer üblichen beruflichen Obliegenheit liegen. Die Behörden und Beamten obliegende Pflicht zur Strafanzeige ist einfach eine Amtspflicht, und zwar gegenüber der sich aus Art. 320 StGB ergebenden Amtspflicht, das Amtsgeheimnis zu wahren, die Speziellere. Die amtliche Geheimhaltungspflicht ist die allgemeinste Amtspflicht, der die speziellere Pflicht vorgeht nach dem Grundsatz: *lex specialis derogat legi generali*.

Und Grundlage der Straflosigkeit einer Geheimnisoffenbarung auf Grund von Gesetz oder Amtspflicht ist Art. 32 StGB, der folgendes bestimmt:

„Die Tat, die das Gesetz oder eine Amts- oder Berufspflicht gebietet, oder die das Gesetz für erlaubt oder straflos erklärt, ist kein Verbrechen oder Vergehen.“

Schwer verständlich ist, daß der Kanton Appenzell I.-Rh. in seiner Denunziationsbestimmung (Art. 19 Abs. 2 StPO) bemerkt: „Vorbehalt bleibt die Wahrung des Amtsgeheimnisses (vgl. Art. 320 StGB).“

Nachdem wir nun festgestellt haben, in welchen Kantonen und in welchem Umfange allgemein Behörden und Beamten eine Pflicht zur Strafanzeige auferlegt ist, bleibt noch darzulegen, in welcher Weise dem Anzeigegewerb irgendwie Nachdruck verliehen wird.

Einen speziellen Straftatbestand, der die Verletzung der An-

zeigepflicht mit einer Strafe bedroht, kennt das schweizerische StGB nicht. Auch in der kantonalen Gesetzgebung ist kein solcher Tatbestand vorhanden. Also kommt für die Nichtbeachtung der amtlichen Denunziationspflicht lediglich eine Bestrafung unter dem allgemeinen Titel der *A m t s p f l i c h t v e r l e t z u n g* in Frage. (Es fragt sich allerdings, ob in der pflichtwidrigen Unterlassung einer Anzeige nicht unter Umständen eine strafbare Begünstigung des Täters im Sinne von Art. 305 StGB erblickt werden könnte.)

Einen allgemein gefaßten, subsidiär anzuwendenden Straftatbestand der Amts- oder Dienstpflichtverletzung, wie ihn z. B. das zürcherische Strafgesetzbuch in § 227 gekannt hat, kennt nun aber das schweizerische StGB nicht, sondern nur spezifische Straftatbestände. Es bleibt daher lediglich noch die Möglichkeit, daß es in den einzelnen Kantonen einen allgemeinen Straftatbestand der Amtspflichtverletzung gibt. Nach Art. 335 Ziff. 1 Abs. 2 StGB ist den Kantonen ausdrücklich vorbehalten, „die Uebertretung kantonalen Verwaltungs- und Prozeßvorschriften mit Strafe zu bedrohen“, also hätten die Kantone grundsätzlich die Möglichkeit, solche Straftatbestände aufzustellen.

In der Tat findet man denn auch bei einer Anzahl von Kantonen einen allgemeinen Straftatbestand der Amtspflichtverletzung. So werden Behördemitglieder und Beamte, welche ihre Amtspflicht verletzen, sofern nicht ein bloßer Disziplinarfehler oder ein spezieller Tatbestand des Strafgesetzbuches vorliegt, im Kanton *S c h w y z* gemäß § 49 des EG zum StGB, im Kanton *A p p e n z e l l A. - R h.* gemäß Art. 39 EG zum StGB, im Kanton *A p p e n z e l l I. - R h.* gemäß Art. 54 Abs. 2 „Uebertretungen-VO“ und im Kanton *T h u r g a u* gemäß § 51 EG zum StGB bestraft.

§ 49 EG zum StGB des Kantons Schwyz beispielsweise lautet:

„Mitglieder einer Behörde oder Beamte, die ihre Amtspflicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzen, werden, sofern nicht ein bloßer Disziplinarfehler oder ein Tatbestand der Art. 312 ff. StGB vorliegt, mit *H a f t* oder *B u ß e* bestraft.“

Was als Disziplinarfehler zu qualifizieren ist, sagt für Appenzell I.-Rh. Art. 55 der „Uebertretungen-VO“:

„Als Disziplinarfehler gilt ein mit der öffentlichen Stellung unvereinbares Verhalten von Beamten und Angestellten, insbesondere die Nachlässigkeit in der Erfüllung der übertragenen Obliegenheiten.“

Nach Art. 55 Abs. 2 kommen als Disziplinarstrafen in Betracht: Mahnung, Verweis und Einstellung im Amte auf höchstens drei Monate; letztere mit oder ohne Kürzung oder Entzug der Besoldung.

Im Kanton St. Gallen gelten gemäß Art. 8 EG zum StGB als Disziplinarfehler von Amtspersonen vorsätzliche und fahrlässige Verletzungen der Amts- oder Dienstpflicht, sowie anderweitiges mit der amtlichen Stellung unvereinbares Verhalten.

Im l u z e r n i s c h e n EG zum StGB finden wir folgende Bestimmungen:

§ 56: „Wer den seinem Amte oder Dienste obliegenden Verpflichtungen vorsätzlich zuwiderhandelt, ist, sofern darin nicht ein Vergehen oder Verbrechen liegt, mit Haft oder Buße zu bestrafen.

Mit beiden Strafarten kann in schweren Fällen Amtseinstellung bis auf ein Jahr oder Amtsentsetzung verbunden werden.“

§ 57: „Überschreitung oder Nichterfüllung der amtlichen Befugnisse und Obliegenheiten aus Fahrlässigkeit (Nachlässigkeit, Unfleiß oder Leichtsinne) wird von der vorgesetzten Behörde mit einer Ordnungsstrafe bis auf hundert Franken bestraft.

Ein Beamter, der bereits zweimal gebüßt wurde, kann von der vorgesetzten Behörde im Amte eingestellt und dem Richter überwiesen werden, der die Entsetzung vom Amte auszusprechen hat, wenn er die zwei vorhergegangenen Ordnungsstrafen nicht als ohne Grund verhängt findet.

Im übrigen finden die Bestimmungen des § 23 des Verantwortlichkeitsgesetzes Anwendung.“

In den übrigen Kantonen findet eine disziplinarische Ahndung statt gemäß den allgemeinen disziplinarrechtlichen Bestimmungen¹⁹.

(Es sei hier noch bemerkt, daß auch im Kanton Graubünden bei Mißachtung der, wie wir gesehen haben, gewohnheitsmäßigen Ge-

¹⁹ Siehe z. B. Z ü r i c h : Gesetz betreffend die Ordnungsstrafen vom 30. Oktober 1866 (abgeändert durch das zürcherische Gesetz vom 6. Juni 1926 über das Gemeindewesen und ergänzt durch Art. 80 EG zum StGB); U r i : Art. 30 u. 32 EG zum StGB; G l a r u s : Gesetz über die Behörden und Beamten des Kantons Glarus vom 5. Mai 1946, § 31; Z u g : Gesetz über die Verantwortlichkeit der öffentlichen Behörden und Beamten und deren Abberufung vom 29. Dezember 1931, § 3.

pflogenhait der staatlichen Organe, Strafanzeige zu erstatten, disziplinarische Bestrafung eintreten kann.) — —

Zum Schluß soll noch darauf hingewiesen werden, daß mehrere Kantone, neben oder an Stelle von diesen allgemeinen, samt und sonders in den Strafprozeßgesetzen untergebrachten Bestimmungen, die allgemein Beamte und Behörden zur Erstattung von Strafanzeigen verpflichten, in bezug auf bestimmte Beamte noch besondere Bestimmungen haben, die regelmäßig in speziellen Gesetzen untergebracht sind.

So figuriert z. B. im **Notariatsgesetz** für den Kanton Basel-Stadt vom 27. April 1911 in § 8 Abs. 1 im speziellen noch eine Strafanzeigespflicht für **Notare**, in bezug auf alle strafbaren Handlungen, von denen sie in ihrer amtlichen Stellung Kenntnis erhalten. Der Kanton St. Gallen setzt in Art. 51 des **Einführungsgesetzes** zum Schweizerischen Zivilgesetzbuche vom 3. Juli 1911/22. Juni 1942 eine besondere Pflicht zur Strafanzeige für die Mitglieder der **Jugendschutzkommission** fest. Art. 51 lautet:

„Erfährt ein Mitglied der Jugendschutzkommission von einem Falle, in welchem ein Bedürfnis zum Einschreiten gemäß den Vorschriften über den Kinderschutz besteht, so zieht es die nötigen Erkundigungen ein und kann mit schriftlicher Erlaubnis des Bezirksammanns auch eine Untersuchung der häuslichen Verhältnisse vornehmen. ...

Steht offensichtlich ein strafbarer Tatbestand in Frage, so hat das Mitglied allen eigenen Maßnahmen vorgängig, die Strafuntersuchungsbehörde in Kenntnis zu setzen.“

Ferner bestimmt die st. gallische **Einführungsverordnung** zum ZGB vom 14. Dezember 1945 in Art. 23, daß das **Waisenamt** bei Säumnis des Vormundes anlässlich der Rechnungsablegung oder Berichterstattung trotz Aufforderung und Fristansetzung durch das Waisenamt und nach weiterer, unter Hinweis auf die Strafdrohung des Art. 292 StGB verfügter Fristansetzung, beim Bezirksammann Strafverfolgung wegen Ungehorsams gegen amtliche Verfügungen zu beantragen hat.

In einigen Kantonen stipulieren die **Primarschulgesetze** eine Strafanzeigespflicht für **Lehrer** oder **Schulkommis-**

sionen bei unbegründeter Schulversäumnis²⁰. Und in § 10 der bernischen Verordnung über die Lehrlingsprüfungen vom 15. Februar 1929 z. B. wird bestimmt:

„Wegen Versäumnis der Prüfung oder Widersetzlichkeit gegen die Anordnungen der Prüfungsbehörde wird der fehlbare Lehrling von der Prüfungskommission dem Strafrichter verzeigt unter Mitteilung an Lehrlingskommission, Lehrmeister und Eltern.

Trifft den Lehrmeister ein Verschulden, so ist gegen ihn Anzeige zu erstatten unter Meldung an die zuständige Lehrlingskommission.“

Ferner statuiert im Kanton Bern das Gesetz über das Armen- und Niederlassungswesen vom 28. November 1897 in § 69 lit. c eine spezifische Anzeigepflicht für **Armeninspektoren**.

In verschiedenen Kantonen finden wir auch eine spezifische Denunziationspflicht für **Zivilstandsbeamte** aufgestellt²¹.

Weitere besondere Anzeigepflichtsbestimmungen enthalten zahlreiche andere kantonale Gesetze und Verordnungen, so beispielsweise: Bern: Polizeireglement betreffend Schiffahrt, Fahren und Flößerei im Kanton Bern vom 16. Februar 1940, § 25 (Anzeigepflicht der Kapitäne oder Schiffsführer von im öffentlichen Dienst stehenden Schiffen); Uri: VVO zum Bundesgesetz betreffend die Lotterien und gewerbsmäßigen Wetten vom 7. April 1927, § 23 Abs. 1, Maßnahmen zum Schutze des Schuhmachergewerbes vom 28. September 1934, § 5 Abs. 1; Solothurn: Gesetz über Volksabstimmung und Wahlen vom 16. Juli 1899/24. März 1929, § 34, Gesetz über das Staatspersonal vom 23. November 1941, § 34; Appenzell I.-Rh.: VO betreffend die Bergführer vom 30. November 1936, Art. 12 und 14.

Ferner haben eine Reihe von Kantonen in verschiedenen Gesetzeserlassen, so vor allem in solchen über Jagd- und Fischerei, eine Anzeigepflicht für die **Feldhüter, Wildhüter, Jagdauf-**

²⁰ Siehe z. B. Bern: Gesetz über den Primar-Unterricht vom 6. Mai 1894, §§ 65 und 66; Reglement über die Obliegenheiten der Primarschulkommission vom 6. Oktober 1924, § 3 Ziff. 19; Solothurn: Gesetz über die Primarschulen vom 27. April 1873, § 11.

²¹ Vgl. hierzu z. B.: Uri: VVO über das Zivilstandswesen vom 14. November 1929, § 38; Solothurn: VO des Regierungsrates betreffend den Zivilstandsdienst vom 19. Juli 1929, § 51.

seher, das **Forstpersonal** sowie für die **Fischereiaufseher** untergebracht ²².

Es mag in diesem Zusammenhange auch darauf hingewiesen werden, daß im Kanton Graubünden auch die „Jagdberechtigten“ sowie die „Inhaber von Fischereibewilligungen“ zur Anzeige verpflichtet sind. So bestimmt z. B. Art. 51 des bündnerischen Jagdgesetzes:

„Jagdaufsichtsorgane und Jagdberechtigte, die von einer Uebertretung der Vorschriften der eidgenössischen oder kantonalen Gesetze und Verordnungen betreffend die Jagd Kenntnis erhalten, sind zur sofortigen Anzeige an das zuständige Kreisamt oder an die Polizeiorgane verpflichtet. Die Anzeigepflicht der Jagdberechtigten dauert bis zum Beginn der nächsten Jagdzeit. Von dieser Verpflichtung sind diejenigen Jagdberechtigten entbunden, die gemäß den Bestimmungen des Strafverfahrens zur Zeugnisabgabe nicht angehalten werden können. Der Name des Verzeigers soll verschwiegen werden.“

Die Verletzung der Anzeigepflicht durch die Jagdaufsichtsorgane (und die Jagdberechtigten) ist im Kanton Graubünden z. B. gemäß Art. 24 Ziff. 4 lit. b des kantonalen Jagdgesetzes mit Buße von Fr. 20 bis Fr. 100 bedroht. Und für die Nichtbeachtung der sich aus Art. 30 des Fischereigesetzes ergebenden Denunziationspflicht, sieht der bündnerische Gesetzgeber in Art. 42 lit. b eine Buße von Fr. 20 bis Fr. 50 vor.

Schlußendlich sei auch noch erwähnt, daß in bestimmten Fällen der Anzeiger von Staates wegen belohnt wird.

Im Kanton Bern ²³ wurde die Ausrichtung von Verleiderantei-

²² Siehe z. B.: Uri: VVO des Landrates zum Bundesgesetz betreffend die eidgen. Oberaufsicht über die Forstpolizei vom 9. Oktober 1911, § 49, VO betreffend das Beerensammeln vom 14. April 1932, § 4, Kantonale VVO zum BG über Jagd- und Vogelschutz vom 31. Mai 1939, § 53; Glarus: Gesetz betreffend die Flurpolizei vom 5. Mai 1907, § 3; Appenzell I.-Rh.: Jagd-VO vom 30. März 1926/30. November 1936, Art. 18 Abs. 1, Art. 21; Graubünden: Jagdgesetz vom 25. Juli 1926/25. Juli 1943, Art. 21, 24 Ziff. 4 lit. b; Fischereigesetz vom 5. März 1944, Art. 30, 42 lit. b.

²³ Siehe hierzu: VO betreffend die Ausrichtung von Belohnungen und Entschädigungen in Strafsachen vom 6. Juni 1919, §§ 1, 2 und 5, 6. — Waiblinger: Das Strafverfahren für den Kanton Bern, N. 1 zu Art. 70.

len an Geldbußen durch § 1 der Verordnung vom 10. Juni 1919 betreffend die Ausrichtung von Belohnungen und Entschädigungen in Strafsachen aufgehoben und durch Belohnungen ersetzt. Diese Belohnungen können indessen nur an Angehörige des kantonalen Polizeikorps sowie an städtische Polizeiangestellte (ferner auch an Privatpersonen) ausgerichtet werden, dagegen nicht an andere denunziationspflichtige besoldete Beamte und Angestellte des Kantons Bern. Die Ausrichtung der Belohnung erfolgt durch die kantonale Polizeidirektion auf Antrag der Regierungsstatthalter und der Gerichtspräsidenten bei Anzeige strafbarer Handlungen gegen Fiskalgesetze und solche Gesetze und Verordnungen, die im Interesse der öffentlichen Volkswohlfahrt erlassen worden sind, und für welche Bußurteile gefällt werden.

Als solche Gesetze und Verordnungen fallen hauptsächlich in Betracht: das Stempelgesetz vom 2. Mai 1880; das Verbot des Schleichhandels mit Salz vom 4. Januar 1804; das Wirtschaftspolizeigesetz vom 15. Juli 1894 (insoweit es sich um Bordellwirtschaft, Winkelwirtschaft und Platzgeben zu Trinkgelagen handelt); das Lebensmittelpolizeigesetz (insoweit es sich um Fälschung von Lebensmitteln handelt); sowie das Lotteriegesetz (betreff verbotener Lotterien).

Die Ausrichtung der Belohnung erfolgt aber nur, wenn der Staat den Bußenbetrag erhalten hat. Ihr maximaler Betrag beträgt im Einzelfall ein Viertel der Buße oder 50 Franken.

Doch führen nun im Kanton Bern einige Gesetze, so z. B. das Gesetz über Jagd- und Vogelschutz vom 30. Januar 1921 (Art. 37), das Gesetz über die Fischerei vom 14. Oktober 1934 (Art. 36), die 1919 abgeschafften Verleideranteile wieder obligatorisch ein und bestimmen den Verzeigeranteil auf $\frac{1}{2}$ bzw. $\frac{1}{3}$ der ausgefallten Buße. Allerdings werden gemäß Art. 15 Satz 3 des Gesetzes über Maßnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Staatshaushalte vom 30. Juni 1935 die in den besonderen Gesetzen vorgesehenen Verleideranteile nur ausgerichtet, wenn die Buße bezahlt wird.

Das zürcherische Gesetz über Jagd- und Vogelschutz vom 12. Mai 1929 ordnet in § 58 die Ausrichtung eines Verzeigeranteils von

mindestens 30 % der verhängten Buße an. Ist die Buße nicht erhältlich, so wird der Verleideranteil aus den staatlichen Jagdeinnahmen gedeckt. Auch der Kanton Appenzell I.-Rh. z. B. spricht in seiner Jagdverordnung (Art. 20) ausdrücklich $\frac{1}{3}$ des eingehenden Bußenbetrages dem Verzeiger zu. Im Falle der Uneinbringlichkeit erhält der Denunziant eine Prämie aus der Staatskasse bis auf den Betrag von 30 Franken. Und der Kanton Graubünden beispielsweise bestimmt in seinem Jagdgesetze (Art. 27): „Die eingegangenen Bußen fallen zur Hälfte, jedoch höchstens 300 Franken, dem Anzeiger zu“; in Art. 43 des bündnerischen Fischereigesetzes wird ein Bußenanteil von einem Drittel für den Denunzianten festgesetzt.

2. Strafanzeigespflicht der Medizinalpersonen.

Die meisten Kantone setzen für (sämtliche, oder aber nur bestimmte) **Medizinalpersonen**, sei es im Medizinalgesetz, sei es in der Strafprozeßordnung, oder in der „Hebammenpflichtordnung“, eine Strafanzeigespflicht fest.

Im folgenden sollen nun vor allem die Denunziationsbestimmungen der Medizinalgesetze bzw. Strafprozeßordnungen eingehender betrachtet werden.

So bestimmt z. B. das zürcherische Gesetz betreffend das Medizinalwesen in § 8 lit. a²⁴:

„Die **Medizinalpersonen** sind verpflichtet, von bei Ausübung ihres Berufes wahrgenommenen Umständen, insbesondere Todesfällen, welche auf ein Verbrechen, z. B. Vergiftung schließen lassen, dem betreffenden Statthalteramte²⁵ Kenntnis zu geben.“

Fast gleich formuliert ist auch die Denunziationsbestimmung in den Medizinalgesetzen der Kantone Bern (§ 5 Abs. 3)²⁶, Solo-

²⁴ Siehe auch § 3 der Pflichtordnung für die Hebammen des Kantons Zürich vom 15. November 1905.

²⁵ Die Anzeige ist heute an die Kantonspolizei, in den Städten Zürich und Winterthur an die Kantons- oder Stadtpolizei zu erstatten.

²⁶ Siehe auch §§ 5 und 24 lit. b der Instruktion für die Hebammen des Kantons Bern vom 1. Mai 1931.

thurn (§ 13 lit. a)²⁷, Schaffhausen (§ 22 lit. a)²⁸, und Aargau (§ 16 Abs. 2). Vergleiche ferner § 47 des zugerischen Gesetzes über das Gesundheitswesen.

Der Kreis der Berufspersonen, die in den einzelnen Kantonen als Medizinalpersonen im Sinne des Medizinalgesetzes gelten, ist jedoch nicht durchwegs der gleiche. In der Regel werden allerdings nach der in zahlreichen Medizinalgesetzen enthaltenen Definition zu den Medizinalpersonen die Aerzte, Zahnärzte, Apotheker, Tierärzte und Hebammen gerechnet. Gewisse Kantone fassen indessen den Begriff der Medizinalpersonen enger, vereinzelt sogar auch weiter.

So gelten im Kanton Bern nun z. B. gemäß § 1 Med.G nicht nur die Apotheker, sondern ausdrücklich auch deren Gehilfen als Medizinalpersonen im Sinne des Medizinalgesetzes. Dagegen fallen im Kanton Zürich die Zahnärzte (s. § 7 Med.G), (das gleiche scheint auch in den Kantonen Solothurn und Schaffhausen der Fall zu sein), und merkwürdigerweise im Kanton Aargau die Hebammen nicht unter den Begriff der Medizinalpersonen (s. § 12 Med.G).

Im Kanton Solothurn wird sodann die Anzeigepflicht auch auf diejenigen Personen ausgedehnt, welche die sogenannte niedere Chirurgie ausüben (s. Med.G § 13 letzter Absatz).

Und was den sachlichen Geltungsbereich der Strafanzeigepflicht der Medizinalpersonen in den Kantonen Zürich, Bern, Zug, Solothurn, Schaffhausen und Aargau anbelangt, so wird, wie wir gesehen haben — mit Ausnahme des Kantons Zug, wo eine Anzeige ausdrücklich bei sämtlichen Straftaten verlangt wird —, in den Denunziationsbestimmungen der Ausdruck „Verbrechen“ verwendet.

Entgegen der von ärztlicher Seite wiederholt vertretenen Ansicht²⁹, kann nun aber daraus nicht ohne weiteres der Schluß ge-

²⁷ Siehe auch § 3 der Verordnung betreffend die Pflichten und die Obliegenheiten der Hebammen vom 26. März 1910.

²⁸ Siehe auch § 7 der Verordnung betreffend das Hebammenwesen vom 11. Mai 1904.

²⁹ Siehe z. B. Egli: Die Pflicht des Arztes zur Anzeige von Verbrechen. Schweizerische Aerztezeitung für Standesfragen, Jahrgang 1942.

zogen werden, daß den Medizinalpersonen in diesen Kantonen lediglich die Anzeige von Verbrechen im Sinne des Schweizerischen Strafgesetzbuches (also von den mit Zuchthaus bedrohten Straftaten) obliegt, dagegen nicht auch die Anzeige der Vergehen. An Hand des zürcherischen Strafgesetzes — ähnliches dürfte gewiß auch für weitere Kantone gelten³⁰ — sei folgendes gesagt:

Das zürcherische Gesetz betreffend das Medizinalwesen, welches in § 8 lit. a die Medizinalpersonen zur Anzeige wahrgenommener Umstände, welche auf ein Verbrechen schließen lassen, verpflichtet, stammt aus dem Jahre 1854. Im zürcherischen Strafgesetzbuche hatten aber die Ausdrücke „Verbrechen“ und „Vergehen“ keinen grundsätzlichen Unterschied.

So heißt es z. B. in § 2 des zürcherischen Strafgesetzes vom 8. Januar 1871: „Dieses Gesetz findet nur auf Verbrechen (Vergehen), nicht auch auf Polizeiübertretungen Anwendung.“ Die gleiche Formulierung finden wir dann auch wieder in dem am 6. Dezember 1897 neu herausgegebenen Gesetzestexte, sowie in allen bis zum 31. Dezember 1941 geltenden Ausgaben des zürcherischen Strafgesetzes.

Wir sehen also, daß man im Kanton Zürich bis zum Inkrafttreten des schweizerischen StGB unter dem Begriff „Verbrechen“ offiziell auch die Vergehen verstanden und lediglich zwischen Verbrechen und Vergehen einerseits, d. h. den eigentlich kriminellen Handlungen, und den Polizeiübertretungen anderseits, d. h. den lediglich mit Polizeistrafen (Verwaltungsstrafen) zu ahndenden strafbaren Handlungen unterschieden hat.

Es läßt sich daher aus dem in § 8 lit. a des zürcherischen Medizinalgesetzes verwendeten Ausdrücke „Verbrechen“ höchstens ableiten, daß der Gesetzgeber die Medizinalpersonen lediglich zur Denunziation von kriminellen Handlungen, dagegen nicht auch noch zur Anzeige von bloßen Polizeiübertretungen, verpflichten wollte. Unhaltbar dürfte daher z. B. die Auffassung sein, daß unter der Herrschaft des Schweizerischen Strafgesetzbuches eine Anzeige bei

³⁰ Für den Kanton Bern vgl. jedoch Waiblinger: Das Strafverfahren für den Kanton Bern, Art. 141 N. 6 (S. 235).

Feststellung eines kriminellen Abortes nicht mehr erfolgen müsse, da nach Art. 118 des Schweizerischen StGB die Schwangere selbst, welche ihre Frucht abtreibt oder abtreiben läßt, sich nur noch eines Vergehens und lediglich die Drittperson sich eines Verbrechens im Sinne von Art. 119 StGB schuldig macht ³¹.

Der neuenburgische Gesetzgeber auferlegt „**Aerzten, Wundärzten** (chirurgiens), **Apothekern** und **Hebammen**“ eine Strafanzeigespflicht (Art. 18 Med.G) ³². Diese Anzeigepflicht erstreckt sich auf alle Delikte. Im Kanton Tessin finden wir in § 140 der Strafprozeßordnung ³³ eine Denunziationspflicht für „**Aerzte, Wundärzte** „(chirurgi) und **Hebammen**“ aufgestellt in bezug auf Verbrechen gegen Leib und Leben. Im Kanton Freiburg haben gemäß Art. 36 Abs. 1 des Sanitätsgesetzes „**Personen, welche einen medizinischen Beruf ausüben**“, Strafanzeige zu erstatten bei Abtreibungen und heimlichen Geburten. Und der Kanton Glarus setzt in § 8 lit. a Med.G ³⁴ eine Meldepflicht fest für „**Personen, welche bei Gebärenden Hebammendienste versehen**“

³¹ So z. B. Egli a.a.O. S. 111: „. . . Das bedeutet, daß der Arzt, welcher bei einer Patientin Folgen eines kriminellen Abortes feststellt und dabei auch erfährt, welcher Dritte den Eingriff vorgenommen oder dazu Hilfe geleistet hat, diesen Dritten anzeigen müßte, dagegen nicht die Schwangere selber. Nun ist aber diese Trennung in den meisten Fällen praktisch gar nicht möglich. Da der Täter nicht schon auf eine allgemeine Anschuldigung hin, sondern nur dann strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann, wenn er eines oder mehrerer bestimmter Fälle überführt wird, würden sich die Behörden zweifellos mit einer allgemeinen Anzeige nicht begnügen. Eine solche Anzeige würde daher auch die Patientin gefährden, welcher gegenüber der Arzt zur Wahrung des Berufsgeheimnisses verpflichtet ist. Die zweckmäßige und auch rechtlich zu verantwortende Lösung dieses Dilemmas kann nur in einer Verneinung der Anzeigepflicht in solchen Abtreibungsfällen bestehen.“

³² Siehe auch Art. 14 du Loi concernant l'exercice de la profession de sage-femme du 21 avril 1913.

³³ Siehe auch Art. 4 des Regolamento di applicazione della legge 29 settembre 1920 istituyente le condotte ostetriche del 20 febbraio 1923.

³⁴ Siehe auch § 3 der Vollziehungs-Verordnung zum Gesetz über das Hebammenwesen vom 3. November 1913.

bei „Verbrechen und Vergehen (Fruchtabtreibungen bzw. Versuche hierzu).“

In den übrigen Kantonen finden wir in der Regel in den „Hebammenpflichtordnungen“ (für **Hebammen**) eine Strafanzeigepflicht aufgestellt, so namentlich in bezug auf Abtreibungen und Abtreibungsversuche, Verletzung, Tod oder grobe Vernachlässigung eines bereits geborenen Kindes³⁵.

Ferner liegen den Medizinalpersonen auch gesundheitspolizeiliche Funktionen ob, indem eine Reihe von Kantonen in ihren Medizinalgesetzen „die Medizinalpersonen“ verpflichten, Anzeige zu erstatten von Widerhandlungen gegen gesundheitspolizeiliche Gesetze und Verordnungen, welche zu ihrer Kenntnis gelangen, insbesondere wenn dadurch Nachteil oder Gefahr für Gesundheit und Leben entstehen kann³⁶.

Es sei in diesem Zusammenhange auch noch darauf hingewiesen, daß etliche Kantone sodann für die Aerzte eine besondere Denunziationspflicht statuieren in bezug auf die außergewöhnlichen Todesfälle. Auch hier handelt es sich aber, wie z. B. bei der sich aus der zürcherischen Verordnung über den Zivilstandsdienst ergebenden allgemeinen, für jedermann gültigen Meldepflicht hinsichtlich der außergewöhnlichen Todesfälle, nicht um eine

³⁵ Siehe z. B.: Schwyz: § 3 des Regulatives über Pflichten und Befugnisse der Hebammen des Kantons Schwyz vom 21. Oktober 1926; Basel-Stadt: § 9 Abs. 2 Ziff. 3 und 4 der Hebammenverordnung für den Kanton Basel-Stadt vom 27. Februar 1869; Basel-Land: § 12 der Dienstordnung für die Hebammen des Kantons Baselland vom 16. Dezember 1921; Appenzell A.-Rh.: §§ 12 und 48 der Pflichtordnung für die Hebammen des Kantons Appenzell A.-Rh. vom 1. Juni 1946; Appenzell I.-Rh.: Art. 11 und 46 der Hebammen-Instruktion vom 10. Oktober 1942; St. Gallen: Art. 12 der Hebammen-Instruktion vom 24. Dezember 1940; Graubünden: § 38 der Hebammen-Instruktion vom 30. August 1901; Thurgau: §§ 14 und 56 der Pflichtordnung für die Hebammen des Kantons Thurgau vom 21. Juli 1943.

³⁶ Vgl. z. B. die Bestimmungen der Kantone: Zürich: Med.G § 8 lit. b; Bern: § 5 Abs. 2; Zug: § 47; Solothurn: § 13 lit. b; Schaffhausen: § 22 lit. b; Aargau: § 16 Abs. 2.

Anzeigespflicht strafprozessualen Charakters, da nicht nur die durch strafbare Handlungen herbeigeführten Todesfälle denunziert werden müssen, sondern allgemein die außergewöhnlichen Todesfälle.

So setzt z. B. § 16 lit. c des zürcherischen Medizinalgesetzes fest, daß alle Aerzte von „Todesfällen, die durch ein unglückliches Ereignis herbeigeführt wurden und bei denen ihre Hülfe in Anspruch genommen wird“, der Polizei Kenntnis zu geben haben. Und in einem Kreisschreiben an die Aerzte des Kantons Zürich betreffend Anzeigespflicht von außergewöhnlichen Todesfällen vom 4. April 1945 werden die Aerzte erneut darauf aufmerksam gemacht, daß sie zur Anzeige aller außergewöhnlichen Todesfälle, wie z. B. Selbstmord, Tod durch Ertrinken, Vergiftung durch Kochgas, tödliche Verkehrs- und Arbeitsunfälle usw., verpflichtet sind, auch wenn ihrer Ansicht nach eine strafbare Handlung nicht in Frage kommt. Die Entscheidung darüber, ob eine Strafuntersuchung einzuleiten sei, müsse den Untersuchungsbehörden überlassen werden.

Ferner schaffen z. B. die Kantone Glarus (§ 36 StPO) und Thurgau (§ 49 Med.G) eine spezielle Anzeigespflicht für Aerzte bei verdächtigen Todesfällen. Im Kanton Schaffhausen sind gemäß § 22 lit. a des Medizinalgesetzes sämtliche Medizinalpersonen zur Anzeige von allen „plötzlichen Todesfällen“ verpflichtet.

Was nun die Formulierung der Strafanzeigepflichtsbestimmungen in den Medizinalgesetzen bzw. Strafprozeßordnungen anbelangt, so ist, wie wir gesehen haben, der Wortlaut von den meisten Gesetzgebern so gewählt worden, daß deutlich zum Ausdruck kommt, daß schon der Verdacht, es sei eine strafbare Handlung begangen worden, genügt, um die Meldepflicht zu begründen³⁷.

Eine besondere Regelung besteht im Kanton Neuenburg. Nach dem Wortlaute des Art. 18 des neuenburgischen Medizinalgesetzes läßt erst die sichere Kenntnis von dem Vorliegen eines Deliktes

³⁷ Vgl. hierzu z. B. Med.G des Kantons Bern, § 5 Abs. 3: „... wenn sie bei Ausübung ihres Berufes Umstände ... wahrnehmen, welche auf ein Verbrechen schließen lassen“; Med.G des Kantons Aargau, § 16 Abs. 2: „Von Wahrnehmungen ..., die den Verdacht auf ein Verbrechen erwecken ...“

die Anzeigepflicht entstehen. („Les médecins, chirurgiens, pharmaciens et sages-femmes, qui acquièrent dans l'exercice de leur profession la certitude qu'un délit a été commis, sont tenus de le dénoncer.“)

Und übereinstimmend fordern die einzelnen Kantone die Strafanzeige nur bei den bei „Berufsausübung“ zur Kenntnis gelangenden Straftaten.

Dazu ist zu sagen, daß z. B. Verbrechen und Vergehen, die ein Arzt auf einem Gang zu einem Kranken wahrnimmt (der Arzt wird zufällig Zeuge eines Einbruches usw.) doch wohl nicht zu den strafbaren Handlungen gezählt werden können, die bei Gelegenheit der Ausübung des Berufes wahrgenommen werden, denn jedem anderen Passanten, der zu der gleichen Zeit dort vorbeigeht, werden sie auch zur Kenntnis kommen. Hingegen wird in die Familie eines Patienten der Arzt nur kraft seines Berufes Einblick gewinnen. Der Arzt, der zu einem Sterbenden gerufen und zum unwillkürlichen Zeugen der Beiseiteschaffung von dessen Testament durch die gesetzlichen Erben wird, ist in diesem Falle doch wohl zu einer Strafanzeige an die Behörde verpflichtet, denn hier ist er ganz offensichtlich nur infolge seiner Berufsausübung in die Lage versetzt, diese Wahrnehmung zu machen.

Auch bei der Anzeigepflicht der Medizinalpersonen bleibt nun noch zu prüfen, wie sich diese Pflicht zur Anzeige einerseits und das Recht zur Zeugnisverweigerung, das sich aus der anerkannten Pflicht der Medizinalpersonen zur Wahrung des Berufsgeheimnisses ergeben hat, anderseits, vereinen lassen.

Vorerst kann gesagt werden, daß in der Regel nicht sämtlichen Medizinalpersonen ein Zeugnisverweigerungsrecht zusteht. In den meisten kantonalen Strafprozeßgesetzen wird aus dem Kreise der Medizinalpersonen nur den als Zeugen vorgeladenen Ärzten das Recht zugebilligt, Aussagen über Tatsachen zu verweigern, die ihnen um ihres Berufes willen anvertraut worden sind³⁸. In einzel-

³⁸ Siehe z. B. StPO von: Zürich, § 130; Glarus, § 78 lit. c; Zug, § 29 Ziff. 2; Solothurn, § 168 Ziff. 2; Schaffhausen, Art. 141 lit. d; Aargau, § 224; Thurgau, G über das Geschworenengericht, § 127 lit. c.

nen Kantonen finden wir dann auch die Hebammen und die Apotheker, und vereinzelt „alle unter dem Berufsgeheimnis stehenden Personen“ als zeugnisverweigerungsberechtigt genannt ³⁹.

In der Tat könnte man hier von einem unlöslichen Widerspruch sprechen, denn sicher rechtfertigten die Gründe, die maßgebend sind, den Aerzten bzw. weiteren Medizinalpersonen das Recht zuzubilligen, das Zeugnis zu verweigern, auch eine Entbindung von der Anzeigepflicht.

Doch ist nun auch hier wiederum zu sagen, daß die einzelnen Gesetzgeber, wenn sie dies gewollt hätten, es doch wohl in einer Gesetzesbestimmung ausdrücklich festgelegt oder auf jeden Fall hätten festlegen sollen, oder — dies gilt vor allem in jenen Fällen, wo das Medizinalgesetz jüngeren Datums ist als die Strafprozeßordnung ⁴⁰ oder eine Denunziationspflicht für Medizinalpersonen in der StPO selbst aufgestellt ist ⁴¹ — überhaupt gar nicht erst eine Anzeigepflicht stipuliert hätten.

Im übrigen ließe sich auch hier noch sagen (siehe auch das schon bei der allgemeinen Anzeigepflicht Ausgeführte), daß das Zeugnisverweigerungsrecht und die Anzeigepflicht sich mindestens begrifflich nicht ausschließen, da sie, strafprozessual betrachtet, zwei verschiedene Dinge sind.

Es scheint uns keineswegs absurd, wenn die Mehrzahl der Kantone von Medizinalpersonen die Strafanzeige verlangen und nachher den Aerzten bzw. weiteren Medizinalpersonen das Recht einräumen, in der gleichen Sache als Zeuge die Aussage zu verweigern. Ist die Denunziationsbestimmung oft auch so formuliert, daß Medizinalpersonen von wahrgenommenen Umständen, welche auf ein Verbrechen schließen lassen, den Strafverfolgungsbehörden Kenntnis zu geben haben, so muß doch betont werden, daß der Zweck der Anzeige lediglich ist, die Strafverfolgungsbehörden von einer begangenen oder vermuteten Straftat in Kenntnis zu setzen, ihr Einschreiten zu veranlassen, zu erschöpfender Auskunftserteilung der

³⁹ Siehe z. B. StPO von: Bern, Art. 141 Ziff. 5; Freiburg, Art. 21 Ziff. 10; Tessin, Art. 75 Ziff. 2; Neuenburg, Art. 147 Ziff. 2.

⁴⁰ Dies ist in den Kantonen Freiburg und Aargau der Fall.

⁴¹ So z. B. in den Kantonen Glarus und Tessin.

Verzeiger aber nur gezwungen werden kann, wenn er im Strafprozeß als Zeuge vorgeladen wird, was dann eben bei Medizinalpersonen, denen ein Recht zur Zeugnisverweigerung zusteht, nicht geschehen kann, da sie, werden sie als Zeugen vorgeladen, berechtigt sind unter Berufung auf ihr gesetzliches Zeugnisverweigerungsrecht, die Aussagen über das, was sie bei der Berufsausübung im einzelnen erfahren und wahrgenommen haben, zu verweigern.

Das einzig Richtige und auch unbedingt Notwendige wäre aber, daß der Gesetzgeber dieses Problem eindeutig lösen würde, wie es im Kanton Bern gemacht wurde.

Im Kanton Bern wird das Zeugnisverweigerungsrecht der Medizinalpersonen nur beschränkt anerkannt. Art. 141 Ziff. 5 des bernischen Gesetzes über das Strafverfahren bestimmt:

„Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt: Aerzte, Apotheker, Hebammen, Advokaten, Notare und ihre Gehilfen über Tatsachen, die ihnen mit Rücksicht auf ihren Beruf anvertraut worden sind, wenn nicht die Person, die ihnen das Geheimnis anvertraut hat, sie von der Pflicht zur Geheimhaltung entbindet.

Die Bestimmungen des Gesetzes über die Ausübung medizinischer Berufsarten bleiben vorbehalten.“

Gemäß dem in Absatz 2 gemachten Vorbehalte kommt also im Kanton Bern ein Zeugnisverweigerungsrecht für Aerzte, Apotheker und Hebammen im Umfange der im Gesetze über die Ausübung medizinischer Berufsarten vom 14. März 1865 aufgestellten Anzeigepflicht nicht in Frage. Wie Waiblinger in seinem Kommentar zum bernischen Strafverfahren⁴² ausführt, ist ein Arzt z. B., soweit er anzeigepflichtig ist, auch im Strafverfahren, das die angezeigten Tatbestände zum Gegenstand hat, unbeschränkt zeugnispflichtig, gleichgültig ob er vorher seiner Anzeigepflicht nachkam oder nicht, ob er oder ein Dritter (der Verletzte oder die Polizeiorgane) Anzeige erstatteten.

Ferner muß auch hier noch zu der Frage Stellung genommen werden, wie sich die kantonalen Bestimmungen über die Anzeigepflicht der Medizinalpersonen mit Art. 321 des Schweizeri-

⁴² N. 6 zu Art. 141.

schen Strafgesetzbuches vertragen, gemäß welchem (neben anderen Berufspersonen) Aerzte, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen, sowie deren Hilfspersonen, die das Berufsgeheimnis verletzen, ohne daß bestimmte, sie hierzu berechtigende Voraussetzungen vorliegen, auf Antrag, mit Gefängnis oder mit Buße bestraft werden.

Hier ist darauf hinzuweisen, daß in Ziffer 3 von Art. 321 StGB ausdrücklich ein Vorbehalt zugunsten des kantonalen Rechtes gemacht wird. Allerdings ist zu beachten, daß Ziffer 3 bestimmt: „Vorbehalten bleiben die eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen über die Zeugnispflicht und über die Auskunftspflicht gegenüber einer Behörde.“ Es fragt sich daher, ob gegenüber der Pflicht zur Wahrung des Berufsgeheimnisses nur eine allfällige, aus kantonalen Bestimmungen hervorgehende Auskunftspflicht gegenüber einer Behörde, oder aber auch eine Anzeigepflicht gegenüber einer Behörde prävalieren solle.

Unseres Erachtens kann aus dieser Formulierung wohl kaum abgeleitet werden — obschon zu sagen ist, daß die Pflicht, von sich aus eine Mitteilung zu machen, gegenüber der Pflicht, bloß auf Befragen Auskunft zu erteilen, ein Mehr darstellt —, daß der Gesetzgeber die Verletzung des Berufsgeheimnisses nur dann für nicht strafbar erklären wollte, wenn die Medizinalpersonen auf Grund einer bestimmten Auskunftspflicht auf Befragen Auskunft erteilen, die Medizinalpersonen aber für grundsätzlich strafbar erklären wollte, wenn sie von sich aus auf Grund einer gesetzlichen Anzeigepflicht eine Mitteilung erstatten.

Aus den parlamentarischen Beratungen⁴³ geht übrigens klar hervor, daß man in Ziffer 3 von Art. 321 einen Vorbehalt zugunsten aller eidgenössischer und kantonaler Normen schaffen wollte, welche die berufliche Geheimhaltungspflicht einschränken. Die jetzige Fassung von Ziffer 3 ist nur das Rudiment einer früher sehr ausführlichen Formulierung. So lautete Ziffer 3 ursprünglich:

„Vorbehalten bleiben die Vorschriften des Bundesgesetzes über Schuldverbreitung und Konkurs, die sich auf die Auskunftspflicht bei Pfändung und Arrest beziehen, die Vorschriften eidgenössischer und kantonaler Prozeß-

⁴³ Vgl. hierzu: Prot.Kom.StR vom 1. Oktober 1936 S. 1 f.; Sten.Bull. NR 1936, S. 1506.

gesetze über die Zeugnispflicht sowie die Vorschriften eidgenössischer oder kantonaler Gesetze, die Ausnahmen vom Berufsgeheimnis festsetzen.“

Ein Mitglied der Kommission des Ständerates schlug dann eine kürzere Fassung vor, die aber ebenfalls einen Vorbehalt enthielt zugunsten „der Vorschriften eidgenössischer und kantonaler Gesetze, die Ausnahmen vom Berufsgeheimnis festsetzen.“ Der Antrag lautete:

„Vorbehalten bleiben die Vorschriften eidgenössischer oder kantonaler Gesetze über die Auskunfts- und Zeugnispflicht, sowie die Vorschriften eidgenössischer oder kantonaler Gesetze, die Ausnahmen vom Berufsgeheimnis festsetzen.“

Der Ständerat nahm diesen Antrag an. Der Nationalrat hielt jedoch den Schlußsatz von Ziffer 3 der ständerätlichen Fassung für überflüssig. Und was den Vorbehalt von prozeß- und verwaltungsrechtlichen Vorschriften gemäß erstem Satz von Ziffer 3 der ständerätlichen Fassung betrifft, so führte der deutsche Berichterstatter der nationalrätlichen Kommission aus, daß rein gesetzestechnisch ein solcher Vorbehalt nicht unbedingt erforderlich wäre. Es ergebe sich schon aus der Abgrenzung des Bereichs des materiellen Strafrechts, daß prozeß- und verwaltungsrechtliche Vorschriften vorbehalten bleiben müssen. Immerhin könne sich die Kommission damit einverstanden erklären, den — im Grunde selbstverständlichen — Vorbehalt der eidgenössischen und kantonalen Gesetze über die Zeugnis- und Auskunftsspflicht ausdrücklich zu erwähnen und damit auch für den Laienrichter jeden Zweifel zu beheben. „Beizufügen ist lediglich noch, daß nach Ansicht der Kommission in der Auskunftsspflicht auch die Meldepflicht inbegriffen ist.“

Es ist also vollkommen klar, daß aus Art. 321 StGB auf keinen Fall abgeleitet werden kann, daß kantonale Bestimmungen über die Anzeigepflicht außer Kraft gesetzt seien, keine Geltung haben können, soweit sie mit der allgemeinen Pflicht zur Wahrung des Berufsgeheimnisses kollidieren. Der eidgenössische Gesetzgeber hat, wie wir gesehen haben, diese Kollision beachtet und sie eindeutig gelöst zugunsten der kantonalen Gebote dieser Art.

In diesem Zusammenhange sei auch noch auf Art. 32 StGB aufmerksam gemacht, der ganz allgemein eine Handlung, die das Gesetz oder eine Amts- oder Berufspflicht gebietet, für straflos erklärt.

Was nun die Strafsanktionen für eine Verletzung dieser kantonalen Denunziationspflichten anbelangt, so sehen die einzelnen Kantone meistens Buße oder Gefängnis vor⁴⁴. Das Unterlassen der Strafanzeige könnte aber auch als Begünstigung im Sinne von Art. 305 StGB verfolgt werden, wenn die Meldung unterblieb, in der Absicht, den Täter eines Verbrechens vor Strafe zu schützen.

Zum Schlusse möchten wir noch auf zwei Besonderheiten hinweisen:

Trotzdem im Kanton Graubünden eine durch Gesetz stipulierte Strafanzeigepflicht (außer in bestimmten Fällen für Hebammen) für Medizinalpersonen nicht besteht, soll es hier Geflogenheit der Medizinalpersonen sein, Anzeige zu erstatten, wenn sie in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit von strafbaren Handlungen Kenntnis erhalten.

Die Anzeige dieser Medizinalpersonen ist indes nicht anders zu werten als eine Strafanzeige von Privaten. Sie ist aber insofern interessant, weil die zur beruflichen Verschwiegenheit verpflichteten Medizinalpersonen gewohnheitsmäßig das Berufsgeheimnis durchbrechen. Und diese Geflogenheit hat anscheinend auch dazu geführt, daß die Mißachtung als disziplinarischer Verstoß von der Aufsichtsbehörde geahndet werden kann.

Ebenso soll es in vereinzelt weiteren Kantonen der Fall sein, daß Aerzte, die nicht gesetzlich zur Strafanzeige verpflichtet sind, gewohnheitsmäßig von schwereren Straftaten der Strafverfolgungsbehörde in irgend einer Form Mitteilung machen.

⁴⁴ Vgl. z. B. die Strafbestimmungen der Medizinalgesetze von: Zürich, § 42; Bern, §§ 25 und 26; Glarus, § 10; Zug, § 55; Freiburg, Art. 150; Solothurn, § 18^{bis}; Schaffhausen, §§ 47 und 48; Aargau, § 40; Thurgau, §§ 16 und 17; Neuenburg, Art. 19.

Und im Kanton Waadt besteht die besondere Situation, daß die berufliche Verschwiegenheitspflicht der Medizinalpersonen in dem Sinne eingeschränkt ist, daß die Medizinalpersonen Anzeige von Delikten erstatten können (vgl. Art. 37 Abs. 3 Med.G). Wir haben es hier allerdings mit keiner Anzeigepflicht, aber doch mit einem bemerkenswerten Anzeigerecht zu tun. Der waadtländische Gesetzgeber beschreitet quasi einen Mittelweg: die Medizinalpersonen sind nicht zu einer Anzeige verpflichtet, aber doch ausdrücklich dazu berechtigt.

Auch bleibt nun noch zu untersuchen, ob in denjenigen Kantonen, die grundsätzlich jedermann zur Strafanzeige verpflichten und in denen eine Sonderbestimmung für Medizinalpersonen nicht besteht, ebenfalls die Medizinalpersonen auf Grund der allgemeinen Anzeigepflichtsbestimmung zur Denunziation der ihnen bei Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit zur Kenntnis gelangenden Straftaten verpflichtet sind.

Unseres Erachtens kann der Standpunkt vertreten werden, daß eine allgemeine Denunziationspflicht auch für Medizinalpersonen zu gelten habe, ungeachtet ihres Berufsgeheimnisses, und zwar deswegen, weil in Ziffer 3 von Art. 321 StGB die „kantonalen Bestimmungen über die Zeugnispflicht und über die Auskunftspflicht gegenüber einer Behörde“ vorbehalten geblieben sind. Auch hätte sonst hier — wie überall dort, wo die Medizinalpersonen von der allgemeinen Pflicht, Zeugnis abzulegen, ausgenommen sind, eine Sonderbestimmung gemacht werden mußte — analog zum Zeugnisverweigerungsrecht eine Bestimmung geschaffen werden müssen, die den Medizinalpersonen ausdrücklich das Recht verleiht, keine Anzeige zu erstatten.

Ferner möchten wir der Vollständigkeit halber darauf aufmerksam machen, daß nicht außer acht gelassen werden darf, daß für Medizinalpersonen, die unter den Begriff des Beamten fallen, sich eine Strafanzeigepflicht auch aus der — in den meisten Kantonen ja bestehenden — allgemein Beamten und Behörden auferlegten Denunziationspflicht ergibt. So läßt sich beispielsweise im Kanton Zürich für beamtete Medizinalpersonen einmal eine Anzeigepflicht nachweisen auf Grund der Anzeigepflichtsbestimmungen des

Medizinalgesetzes und sodann noch speziell auf Grund von § 21 der Strafprozeßordnung.

In manchen Kantonen besteht daher die Situation, daß mit Bezug auf die Strafanzeige den beamteten Medizinalpersonen weitergehende Pflichten auferlegt sind. Sei es, daß sich nur für beamtete, nicht aber auch für private Medizinalpersonen eine Strafanzeigespflicht ergibt, sei es, daß auf Grund der amtlichen Denunziationsbestimmung für Medizinalpersonen, die unter den Begriff des Beamten fallen, der Kreis der anzuzeigenden Straftaten größer ist, oder aber daß Beamte z. B. über die Meldung hinaus die Pflicht haben, sofort die zur Sicherung der Beweise nötigen Vorkehrungen zu treffen.

So verlangt z. B. im Kanton Zürich Satz 2 der amtlichen Denunziationsbestimmung — im Gegensatz zu § 8 Med.G —, daß Beamte und Behörden gleichzeitig, soweit sie dazu zuständig sind, „diejenigen Maßregeln zu treffen haben, welche ohne Gefahr nicht verschoben werden können.“ Zum Beispiel sollte also im Kanton Zürich ein beamteter Arzt, im Gegensatz zu einem Privatarzte, bei der Behandlung eines durch Revolverchuß Verletzten, die herausoperierte Kugel, bei Feststellung von Vergiftungserscheinungen, den eventuell ausgepumpten Mageninhalt für die Untersuchungsbehörde sicherstellen.

Und bei Beantwortung der Frage, welche Medizinalpersonen denn als „Beamte“ gelten, ist nochmals darauf hinzuweisen, daß es den einzelnen Kantonen freisteht, für das kantonale Straf- und Strafprozeßrecht den Beamtenbegriff weiter oder enger zu fassen.

Uebernimmt man die Legalinterpretation aus Art. 110 Ziff. 4 des Schweizerischen Strafgesetzbuches, so gehören zu den beamteten Aerzten z. B. nicht nur die eigentlichen Amtsärzte, die Kantons-, Bezirks- und Stadtärzte, sondern auch alle anderen von der öffentlichen Verwaltung angestellten Aerzte, wie die Direktoren, aber auch die Oberärzte und die Assistenten, von kantonalen Heil- und Krankenanstalten. Ferner fallen z. B. auch Aerzte, die im Nebenamt an einer Strafanstalt oder an einer anderen öffentlichen Anstalt tätig sind, in bezug auf ihre diesbezügliche Tätigkeit unter den Beamtenbegriff.

IV. Ueberblick.

Wie wir gesehen haben, ist auch heute noch die „Anzeigepflicht“ in den einzelnen Kantonen und im Bund durchaus verschieden geordnet:

Eine **allgemeine**, d. h. grundsätzlich für jedermann geltende Anzeigepflicht finden wir einmal in den Kantonen Obwalden und Glarus. Im Kanton Obwalden sind allerdings die zeugnisverweigerungsberechtigten Personen hiervon ausgenommen. In diesen beiden Kantonen handelt es sich um eine strafprozessuale, d. h. sich nur auf begangene Straftaten beziehende Anzeigepflicht. Während aber im Kanton Obwalden die Denunziationspflicht auf sämtliche Verbrechen und Vergehen ausgedehnt ist, muß im Kanton Glarus lediglich von den als Verbrechen geltenden Straftatbeständen Anzeige erstattet werden. Strafandrohungen für eine Verletzung dieser Denunziationspflicht bestehen indessen in keinem dieser beiden Kantone.

Auch im Kanton Genf gibt es (in bezug auf bestimmte Straftaten) in dem Sinne eine allgemeine Anzeigepflicht, daß jedermann, der die Verübung einer solchen Straftat mitangesehen hat, verpflichtet ist, den Strafverfolgungsbehörden hiervon Kenntnis zu geben.

Drei weitere Kantone (Uri, Appenzell A.-Rh. und Appenzell I.-Rh.) schaffen eine allgemeine „moralische“ Anzeigepflicht in bezug auf begangene Straftaten. Und zwar fordert der ernerische Gesetzgeber jedermann zur Anzeige von Verbrechen und schweren Vergehen auf. In den Kantonen Appenzell A.-Rh. und I.-Rh. dagegen sollen die Bürger sämtliche strafbaren Handlungen verzeigen.

Einzelne Kantone setzen eine allgemeine Denunziationspflicht fest in bezug auf die außergewöhnlichen Todesfälle. Im Kanton Zürich besteht auch eine allgemeine Meldepflicht bei Aussetzung.

Die Kantone Schwyz, Appenzell I.-Rh. und St. Gallen stipulieren eine allgemeine, für jedermann gültige Anzeigepflicht in bezug auf bestimmte, besonders schwere drohende Delikte. Der sachliche Bereich dieser Denunziationspflichten ist ungefähr der gleiche und

auch das Unterlassen der Meldung wird von den drei Kantonen übereinstimmend mit Haft oder Buße bedroht. Von einer Bestrafung abgesehen werden kann indes in den Fällen, wo der Nichtdenunziant in so nahen Beziehungen zu dem Verbrecher steht, daß sein Verhalten entschuldbar erscheint.

Auch im Kanton Genf besteht (neben der bereits erwähnten Anzeigepflicht in bezug auf begangene Verbrechen und Vergehen) in dem Sinne eine allgemeine Anzeigepflicht in bezug auf drohende Straftaten, indem jedermann „qui a eu connaissance“ verpflichtet ist, dem „procureur général“ Anzeige zu erstatten.

Im geltenden Bundesrecht besteht keine allgemeine Meldepflicht.

Hingegen statuierten mehrere Vorentwürfe zum Schweizerischen Strafgesetzbuch eine allgemeine Pflicht zur Anzeige zugunsten eines unschuldig in Untersuchung Gezogenen und bedrohten das Unterlassen der Anzeige mit Gefängnis oder Buße. Stand aber der Unterlassende dem Schuldigen so nahe, daß sein Verhalten entschuldbar erschien, so sollte er straflos bleiben.

Auch verlangte die für die Kriegszeit erlassene Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes unter Strafandrohung von jedermann die Anzeige bei allen „Tatsachen, welche die Landdessicherheit berühren“ und in einer Entscheidung des Militärkassationsgerichtes wurde ausdrücklich festgestellt, daß diese Anzeigepflicht dem Zeugnisverweigerungsrecht vorgehe.

Eine spezielle, d. h. nur für bestimmte Personenkategorien geltende Anzeigepflicht finden wir in den meisten Kantonen.

In 19 Kantonen (eine Ausnahme machen die Kantone Bern, Luzern, Solothurn, Schaffhausen, Graubünden und Waadt) ist allgemein **Behörden und Beamten** die Pflicht zur Strafanzeige auferlegt. Hierbei ist die Umschreibung des Beamtenbegriffs natürlich jeweils die Sache des betreffenden Kantons.

Ein ausdrückliches Anzeigeverweigerungsrecht besteht in einzelnen dieser Kantone, wenn es sich um das Verzeigen verwandter Personen handelt, in bezug auf welche auch das Zeugnis verweigert werden könnte, oder aber im Umfange des amtlichen Zeugnisverweigerungsrechtes.

Der sachliche Bereich dieser amtlichen Anzeigepflichten erstreckt sich in der Regel auf sämtliche begangenen strafbaren Handlungen bzw. Verbrechen und Vergehen.

Einen speziellen Straftatbestand, der die Verletzung der amtlichen Anzeigepflicht mit einer Strafe bedroht, stellt indessen keiner von diesen Kantonen auf. Die Unterlassung der Anzeige wird entweder als Amtspflichtverletzung bestraft oder disziplinarisch geahndet; eventuell könnte eine Bestrafung wegen Begünstigung im Sinne von Art. 305 StGB erfolgen.

Neben oder an Stelle von diesen samt und sonders in den Strafprozeßgesetzen untergebrachten amtlichen Denunziationsbestimmungen statuieren eine ganze Anzahl von Kantonen, sowie auch der Bund, für bestimmte Behörden und Beamte dann in speziellen Gesetzen noch besondere Anzeigepflichten.

Die meisten Kantone schaffen sodann für **Medizinalpersonen** eine Denunziationspflicht, wobei allerdings sowohl der personelle wie der sachliche Geltungsbereich ziemlich stark variieren:

Sechs Kantone (Zürich, Bern, Zug, Solothurn, Schaffhausen und Aargau) verpflichten allgemein „die Medizinalpersonen“ zur Strafanzeige. Der Kreis der Berufspersonen, die in den einzelnen Kantonen als Medizinalpersonen im Sinne des Medizinalgesetzes gelten, ist aber nicht durchwegs der gleiche. Im Kanton Solothurn wird sodann die Anzeigepflicht auch auf diejenigen Personen ausgedehnt, welche die sogenannte niedere Chirurgie ausüben. Der Kanton Neuenburg verlangt die Denunziation von „Aerzten, Wundärzten (chirurgiens), Apothekern und Hebammen“. Anzuzeigende Delikte sind in den meisten dieser Kantone sämtliche Straftaten.

Drei Kantone (Glarus, Freiburg und Tessin) schränken in ihren Medizinalgesetzen bzw. Strafprozeßordnungen den Kreis der anzeigepflichtigen Personen auf die Aerzte und die Hebammen ein. Während im Kanton Tessin die Denunziation bei sämtlichen Verbrechen gegen Leib und Leben verlangt wird, müssen in den Kantonen Glarus und Freiburg nur wenige bestimmte Delikte, so vor allem Abtreibungen und Abtreibungsversuche angezeigt werden.

Eine Reihe von Kantonen stellt für die Aerzte sodann eine besondere Anzeigepflicht in bezug auf sämtliche außergewöhnlichen

Todesfälle, also die nicht offensichtlich auf „natürliche Todesursachen“ zurückzuführenden Todesfälle auf.

Ferner statuieren fast alle kantonalen „Hebammenpflichtordnungen“ eine spezifische Meldepflicht für Hebammen. Diese Anzeigepflichten umfassen in der Regel folgende Straftatbestände: Abtreibungen und Abtreibungsversuche, Verletzung, Tod oder grobe Vernachlässigung eines bereits geborenen Kindes.

Die meisten Kantone auferlegen „den Medizinalpersonen“ auch noch eine Meldepflicht bei Widerhandlungen gegen gesundheitspolizeiliche Gesetze und Verordnungen.

Bezüglich der möglichen Kollision zwischen der Anzeigepflicht und dem Zeugnisverweigerungsrecht sagt lediglich im Kanton Bern der Gesetzgeber ausdrücklich, daß die Anzeigepflicht dem Zeugnisverweigerungsrecht vorgehe.

Für das Unterlassen der Strafanzeige werden die Medizinalpersonen mit Haft oder mit Buße bestraft; unter Umständen könnte auch eine Bestrafung wegen Begünstigung im Sinne von Art. 305 StGB erfolgen.

Im Bundesrecht ist eine Anzeigepflicht für bestimmte Personen im **Militärstrafgesetzbuch** aufgestellt in bezug auf die (drohenden) Delikte der Meuterei, des Ausreißens und der Verräterei. Die Strafe für die Nichtanzeige besteht in Gefängnis, in leichten Fällen hingegen erfolgt disziplinarische Bestrafung. Steht der Täter in so nahen Beziehungen zu dem Begünstigten, daß sein Verhalten entschuldbar erscheint, so bleibt er straflos.

Das Problem der Strafanzeigepflicht im geltenden schweizerischen Rechte

I. Die kriminalpolitische Bedeutung der Strafanzeigepflicht.

Nachdem sich im heutigen Schweizerischen Strafgesetzbuche der kriminalpolitische Gesichtspunkt der Spezialprävention derart durchgesetzt hat gegenüber dem Vergeltungsgedanken, so sollte nun doch richtigerweise zweifellos auch unter diesem kriminalpolitischen Gesichtspunkte an das Problem der Strafanzeigepflicht herangetreten werden. Hier wäre es dann allerdings neben dem spezialpräventiven Gesichtspunkte ebensosehr der generalpräventive, der dadurch berücksichtigt würde.

In der Tat ist denn auch vom kriminalpolitischen Gesichtspunkte aus zu sagen, wie bereits in der Einleitung darauf hingewiesen wurde, daß die Strafgesetzgebung sowohl ihre general- wie auch ihre spezialpräventive Aufgabe nur erfüllen kann, wenn derjenige, der sich strafbar verhalten hat, mit großer Wahrscheinlichkeit mit seiner Entdeckung und Bestrafung rechnen muß.

Vom kriminalpolitischen Standpunkte aus betrachtet, ist vor allem die Anzeige begangener Straftaten unerläßlich. Immerhin wäre aber auch die Anzeige erst bevorstehender („drohender“) Rechtsverletzungen sehr erwünscht, denn es könnte wohl doch durch die Schaffung einer solchen Pflicht eine gewisse, wenn auch vielleicht nur beschränkte Anzahl Verbrechen überhaupt verhindert werden.

Im Hinblick auf die grundlegende Bedeutung, die der Denunziation für die staatliche Verbrechensbekämpfung zukommt, wäre es nun wohl das Naheliegendste, eine allgemeine und umfassende gesetzliche Anzeigepflicht zu schaffen, d.h. jedermann zu verpflichten, von allen, sei es bereits

begangenen oder nur drohenden strafbaren Verletzungen der Rechtsordnung, Anzeige zu erstatten. Es ließe sich ja auch sagen, daß jeder Einzelne ein Interesse daran habe, daß Straftaten grundsätzlich zur Anzeige gelangen und verfolgt werden, da die Rechtssicherheit allen zugute kommt.

Sowohl in bezug auf die begangenen wie auch in bezug auf die bevorstehenden Straftaten ist eine solche allgemeine und umfassende gesetzliche Anzeigepflicht bei uns aber wohl undenkbar.

Erstens wäre es schon nicht einfach, die Allgemeinheit von der Notwendigkeit einer solchen Denunziationspflicht zu überzeugen und die vielfach herrschende Gleichgültigkeit diesen Dingen gegenüber zu überwinden; ja es wäre wohl mit einer spezifischen Aversion zu rechnen, da in weiten Kreisen das grundsätzliche Denunzieren als etwas geradezu Minderwertiges gilt. Bezeichnend hierfür ist, daß im Nationalrate bei der Beratung des Artikels über die Anzeigepflicht im Militärstrafgesetzbuche ein Mitglied der Kommission so weit gegangen ist, zu sagen, die Gesinnung, die bis heute auch in der Schweiz noch „gang und gäbe“ sei, könne etwa durch das Sprichwort wiedergegeben werden:

„Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“¹.

Häufig haben die als Anzeiger in Frage kommenden Personen aber auch spezielle Gründe zur Nichtanzeige.

So kann für den Anzeiger das Risiko bestehen, selber in das Strafverfahren verwickelt zu werden wegen Komplicität, oder er riskiert, daß ein anderweitiges eigenes strafbares Verhalten dadurch aufgedeckt werden könnte. Ein Rauschgiftschleichhändler z. B., der anstatt Kokain Borax geliefert bekommt, wird sich vielleicht hüten, Anzeige zu erstatten, damit nicht seinem verbotenen Rauschgifthandel auf die Spur gekommen wird; ein Schwarzhändler, der bestohlen worden ist, wird vielleicht lieber auf die gestohlenen Waren verzichten und den Schaden stillschweigend tragen, als Strafanzeige zu erstatten und so zu riskieren, als Schwarzhändler entlarvt und bestraft zu werden.

¹ Sten.Bull. NR 1925, S. 393.

Unter Umständen wird eine Anzeige auch einmal unterlassen werden, weil der Betreffende Furcht hat, daß sich nachher der Täter oder eventuell sogar dessen Komplizen an ihm rächen könnten.

Beim Opfer eines Sittlichkeitsdeliktes wird in vielen Fällen die Scheu vor der Publizität das Interesse an einer Verfolgung des Täters überwiegen.

Sind nahe Angehörige die durch ein strafbares Verhalten Verletzten, so wird vielfach die Erhaltung des guten Rufes der Familie für sie wichtiger sein als die (staatliche) Verfolgung der Straftat. Es ließe sich aber auch sagen, daß die Pflicht, einen nahen Verwandten zu denunzieren, eine unerträgliche Zumutung darstellte. Ähnliche Schwierigkeiten bestehen aber auch, wenn Anzeiger und Täter in anderweitiger sehr enger persönlicher Beziehung zueinander stehen.

Vom Täter selber kann natürlich ebenfalls nicht erwartet werden, daß er sich anzeigt.

Solche Ueberlegungen müssen den Gesetzgeber wohl davon abhalten, eine **allgemeine und umfassende** Anzeigepflicht in bezug auf begangene oder gar auch noch drohende Straftaten aufzustellen, denn es hätte keinen Sinn, eine derartige gesetzliche Anzeigepflicht zu statuieren, wenn man sie nicht durchsetzen kann.

Man könnte nun vielleicht sagen, daß sich die Widerstände, die sich der Beachtung einer solchen allgemeinen Anzeigepflicht entgegenstellen, durch die Androhung entsprechend hoher Strafen für eine Verletzung dieser Denunziationspflicht überwinden lassen.

Abgesehen davon, daß es sehr fraglich ist, ob eine solche Strafandrohung auch nur in der Regel genügen dürfte, die allfälligen besonderen Widerstände zu beseitigen, wäre dem nun aber weiter entgegenzuhalten, daß auch eine Verletzung der Anzeigepflicht erst dann bestraft werden kann, wenn diese Verletzung ihrerseits wieder bekannt wird, was nur der Fall ist, wenn die Haupttat offenkundig geworden und zudem ersichtlich ist, daß eine bestimmte Person eine hinreichende Veranlassung gehabt hätte, Strafanzeige zu erstatten.

Ferner ist zu sagen, daß einzelne von diesen Gründen, durch die die Leute abgehalten werden können, eine Strafanzeige zu erstatten,

so respektabel sind, daß sich sehr wohl der Standpunkt vertreten läßt, daß sie gegenüber dem allgemeinen Interesse an der Anzeige prävalieren sollen. So läßt sich in bezug auf nahe Angehörige z. B. sagen, daß ihr privates Interesse an einer Geheimhaltung so schutzwürdig ist, daß es dem öffentlichen Interesse an der Anzeige vorgehen soll.

Also selbst dann, wenn man im Hinblick auf die kriminalpolitische Bedeutung der Strafanzeige für die Verbrechensbekämpfung grundsätzlich eine **allgemeine** Anzeigepflicht, d. h. eine grundsätzlich für jedermann geltende Anzeigepflicht aufstellen und sich hier nicht nur auf bestimmte Personengruppen beschränken wollte, wie etwa auf die (ohnehin im speziellen Dienste des Staates stehenden) Beamten und die Angehörigen bestimmter Berufskategorien, welche speziell in der Lage sind, Rechtsverletzungen wahrzunehmen (z. B. Aerzte, Hebammen usw.), so müßte man doch wohl bestimmte Personen von dieser grundsätzlichen Meldepflicht ausnehmen.

Und was den sachlichen Bereich der Denunziationspflicht anbelangt, so ist auch hier zu sagen, daß sich eine Anzeigepflicht heute bei uns auf keinen Fall auf sämtliche strafbaren Handlungen und Unterlassungen ausdehnen ließe, und zwar schon deswegen nicht, weil das Strafgesetzbuch eine ganze Reihe von Straftaten nur auf den Antrag des Verletzten (bzw. des allenfalls an seiner Stelle „Berechtigten“) verfolgen läßt.

Wenn nun der Staat schon selber so weit ging, von vornherein eine ganze Anzahl von strafbaren Handlungen (so z. B. die Deliktstatbestände der geringfügigen Körperverletzung, der Sachbeschädigung, der Unterschlagung, des Diebstahls oder Betruges zum Nachteil von Angehörigen oder Familiengenossen, gewisser strafbarer Handlungen gegen die Sittlichkeit u. a. m.) nur auf den Antrag des Verletzten (bzw. des an seiner Stelle „Berechtigten“) verfolgen zu lassen, so ist es ganz klar, daß er dann jedenfalls in bezug auf diese Antragsdelikte auch keine Anzeigepflicht aufstellen und den Kreis der anzuzeigenden Straftaten also höchstens auf die von Amtes wegen zu verfolgenden (begangenen oder drohenden) Straftaten ausdehnen, und also lediglich in diesem Sinne eine „umfassende“ Anzeigepflicht schaffen könnte, falls er nicht nur für die

Oeffentlichkeit besonders wichtige strafbare Handlungen für anzeigepflichtig erklären will.

Nun zeigt allerdings die **historische Untersuchung**, daß es keineswegs dieser kriminalpolitische Gesichtspunkt gewesen ist, der in der Geschichte der Strafanzeige die ausschlaggebende Rolle gespielt hat, sondern daß es doch wohl im allgemeinen viel eher staatspolitische Ueberlegungen gewesen sind, welche den jeweiligen Gesetzgeber bestimmt haben, die Strafanzeigepflicht so oder so zu gestalten.

Der allgemeine geschichtliche Ueberblick über die Pflicht zur Strafanzeige bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erlaubt uns folgende Feststellungen:

Von einer eigentlichen Entwicklung der Anzeigepflicht können wir wohl kaum sprechen.

Wir sehen zwar, daß in den Gesetzgebungen der verschiedenen Zeiten und Völker in erster Linie immer wieder Bestimmungen über die Pflicht zur Anzeige von solchen Verbrechen zu finden sind, die die Existenz und die Sicherheit des Staates unmittelbar gefährden, wie Hochverrat, Landesverrat, Aufruhr, Majestätsverbrechen und Münzfälschung. Hiervon abgesehen aber wurde die Anzeigepflicht von den einzelnen Staaten ganz unterschiedlich behandelt. Völker gleicher Zeiten gelangten, sowohl was den Kreis der anzeigepflichtigen Personen als auch was die Zahl und Art der zu denunzierenden Verbrechen anbelangt, wie auch hinsichtlich der Strafsanktionen für die Unterlassung der Meldung, zu durchaus verschiedenen Regelungen, während wir bei anderen, durch Zeit und Sitten voneinander getrennten Völkern, dann wieder sehr ähnliche Denunziationsbestimmungen finden.

Vergleichen wir die zu Ende des vorigen Jahrhunderts in der Schweiz anzutreffenden Anzeigepflichten, so sehen wir, daß nicht einmal die Stellungnahme der einzelnen kantonalen Gesetzgeber eine einheitliche war und sich auch nicht einmal innerhalb der welschen Kantone einerseits und der deutschschweizerischen Kantone anderseits eine Uebereinstimmung findet.

Während ungefähr die Hälfte der Kantone jedermann zur Denunziation verpflichtete, verzichteten die anderen Kantone auf eine solche allgemeine Anzeigepflicht und beschränkten sich darauf, nur bestimmte Personengruppen, wie vor allem die Beamten, zur Erstattung einer Anzeige zu verpflichten.

Verschieden war auch der sachliche Bereich dieser Denunziationspflichten gestaltet. Zwar finden wir bei den Kantonen, welche eine Anzeigepflicht nur für Beamte stipulierten, regelmäßig diese Anzeigepflicht in bezug auf sämtliche (begangenen) Straftaten ausgedehnt. Bei den Kantonen hingegen, welche eine allgemeine, d. h. für jedermann geltende Strafanzeigepflicht geschaffen hatten, variierte der sachliche Geltungsbereich sehr stark. Neben Kantonen, die auch hier die Anzeigepflicht auf sämtliche begangenen Straftaten ausdehnten, finden wir Kantone, welche diese Anzeigepflicht nur auf bestimmte begangene Delikte beschränkten, wobei es sich dann teilweise auch wiederum um verschiedene Straftatbestände handelte. Ferner finden wir hier Kantone, die eine Denunziationspflicht nur in bezug auf (sämtliche, oder lediglich die schwereren) bevorstehende Straftaten schufen und sodann Kantone, die eine Anzeigepflicht teils in bezug auf (sämtliche, oder nur bestimmte) drohende und teils in bezug auf (sämtliche, oder nur bestimmte) begangene Straftaten aufstellten.

Die Erklärung für diese unterschiedliche Behandlung der Anzeigepflicht von Seiten der Völker gleicher Zeiten wie auch vom gleichen Volke zu verschiedenen Zeiten dürfte darin zu erblicken sein, daß das Problem nicht einfach als ein kriminalpolitisches, sondern ebensosehr als ein staatspolitisches aufgefaßt wurde.

Wäre man jeweils nur unter dem Gesichtspunkte der möglichst wirksamen Verbrechensbekämpfung an das Problem der Denunziationspflicht herangetreten, so wäre man vermutlich allmählich zu ähnlichen Lösungen gelangt und es ließe sich wohl eine fortschreitende Entwicklung feststellen. Es wäre dann wohl kaum der Fall gewesen, daß zum Beispiel eine Ordonnanz Ludwig XI. und die Denunziationsgesetze Karl V. selbst bei nahen Angehörigen des

Täters, als Sanktion für die Verletzung der Anzeigepflicht die Todesstrafe vorsehen und in Rußland die Zaren noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts das Unterlassen der Anzeige mit dem Tode oder mit einer anderen barbarischen Körperstrafe, wie Abhauen der Hände und Füße, Abreißen der Nasenflügel, Brandmarkung usw., bestrafen konnten und dann nachher die französischen Revolutionsgesetze überhaupt keine Denunziationspflichten mehr kannten, oder, um noch ein weiteres Beispiel anzuführen, daß der preußische Polizeistaat in seinem allgemeinen Landrecht von 1794 den sachlichen Bereich der allgemeinen Denunziationspflicht über die drohenden und bestimmte begangene Straftaten hinaus, noch auf sämtliche „verdächtig oder gefährlich scheinende Unternehmungen“ ausdehnen konnte, während zu der gleichen Zeit das peinliche Gesetzbuch der helvetischen Republik gar keine Anzeigepflichten statuierte.

Entscheidend waren jeweils offenbar die staatspolitischen Gesichtspunkte. Es zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Ausmaße der individuellen bürgerlichen Freiheit und den Gesetzen über die Denunziation. Je unfreier ein Volk war, desto strenger war in der Regel auch seine Verpflichtung zur Anzeige. Bei freieren Völkern dagegen scheint sich der Staat eher auf den Patriotismus, auf das eigene Interesse der Bürger an der allgemeinen Sicherheit verlassen zu haben, als auf staatliche Zwangsmittel.

Besonders deutlich lassen sich an der Geschichte Frankreichs die Rückwirkungen der Evolution der staatsrechtlichen Prinzipien auf die Denunziationsgesetze feststellen. 1789 fiel mit der alten französischen Feudalmonarchie auch die allgemeine Strafanzeigepflicht. Und während der Republik blieben die Bürger frei von aller Verbindlichkeit zur Denunziation. Erst Napoleon führte die „non-révélation“ wieder als Delikt ein, welche Regelung dann von den restaurierten Bourbonen unverändert beibehalten wurde. Die Juli-revolution von 1830 bewirkte auch eine Revision des Code pénal und im April 1832 wurden sämtliche Artikel über die „non-révélation“ aus dem französischen Strafgesetzbuche gestrichen und nicht wieder hergestellt. Lediglich im Code d'instruction criminelle

blieb die Anzeigepflicht der Zeugen der Verübung bestimmter Straftaten bestehen, deren Verletzung indes nicht mit einer Strafe bedroht war.

Auch daß sich im römischen Rechte eine Anzeigepflicht erst während der Kaiserzeit ausbildete, darf wohl im gleichen Sinne ausgelegt werden. —

Wie weit man nun neben dem kriminalpolitischen Gesichtspunkte auch **heute** noch solche staatspolitischen Ueberlegungen im engeren Sinne berücksichtigen soll, ist eine Frage, die man nicht unbedingt in einem Sinne beantworten kann. Auch heute lassen sich staatspolitische Gesichtspunkte nicht völlig verdrängen. Daß sie auch in unserer Zeit noch eine sehr wesentliche Rolle spielen, zeigen ja diese für die Aktivdienst- und Kriegszeit aufgestellten Staatsschutzbestimmungen mit der erhöhten Anzeigepflicht (vgl. Art. 7 und 8 der Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes).

Aber die Grundlage im allgemeinen sollte doch der kriminalpolitische Gedanke geben, die staatspolitischen Gesichtspunkte nur zu gewissen Unterstreichungen führen. Es sollte nicht einzig auf staatspolitische Gesichtspunkte im engeren Sinne abgestellt werden, sondern maßgebend sollte der allgemeine kriminalpolitische Gesichtspunkt sein, der natürlich auch ein eminentes staatspolitisches Interesse hat.

II. Stellungnahme zur heutigen gesetzlichen Regelung.

A. Allgemeine Anzeigepflichten.

Wie wir an Hand der Darstellung des geltenden schweizerischen Rechtes gesehen haben, besteht die Tendenz, die allgemeinen Anzeigepflichten allmählich aus den kantonalen Rechtsordnungen auszumerzen. So hatte z. B. der Kanton Appenzell A.-Rh. in seiner Strafprozeßordnung vom 25. April 1880 noch eine allgemeine Pflicht zur Denunziation enthalten; in dem neuen Gesetze hin-

gegen verlangt der Gesetzgeber nur noch, daß jedermann von strafbaren Handlungen Anzeige erstatten solle. Ähnliche Erscheinungen zeigen sich auch bei anderen Kantonen. Und die Streichung der allgemeinen Strafanzeigepflicht aus dem Vorentwurfe zum Schweizerischen Strafgesetzbuch wurde in der zweiten Expertenkommission u. a. mit der Begründung beschlossen, eine allgemeine Pflicht zur Denunziation habe heute ihren Grund im Volke verloren.

Die noch bestehenden allgemeinen, grundsätzlich für jedermann geltenden Denunziationspflichten (in der Regel werden indes die nahen Angehörigen eines Täters privilegiert) sind verhältnismäßig selten. So kennen nur noch die Kantone Schwyz, Obwalden, Glarus, Appenzell I.-Rh., St. Gallen und Genf eine allgemeine gesetzliche Strafanzeigepflicht.

Trotzdem für die Statuierung einer allgemeinen, jedermann obliegenden Meldepflicht die grundlegende kriminalpolitische Bedeutung der „Strafanzeige“ spricht, überwiegen wohl doch die besonderen Widerstände (s. Ziffer I), die sich der Beachtung einer solchen allgemeinen Denunziationspflicht entgegenstellen. Und sicher mag im Hinblick auf die heutige, gut ausgebildete Polizei eine wirksame Verbrechensbekämpfung auch damit erreicht werden, daß man nur bestimmte Personen zur Strafanzeige verpflichtet.

Es scheint unseres Erachtens daher kaum als empfehlenswert, so weit zu gehen und eine grundsätzlich für jedermann geltende gesetzliche Anzeigepflicht zu postulieren. Wir erachten denn auch die Lösung derjenigen Kantone, die von der Statuierung einer allgemeinen Strafanzeigepflicht absehen, als heute wohl die richtigere.

Entschließt man sich aber, trotz der Gründe, die gegen die Schaffung einer allgemeinen Anzeigepflicht sprechen, zur Festsetzung einer solchen Pflicht, so sollte unseres Erachtens wenigstens der sachliche Geltungsbereich auf keinen Fall umfassend gestaltet, sondern auf Straftatbestände beschränkt werden, die als Verbrechen gelten. Das ist ja denn z. B. auch der Fall im Kanton Glarus.

Allerdings sind wir der Ansicht, daß sich eine eventuelle allgemeine Strafanzeigepflicht nicht nur auf die begangenen mit Zucht-

haus bedrohten Handlungen erstrecken solle, oder aber, wie dies in den Kantonen Schwyz, Appenzell I.-Rh. und St. Gallen, vergleiche ferner z. B. auch die Anzeigepflicht im Vorkriegsdeutschland: StGB § 139, der Fall ist — im Sinne einer Präventivmaßnahme —, lediglich auf bevorstehende Delikte, sondern daß der Gesetzgeber jedermann die Pflicht auferlegen sollte, begangene und drohende Straftaten zu verzeigen. Eine solche Lösung finden wir im Kanton Genf. Und zwar sollte nach unserem Dafürhalten der sachliche Bereich auf sämtliche begangenen und bestimmte, besonders schwere drohende Verbrechen fixiert werden.

B. Spezielle Anzeigepflichten.

An Stelle einer allgemeinen Anzeigepflicht sollte man nun aber, im Hinblick auf die grundlegende Bedeutung der Straf-anzeige für die staatliche Verbrechensbekämpfung, unbedingt spezielle, d. h. nur für bestimmte Personenkategorien geltende Anzeigepflichten haben.

(Neben einer allgemeinen Anzeigepflicht besteht theoretisch eigentlich kein Raum mehr für spezielle Denunziationspflichten, zum mindesten insofern, als es sich bei dieser allgemeinen Anzeigepflicht um eine umfassende Denunziationspflicht handelt. Denn sind schon alle Leute verpflichtet, von allen strafbaren Handlungen Anzeige zu erstatten, so ist damit ohne weiteres gesagt, daß selbstverständlich auch diejenigen Personenkategorien, welche für eine spezielle Anzeigepflicht in Frage kämen, hierzu verpflichtet sind. Stellt man für diese Kategorien dennoch eine, sei es eine umfassende oder sei es eine auf bestimmte Straftaten begrenzte Anzeigepflicht auf, so ist dies eigentlich lediglich eine spezielle Betonung der sich bereits aus der allgemeinen Pflicht auch für diese Personenkategorien ergebenden Anzeigepflicht, oder aber etwa bei der Aufstellung einer speziellen Anzeigepflicht für die Beamten, ein Ausdruck dafür, daß sich für diese Kategorien eine Anzeigepflicht auch noch aus ihrer dienstlichen Stellung ergibt.

Anders verhält sich die Sache natürlich dann, wenn es sich bei einer gegebenen allgemeinen Anzeigepflicht nicht um eine um-

fassende Pflicht handelt, sondern nur um eine Anzeigepflicht in bezug auf spezielle Straftatbestände. In diesem Falle sind gleichzeitige spezielle Anzeigepflichten unter Umständen geradezu unerlässlich, dann nämlich, wenn man eben will, daß von bestimmten Personenkategorien ein Mehreres getan wird, mehr Delikte angezeigt werden, als allgemein von jedermann verlangt ist.)

1. Behörden und Beamte.

So ist unseres Erachtens einmal unbedingt erforderlich, daß die einzelnen Gesetzgeber allgemein Behörden und Beamte zur Strafanzeige verpflichten. Wie wir gesehen haben, entsprechen rund vier Fünftel der Kantone dieser Anforderung und grundsätzlich wird auch von keiner Seite gegen eine solche Regelung Stellung genommen.

Nicht nur weil die Behörden und Beamten ohnehin im speziellen Dienste des Staates stehen, sollte sich der Staat der Mitarbeit seiner Behörden und Beamten bei der Verbrechensbekämpfung versichern, sondern auch weil bestimmte staatliche Funktionäre (abgesehen von den Strafverfolgungsorganen und der Verwaltungspolizei) besonders prädestiniert sind, bei der Verrichtung ihrer amtlichen Obliegenheiten von Verbrechen und Vergehen Kenntnis zu erlangen, ohne ihre Meldung gewisse Straftaten wohl schwerlich überhaupt jemals zur Kenntnis des Staates kämen.

Man denke z. B. an Konkursbeamte, denen speziell die sogenannten Konkursdelikte: betrügerischer Konkurs, leichtsinniger Konkurs, Bevorzugung eines Gläubigers usw., zur Kenntnis gelangen. Im Kanton Zürich z. B. sind die konkursamtlichen Verrichtungen einem Notar auferlegt. Der Notar führt auch die Grundbücher und wird so vielleicht von eventuellen Schiebungen Kenntnis bekommen. Zum Beispiel wird heutzutage beim Verkauf von landwirtschaftlichen Liegenschaften, da der Preis nicht höher sein darf als der Schätzungswert, oft hintenherum mehr bezahlt u. a. m.

Bei der Ausübung ihrer vielseitigen Tätigkeit besteht die Möglichkeit, daß Notare weitere gesetzeswidrige Handlungen wahrnehmen können, beispielsweise beim Beurkunden von Rechtsgeschäften

und anderen rechtlich relevanten Tatsachen. Es werden ihnen vielleicht Verträge mit widerrechtlichem oder unsittlichem Inhalt vorgelegt; sie gewinnen Einblick in Testamente. Da die letztwillige Verfügung unter Mitwirkung von zwei Zeugen vor einem Notar erfolgen kann, konstatiert dieser vielleicht, daß der Erblasser nicht verfügungsfähig ist, daß er eventuell unter Zwang der Zeugen handelt.

Betreibungsbeamte werden neben den eigentlichen Betreibungsdelikten (Pfändungsbetrug usw.) auch andere Verbrechen und Vergehen wahrnehmen können, so z. B. der Pfändungsbeamte, der persönlich in die Wohnungen der Schuldner kommt, um die Pfändungen vorzunehmen und so Einblick in die verschiedensten Haushaltungen gewinnt. Man stelle sich z. B. vor, daß ein solcher Pfändungsbeamter in einer Wohnung ein Hehlernest entdeckt usw.

Vormundschaftsbehörden können bei der Ueberprüfung von Entmündigungsgründen auf gesetzeswidrige Handlungen stoßen. Da die Entmündigung in den Augen vieler immer etwas Ehrenrühriges hat, werden die meisten Angehörigen eine Entmündigung erst beantragen, wenn es gar nicht mehr anders geht, wenn der zu Entmündigende gegebenenfalls schon strafbare Handlungen begangen hat, z. B. bei schlechter Vermögensverwaltung oder lasterhaftem Lebenswandel. Es wird vielleicht aber auch Verwandte geben, die aus egoistischen, ja unter Umständen sogar aus verbrecherischen Gründen, eine Entmündigung verlangen.

Dem Amtsvormunde ist auch die Führung von Vormundschaften übertragen. Er erhält Kenntnis von allfälligen Verbrechen und Vergehen seiner Mündel. Die Vormundschaftsbehörde überprüft auch die Rechnungsführung der von ihr bestellten Vormünder: eventuell wird sie dabei auf verbotene Spekulationen mit Mündelgeldern stoßen.

Besonders werden aber auch die Jugend-, Fürsorge-, Armen- und Waisenbehörden, dank ihrer umfassenden sozialen Tätigkeit, weitgehend Einblick in Lebensverhältnisse, besonders der ärmeren Bevölkerung, gewinnen und deshalb öfters in die Lage versetzt werden, begangene Straftaten wahrzunehmen. In

erster Linie werden ihnen strafbare Handlungen an Kindern, Zöglingen und Pfleglingen zur Kenntnis kommen.

Die Jugendbehörde hat u. a. die Aufsicht über die Pflegekinder auszuüben; sie wird dabei vielleicht körperliche Mißhandlungen, Ueberanstrengung der Kinder wahrnehmen können, auch bekommt sie Einblick in das Milieu der Pflegeeltern und wird so unter Umständen Kenntnis von Delikten erlangen. Die Fürsorgebehörde befaßt sich mit der Versorgung von Kindern, sie kümmert sich um Heim- und Anstaltsversorgte; auch werden ihr Vernachlässigungen von Unterstützungspflichten bekannt werden.

Lehrer an staatlichen Schulen sind Beamte. Sie werden eventuelle begangene strafbare Handlungen an Schülern feststellen können, wie z. B. Mißhandlung oder grobe Vernachlässigung der Kinder durch die Eltern; möglicherweise wird ihnen auch davon Mitteilung gemacht.

Ferner denke man z. B. an Gesundheitsbehörden, Gewerbebehörden, Fabrikinspektoren usw.

Leiter und staatlich angestellte Kräfte an öffentlichen Anstalten (Strafanstalten, Verwahrungsanstalten, Waisenhäusern, Heil- und Krankenanstalten, Erziehungsheimen usw.) fallen unter den Beamtenbegriff. Auch sind z. B. Gemeindegewerkschaften Beamte. Bei Ausübung ihrer Tätigkeit bekommen sie Einblick in häusliche Verhältnisse; sie nehmen vielleicht begangene Delikte an Patienten wahr.

Nicht vergessen werden darf, daß auch die Aufsichtsbehörden bei Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit möglicherweise von Rechtsverletzungen Kenntnis bekommen werden.

Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Gezeigt werden will aber lediglich, daß ein Staat, der den Kampf gegen das Verbrechen gründlich führen will, auf die Mithilfe seiner Beamten und Behörden auf keinen Fall verzichten kann und es daher auch zu begrüßen wäre, wenn durchwegs grundsätzlich **allen staatlichen Organen** eine amtliche Denunziationspflicht auferlegt würde.

Und zwar sollte nach unserer Meinung nun hier, im Gegensatz zu einer eventuellen allgemeinen Anzeigepflicht, der sachliche

Geltungsbereich dieser amtlichen Denunziationspflicht, im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Verbrechensbekämpfung, umfassend gestaltet, d.h. praktisch auf sämtliche (begangene) Verletzungen der Rechtsordnung, also auf alle Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen, ausgedehnt werden. Es befriedigt denn auch, daß in den meisten kantonalen amtlichen Denunziationsbestimmungen der Ausdruck „strafbare Handlungen“ verwendet wird.

2. Medizinalpersonen.

Neben den staatlichen Organen sind vor allem weiter die Medizinalpersonen in der Lage, bei Ausübung ihres Berufes Straftaten wahrzunehmen.

Im Gegensatz nun aber zu den Behörden und Beamten, ist die Heranziehung der Medizinalpersonen, vor allem der Aerzte, zur Mithilfe bei der Verbrechensbekämpfung stark umstritten. Hier wird immer wieder der Standpunkt vertreten, daß der Arzt in erster Linie die Interessen seiner Patienten zu wahren habe.

Zwischen Arzt und Patient besteht ein Vertrauensverhältnis besonderer Art. Soll der Arzt wirklich helfen können, muß sich der Kranke dem Arzte rückhaltlos anvertrauen. Nicht nur seine körperlichen Leiden, sondern unter Umständen auch seine seelische Not wird er offenbaren müssen. In gewissen Fällen wird der Hilfesuchende genötigt sein, soll der Arzt die Natur der Krankheit richtig würdigen, sie richtig behandeln können, diesem Einblick in seine privaten Verhältnisse zu gewähren, dem Arzte nähere Auskunft zu geben über sich oder über Familienangehörige, ihm gegebenenfalls Tatsachen bekanntzugeben, die er sonst ängstlich für sich behalten würde.

Voraussetzung für eine erfolgreiche ärztliche Tätigkeit ist also, daß der Patient Vertrauen hat in die Verschwiegenheit des Arztes, daß er weiß, daß der Arzt das Anvertraute und Wahrgenommene als Geheimnis hüten wird. Die Geheimhaltungspflicht ist denn auch beinahe so alt wie die Berufsmedizin überhaupt:

„Was ich innerhalb oder außerhalb der Ausübung meiner Praxis über die Lebensführung der Leute sehen oder hören werde, darüber werde ich Still-schweigen beobachten, da ich solches als Diskretionssache betrachte“

heißt es bereits in der hypokratischen Eidesformel.

Das ärztliche Berufsgeheimnis liegt jedoch nicht nur im Interesse des Patienten und der Berufsperson, sondern auch im Interesse des Staates selbst. Der Staat ist daran interessiert, daß seine Bürger einen Arzt aufsuchen und nicht durch ihre Krankheit die gesunde Bevölkerung gefährden. Indem der Gesetzgeber die unbefugte Verletzung des Berufsgeheimnisses unter Strafe stellt, befestigt er das Vertrauen zum Arzte, sorgt er dafür, daß der Kranke die benötigte ärztliche Hilfe auch tatsächlich in Anspruch nimmt.

So interessiert nun aber einerseits auch der Staat an der allgemeinen Volksgesundheit ist, so besteht anderseits ein eminentes öffentliches Interesse an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Der Kampf gegen das Verbrechen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Voraussetzung einer wirksamen Verbrechensbekämpfung ist aber, daß der Staat Kenntnis bekommt von möglichst allen Rechtsverletzungen. Und besonders die Aerzte wären nun in der Lage, da sie bei Ausübung ihres Berufes besonders häufig Gelegenheit haben, von strafbaren Handlungen Kenntnis zu erlangen, dem Staate davon Mitteilung zu machen.

Speziell werden Aerzte strafbare Handlungen gegen Leib und Leben wahrnehmen: ein Arzt konstatiert z. B. die körperliche Mißhandlung eines Kindes; er wird zu einem Verwundeten gerufen, dessen Art der Verletzungen auf ein Verbrechen schließen läßt; an einer Frau ist eine Abtreibung vorgenommen worden, der Arzt wird nachträglich zugezogen. Auch werden die kriminellen oder aber die verdächtigen Todesfälle zur Kenntnis eines Arztes gelangen, da bei jedem Todesfalle ein Arzt beigezogen werden muß, um die Todesursache festzustellen und den Totenschein auszustellen.

Es können jedoch dem Arzte bei Ausübung seiner Tätigkeit auch andere Verbrechen und Vergehen bekannt werden. Ein Verbrecher der gezwungen ist, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, wird eventuell vom behandelnden Arzte identifiziert werden können. Gelegentlich mag es auch vorkommen, daß ein Patient seinem

Ärzte ein begangenes Delikt anvertrauen muß, denn sehr oft wird ja ein Arzt nur wirklich helfen können, wenn ihm die näheren persönlichen Verhältnisse seiner Patienten bekannt sind. Bei seinen Krankenbesuchen gewinnt der Arzt Einblick in zahlreiche Milieus, seine Patienten stammen auf den verschiedensten Bevölkerungskreisen. Ein Arzt wird vielleicht einmal bei einer Krankenvsiste Zeuge eines Diebstahles, einer strafbaren Handlung gegen die Sittlichkeit u. a. m.

Und sehr häufig wird es sogar so sein, daß nur der Arzt allein imstande ist, eine begangene Straftat, sei es gegen Leib und Leben oder aber auch ein anderes Delikt, festzustellen, ein drohendes Verbrechen noch zu verhindern, da in gewisse Sphären des Privatlebens lediglich der Arzt infolge seines Berufes Einblick gewinnt; auch werden gewisse Situationen (man denke z. B. an Vergiftungen) nur von einem Arzte als Verbrechen gedeutet werden können. Ohne Meldung des Arztes könnte also der Staat in gewissen Fällen seinen Strafanspruch gar nicht geltend machen.

Es ist daher durchaus begreiflich, wenn ein Staat aus kriminalpolitischen Erwägungen auf die Mitarbeit des Aertztestandes bei der Verbrechensbekämpfung nicht verzichten will.

Verständlich ist aber auch die Haltung der Aerzte, die sich weigern, bei der Ausübung ihres Heilberufes gleichzeitig als eine Art „staatliche Detektive“ tätig zu sein, ist es doch für den Arzt die höchste Berufspflicht, die Interessen seines Patienten zu wahren. Die ständige Furcht eines Kranken vor einer Anzeige, vor einer drohenden Strafverfolgung, kann aber dessen Heilung verzögern oder überhaupt verunmöglichen. Auch werden Personen, die eine Anzeige fürchten müssen, dem Arzte den wahren Sachverhalt verschweigen und so vielleicht eine richtige Diagnosestellung, die eventuelle Heilung verunmöglichen; sie werden unter Umständen überhaupt auf ärztliche Hilfe verzichten oder zu Kurpfuschern gehen, die nicht anzeigespflichtig sind. Der Arzt kann daher in schwere Gewissenskonflikte geraten, Personen, die sich vertrauensvoll an ihn wenden, bei Wahrnehmung verdächtiger Tatsachen anzeigen zu müssen. Und doch, obwohl es mit dem Helferberufe des Arztes grundsätzlich schlecht vereinbar scheint, einen Hilfesuchenden gegebene

nenfalls denunzieren zu müssen², bleibt unseres Erachtens — vom kriminalpolitischen Standpunkte aus betrachtet — die einzig befriedigende Lösung, wenn auch von der Aerzteschaft, bzw. von **sämtlichen Medizinalpersonen** die Mitwirkung an der allgemeinen Sicherheit verlangt wird³.

Trotzdem aus dem Kreise der Medizinalpersonen in erster Linie die Aerzte, ferner auch die Hebammen, von Verbrechen und Vergehen Kenntnis bekommen werden, hat es einen praktischen Sinn, alle Medizinalpersonen anzeigepflichtig zu erklären.

Auch der Beruf eines Apothekers gibt Gelegenheit, von strafbaren Handlungen Kenntnis zu bekommen. Dem Apotheker

² Vgl. hierzu z. B. Spinner: Aerztliches Recht, S. 486: „Die unmittelbare Pflicht des Arztes ist die, Arzt zu sein, Hüter, Wächter der Staatsgesundheit, Hüter und Förderer der Einzelgesundheiten — der Prophylaxe. — Hinter diesen Gedanken müssen alle anderen Pflichten zurückgesetzt werden. ... Deshalb darf der Staat den Arzt nicht zum Polizeiorgan, zum Spitzel, zum Denunzianten degradieren, wenn nicht ein Interesse der Staatsgesundheit dies als Prophylaxe erfordert. ... Der Arzt ist kein Organ, das zur Realisierung des staatlichen Strafanspruchs denunziantenpflichtig, dienstbar gemacht werden darf.“

In gewissen Fällen anderer Ansicht Placzek: Das Berufsgeheimnis des Arztes, S. 55: „Wird nicht durch Unterlassung einer Anzeige jenen im Dunkeln arbeitenden Hebammen und anderen Frauengestalten, welche „Rat und Hülfe in discreten Angelegenheiten“ gewähren, geradezu das Handwerk erleichtert? Zwingen nicht alle die mitunter durch die Tagespresse gehenden Mitteilungen über die üppig blühende „Engelmacherei“ zu energischem Eingreifen des Arztes, der allein Kenntnis von jenen strafbaren Taten erlangt?“

³ Siehe zu dieser Frage auch Schwarz: Das Berufsgeheimnis des Arztes im Schweizerischen Strafgesetzbuch. Schweizerische Rundschau für Medizin, S. 902: „Die praktische Bedeutung der Anzeigepflicht von Verbrechen durch den Arzt wird allerdings überschätzt. Ich überblicke ein großes Material; nur in wenigen Fällen brauchte die Anzeige eines Verbrechens oder Verbrechensverdacht durch den zugezogenen Arzt zu erfolgen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wurde Anzeige durch den Geschädigten selbst erstattet oder dann durch Angehörige oder Dritte. Trotzdem wird der Staat auf die Mithilfe des Arztes in diesem Gebiet niemals verzichten können: gibt es doch immer wieder Situationen, hauptsächlich Vergiftungssituationen, die nur der Arzt im Zusammenhang überblicken und als Verbrechen deuten kann.“

kann beispielsweise ein gefälschtes ärztliches Rezept vorgelegt werden; ein durch eine kriminelle Handlung Verwundeter wird vielleicht in die nächste Apotheke gebracht, da kein Arzt in der Nähe ist. Man kann sich aber auch vorstellen, daß unter Umständen auch ein Zahnarzt oder ein Tierarzt ein Kapitalverbrechen ausfindig macht. Zum Beispiel: Ein Tierarzt stellt an einem Hunde eine Vergiftung fest. Die Ehefrau wollte ihren Mann vergiften und zufällig bekam auch der Hund von der vergifteten Speise ab. Nehmen wir nun an, daß für das Tier die Dosis genügte, während sie für einen Menschen zu klein war. Obwohl dieses Beispiel etwas ausgefallen ist, mag es doch dartun, daß auch ein Tierarzt hin und wieder in die Lage kommen kann, Umstände wahrzunehmen, die auf ein Verbrechen schließen lassen.

Vertreten auch Ulrich⁴ und Spinner⁵ z.B. die Auffassung, daß der Staat seinen Gliedern, und seien es auch Verbrecher, den Weg zum Arzte immer offen halten, der Arzt sich zum Denunzianten eines hilfesuchenden Verbrechers nicht hergeben sollte, so kann dem entgegengehalten werden, daß jeder freie Verbrecher eine Gefahr für Staat und Gesellschaft bedeutet. Der Arzt, auf dessen Anzeige hin ein Täter verhaftet und den vom Staate gegen diesen vorgesehenen Maßnahmen zur Besserung oder Unschädlichmachung unterworfen werden kann, leistet der Allgemeinheit unter Umständen unschätzbare Dienste: durch seine sofortige Benachrichtigung der Strafverfolgungsbehörden kann er allfällige weitere Straftaten verhüten helfen.

Eine Strafanzeige kann gelegentlich aber auch geradezu zur Interessenwahrung des Patienten gehören, dann nämlich, wenn dieser zu einer Meldung nicht selbst imstande ist. Der Arzt wird z. B. zu einem bewußtlosen Verletzten gerufen, der das Opfer eines Verbrechens geworden ist; er stellt begangene Straftaten an Kindern, an Schwachsinnigen fest, usw.

⁴ Ulrich: Das ärztliche Geheimnis nach Art. 285 des Entwurfs zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch, S. 76.

⁵ a.a.O. S. 486.

Ueberhaupt sollte in all den Fällen, wo durch eine Anzeige keine Strafverfolgung gegen den Patienten selbst ausgelöst wird (der Patient ist selbst das Opfer einer verbrecherischen Tat geworden), der Arzt es geradezu als zur Wahrung der Interessen seines Patienten gehörig betrachten, Anzeige zu erstatten und zwar gleichgültig, ob der Patient damit einverstanden ist oder nicht, denn dieser wird vielleicht nur durch Drohung von einer Anzeige abgehalten. Zum Beispiel: Der Arzt konstatiert die Mißhandlung einer Patientin, die aus Furcht, daß sich nachher der sie mißhandelnde, trunksüchtige Ehegatte möglicherweise an ihr rächen werde, keine Mitteilung macht.

Was nun die tatsächliche Lösung dieser Interessenkollision in der Praxis betrifft, so sind, wie wir gesehen haben, die kantonalen Gesetzgeber sehr verschiedener Ansicht. In Anbetracht, daß bei einer Verpflichtung der Medizinalpersonen zum Verzeigen von strafbaren Handlungen gegebenenfalls vom Beizuge einer solchen abgesehen würde, verzichten einmal ungefähr die Hälfte der Kantone auf die Statuierung einer gesetzlichen Norm für A e r z t e. (Es soll aber gewisserorten die Praxis gezeigt haben, daß A e r z t e, abgesehen indes von kriminellen Aborten, trotzdem von schwereren Verbrechen der zuständigen Behörde in irgend einer Form Mitteilung machen.) Hingegen stellen sich dann in bezug auf die H e b a m m e n bei der Interessenabwägung fast alle Gesetzgeber auf den Standpunkt, daß Staat und Gesellschaft mehr gedient sei, wenn die Hebammen von bestimmten Wahrnehmungen, welche Anlaß zu einer Strafverfolgung geben können, Anzeige erstatten, als wenn sie absolutes Schweigen bewahren würden. Und in sieben Kantonen wird weiteren Medizinalpersonen eine Strafanzeigepflicht auferlegt.

Voll befriedigend ist nun unseres Erachtens der personelle Geltungsbereich in den Kantonen fixiert, wo er auf A e r z t e, Z a h n - ä r z t e, A p o t h e k e r, T i e r ä r z t e und H e b a m m e n ausgedehnt ist. (Die Kantone Zürich, Bern, Zug, Solothurn, Schaffhausen und Aargau verpflichten „die Medizinalpersonen“ zur Strafanzeige. Jedoch umfaßt, wie gezeigt wurde, der Kreis der Berufspersonen,

die als Medizinalpersonen im Sinne der einzelnen Medizinalgesetze gelten, nicht durchwegs obige Medizinalpersonen. Eine Anzeigepflicht in bezug auf Aerzte, Zahnärzte, Apotheker, Tierärzte und Hebammen finden wir daher nur in den Kantonen Bern, Zug und Solothurn.) Vertretbar ist weiter auch die Ordnung derjenigen Kantone, die lediglich den Aerzten und den Hebammen eine Strafanzeigepflicht auferlegt. Hingegen dürfte sich dann aber unseres Erachtens die Beschränkung der Anzeigepflicht nur auf die Hebammen allein, wohl kaum als eine genügende Hilfe im Kampfe gegen das Verbrechen erweisen.

Was nun den sachlichen Geltungsbereich der den Medizinalpersonen obliegenden Denunziationspflicht anbelangt, so möchten wir hier eine Pflicht zur Anzeige in bezug auf alle (begangene wie drohende) Verbrechen und Vergehen fordern. (Eine Anzeigepflicht in bezug auf erst bevorstehende Straftaten finden wir in keinem der Kantone aufgestellt. Eine solche scheint uns jedoch hier erwünscht, weil der Arzt oft allein imstande sein wird, kraft seines Berufes, ein drohendes Delikt wahrzunehmen und durch Anzeige noch zu verhindern. Es könnte somit durch die Schaffung einer solchen Pflicht eine gewisse, sei es auch nur beschränkte Anzahl strafbarer Handlungen überhaupt verhindert werden.)

Zu empfehlen wäre weiter auch, wie dies z. B. die Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen und Thurgau tun, eine Anzeigepflicht in bezug auf sämtliche außergewöhnlichen Todesfälle zu schaffen, da der Arzt, man denke z. B. an Selbstmorde, Unfälle usw., in vielen Fällen nicht in der Lage ist, zu erkennen, ob eine strafbare Handlung Dritter ausgeschlossen ist, die Erfahrung aber (wie Schwarz: Das Berufsgeheimnis des Arztes im Schweizerischen Strafgesetzbuch, S. 902 ausführt) gelehrt hat, daß sich hinter solchen Todesfällen Verbrechen verstecken können.

Wenn Ulrich⁶ z. B. eine Anzeigepflicht nur bei „gemeingefährlichen Subjekten“ gerechtfertigt findet, so muß nach unserer

⁶ a.a.O. S. 76.

Auffassung dem doch entgegengehalten werden, daß es grundsätzlich wohl kaum angeht, dem Arzte bzw. den Medizinalpersonen eine Sonderstellung in der Hinsicht einzuräumen, daß man sie nach Gutfinden entscheiden läßt, ob sie in einem konkreten Falle eine Anzeige erstatten wollen oder nicht. Auch kann gerade in bezug auf dieses Beispiel betont werden, daß eine Medizinalperson im allgemeinen kaum in der Lage sein dürfte, den Grad der Gefährlichkeit eines Täters zu erkennen, der Entscheid darüber vielmehr der Untersuchungsbehörde überlassen werden muß.

Nehmen wir zum Beispiel an, ein Arzt werde zu einem angeblich Verunglückten gerufen, finde aber einen Jüngling durch Messerstiche verwundet vor; das Zimmer trage noch Spuren eines Kampfes. Der Jüngling gestehe ihm schließlich auch, daß er mit seinem älteren Bruder Streit gehabt und ihn dieser in seinem Zorne zu töten versucht habe, bitte den Arzt aber, da sein Bruder die Tat bereue, keine Anzeige zu erstatten.

Gibt sich der Arzt mit der Erklärung, daß der Täter die Tat bereue, zufrieden, unterläßt er die gesetzlich vorgeschriebene Meldung in der Meinung vielleicht, dieser Täter sei nicht gemeingefährlich, so kann das Unterlassen seiner Denunziation völlig unabsehbare Konsequenzen haben, hat doch der Mann dadurch, daß er seinen Bruder zu töten versuchte — wobei er lediglich aus bloßem Zufall nicht zum wirklichen Mörder wurde —, seine Gefährlichkeit gezeigt. Kann der Arzt aber ohne weiteres beurteilen, ob dieser Mann nicht bei anderen Gelegenheiten wieder tötlich wird, sich eventuell an weiteren Personen vergreift, also nicht doch eine ständige Bedrohung für die allgemeine Sicherheit darstellt?

Es könnte allerdings, im Hinblick darauf, daß die Anzeigepflicht der Medizinalpersonen bzw. der Aerzte stark umstritten ist, die Pflicht zum Verzeigen von Straftaten mit dem Berufe einer Medizinalperson oft geradezu als unvereinbar angesehen wird, der Standpunkt eingenommen werden, daß sich die Anzeigepflicht nur auf schwerere Tatbestände, wie Körperverletzungen, Mord usw., also auf Delikte gegen Leib und Leben, beschränken solle, weil man die Medizinalpersonen nicht weiter zum „Spitzel“ machen will — diese Lösung finden wir im Kanton Tessin —, oder aber es wird

auch die Meinung vertreten, daß sich eine Denunziationspflicht, neben den Delikten gegen Leib und Leben, höchstens noch bei den strafbaren Handlungen gegen die Sittlichkeit und gegen die öffentliche Gesundheit rechtfertigen lasse, also in bezug auf Straftaten, die den medizinischen Beruf irgendwie berühren.

Andere Verbrechen und Vergehen (als gegen Leib und Leben, gegen die Sittlichkeit und gegen die öffentliche Gesundheit) wird eine Medizinalperson nun aber auch kaum verzeigen können, da sie ihr bei ihrer Berufsausübung nur selten zur Kenntnis kommen werden. Doch warum soll eine Medizinalperson für das, was sie sonst sieht, nicht gleichzeitig auch noch anzeigepflichtig erklärt werden? Ein Arzt z.B., der bei seiner Krankenvisite wahrnimmt, daß die Herrschaft (eine alte, alleinstehende Frau) von ihrem Dienstmädchen bestohlen wird, warum soll er eigentlich keine Anzeige erstatten?

Man nimmt allgemein gegen eine Pflicht der Aerzte zum Verzeigen von strafbaren Handlungen Stellung und meint im Grunde genommen ja doch nur die Anzeigepflicht bei krimineller Abtreibung. Man könnte sich deshalb überlegen, ob man nicht die Pflicht zur Strafanzeige in bezug auf den Straftatbestand der Abtreibung preisgeben sollte, da dies der hauptsächlichste Zankapfel ist, und dann rigoros von den Aerzten die Anzeige aller anderen Delikte verlangen. Kirchlich gesinnte Kreise, vor allem die Katholiken, werden dagegen sein. Aber man kann sich fragen, ob mit einer solchen Lösung der Kriminalpolitik nicht besser gedient wäre. Denn wie die Praxis in verschiedenen Kantonen zeigt, erstatten die Aerzte sozusagen nie Meldung bei Verdacht eines kriminellen Abortes und häufig soll auch dann der Strafverfolgungsbehörde nicht einmal Mitteilung gemacht werden, wenn die Patientin an den Folgen der kriminellen Abtreibung gestorben ist, ihr ganz offensichtlich aus der Strafverfolgung kein Nachteil mehr erwachsen würde. Weil aber die Aerzte in Abtreibungsfällen sozusagen nie Anzeige erstatten, demoralisiert schon das und der Kampf wird nicht nur gegen die ärztliche Strafanzeigepflicht bei der Abtreibung geführt, sondern gegen die ärztliche Anzeigepflicht überhaupt. Es fragt sich daher, ob der Sache nicht besser gedient wäre, wenn man die An-

zeigepflicht in bezug auf den Straftatbestand der Abtreibung preisgäbe, aber dann klar und unmißverständlich von den Aerzten verlangte, daß sie der Strafverfolgungsbehörde von allen anderen Delikten Anzeige erstatten.

Aber dagegen spricht nun speziell die Laienabtreibung.

Jeder Laienabtreiber bedeutet ganz offensichtlich eine Gefahr für Gesundheit und Leben einer unbestimmten Zahl von Frauen. Dem Einzelinteresse einer Patientin, nicht in eine Strafuntersuchung gezogen zu werden, steht deshalb das öffentliche Interesse gegenüber, den Laienabtreibern ihr gefährliches Handwerk zu legen. Erstattet nun der Arzt, der in der Regel allein Kenntnis von diesen Delikten erlangt, keine Anzeige, so wird dadurch den Laienabtreibern geradezu ihr Handwerk erleichtert: der Laienabtreiber wird weiter abtreiben und vermutlich weitere Frauen verletzen, möglicherweise sogar töten. Durch eine Anzeige hingegen würde ermöglicht, zum mindesten für eine Zeit, diesen Abtreibern ihr Handwerk zu legen. (Und das sollte eigentlich nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch für einen Arzt wichtiger sein als das Interesse einer Patientin, nicht in eine Strafuntersuchung gezogen zu werden, denn so kann unter Umständen weiteren Frauen das Leben gerettet werden.)

Während kirchliche Kreise aus ideologischen Gründen gegen die Preisgabe der Strafanzeigepflicht bei der Abtreibung sind, kommen wir auf dem Wege einer realistischen Argumentation dazu, daß sich eine Preisgabe der Anzeigepflicht beim Straftatbestand der Abtreibung nicht verantworten läßt. Und es scheint unseres Erachtens daher richtig, den sachlichen Bereich der ärztlichen Anzeigepflicht ausdrücklich auch auf den speziellen Deliktstatbestand des kriminellen Abortes auszudehnen und mit allem Nachdruck darauf zu dringen, daß der Arzt die Strafverfolgungsbehörden auf einen derartigen Fall aufmerksam macht.

Untragbar ist die in zahlreichen Kantonen aus der allgemein den Medizinalpersonen auferlegten Anzeigepflicht einerseits und der amtlichen Denunziationspflicht anderseits sich ergebende unterschiedliche Behandlung von Privatärzten und beamte-

ten Aerzten (insofern deren Tätigkeit ebenfalls in der Ausübung des Heilberufes besteht) in bezug auf den Kreis der anzuzeigenden strafbaren Handlungen. Diese Regelung wird denn auch von den verschiedensten Seiten kritisiert und mit Recht als unbillig empfunden. Wie Schwarz⁷ ausführt, würden dadurch nicht nur zwei Kategorien von Aerzten, sondern auch zwei Kategorien von Patienten geschaffen.

Besonders kraß wirkt sich der Unterschied mit Bezug auf die Denunziationspflicht zwischen privaten und beamteten Medizinalpersonen in den Kantonen aus, wo eine allgemeine Anzeigepflicht für Medizinalpersonen nicht besteht und lediglich auf Grund der amtlichen Denunziationsbestimmung die beamteten Medizinalpersonen von bestimmten, oder aber von sämtlichen Straftaten Anzeige zu erstatten haben. So kann sich auch die Situation ergeben, daß ein staatlich angestellter Arzt bezüglich seiner Tätigkeit an einer öffentlichen Krankenanstalt denunziationspflichtig ist, während er bezüglich einer eventuellen Privatpraxis keine Strafanzeigen zu erstatten hat.

Es ist denn auch zu sagen, daß Aerzte, die als staatliche Beamte gelten, in bezug auf den sachlichen Bereich ihrer Strafanzeigepflicht privaten Aerzten unbedingt gleichgestellt sein sollten in ihrer Eigenschaft als behandelnder Arzt (da sie hier die gleiche Tätigkeit ausüben wie die Privatärzte). Die allgemein für Beamte stipulierten weitergehenden Denunziationspflichten sollten sich für beamtete Aerzte auf ihre administrative Tätigkeit beschränken⁸.

Verwirklicht nun war diese Ansicht in dem 1933 in der Volksabstimmung verworfenen zürcherischen „Gesetze über das öffentliche Gesundheitswesen“. Dessen § 17 letzter Absatz lautete:

„In bezug auf die Anzeigepflicht von Verbrechen gelten die Aerzte der kantonalen Krankenanstalten nicht als Beamte im Sinne der Strafprozeßordnung.“

⁷ a.a.O. S. 900.

⁸ Vgl. zu dieser Frage auch die Ausführungen bei: Jaquet, Die Schweigepflicht des Arztes. Correspondenz-Blatt für Schweizer Aerzte, Jahrgang 1910, S. 260 ff.

3. Militärpersonen.

Eine spezielle Anzeigepflicht haben auch die **Militärpersonen**. Und zwar rechtfertigt sich die Proklamierung einer solchen Pflicht, zur Abwendung von bedeutsamen militärischen Gefahren.

Das schweizerische Militärstrafrecht verlangt die Anzeige bei den Vorhaben einer Meuterei, eines Ausreißens und einer Verrätereï. Aus dem Kreise der Straftaten, die für die Wehrkraft und die militärische Organisation eines Staates vor allem schädlich und gefährlich sind, sind dies wohl drei der schwerwiegendsten Delikte und (wie Hafter in seinem Vorentwurfe zu einem Schweizerischen Militärstrafgesetzbuch, S. 100, ausführt) Vergehen, die, wenn immer möglich, schon im Keime erstickt werden müssen.

Für den Friedensdienst dürfte unseres Erachtens die Ausdehnung des sachlichen Geltungsbereiches der Anzeigepflicht der Militärpersonen auf diese drei Straftatbestände (der Meuterei, des Ausreißens, der Verrätereï) wohl vollauf genügen. In Aktivdienst- und Kriegszeiten hingegen muß der sachliche Bereich dieser Meldepflicht wesentlich ausgebaut werden. Das hatte ja denn auch der Bundesrat in seiner Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes getan, wo er — über die Militärpersonen hinaus — jedermann die Pflicht auferlegte, alle Tatsachen zu verzeigen, welche die Landessicherheit berühren.

4. Weitere Berufskategorien.

Abschließend möchten wir noch die Frage aufwerfen, ob es eventuell im Interesse eines möglichst umfassenden Schutzes der Rechtsordnung doch auch noch am Platze wäre, weiteren Berufspersonen, so etwa den Geistlichen und den Rechtsanwälten, eine Denunziationspflicht aufzuerlegen, sind doch auch sie besonders prädestiniert, kraft ihrer Stellung, von Straftaten Kenntnis zu erlangen.

Geistliche stehen in ihrer Eigenschaft als Seelsorger in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu ihren Pfarrkindern: sie werden um Rat gefragt, bei ihnen wird das Gewissen erleichtert, es werden ihnen vermutlich dabei auch Handlungen zur Kenntnis ge-

bracht werden, die im Widerspruche zur staatlichen Rechtsordnung stehen. So mag es vorkommen, daß ein Verbrecher aus Reue dem Pfarrer seine Tat gesteht, ein Rechtsbrecher vielleicht auf dem Sterbelager ein Geständnis ablegt. Vor allem aber werden den katholischen Geistlichen in der Beichte begangene strafbare Handlungen anvertraut, eventuell Verbrechenspläne geoffenbart werden. Auch werden die Geistlichen bei der Ausübung ihrer seelsorgerischen Pflichten, z. B. bei Haus- und Krankenbesuchen, Konfirmandenbesuchen usw., weitgehend Einblick in die persönlichen Verhältnisse der Einzelnen gewinnen und so möglicherweise von gesetzeswidrigen Zuständen, von begangenen Delikten Kenntnis bekommen.

Der moderne Staat lehnt nun aber in der Regel — und unseres Erachtens doch wohl zu Recht — ab, Geistliche zur Strafanzeige zu verpflichten. Würden die Geistlichen gezwungen, unter gewissen Umständen ihre Geheimhaltungspflicht zu durchbrechen, müßte der Beichtende mit der Offenbarung des Anvertrauten rechnen, so hätte das zur Folge, daß die Menschen ihnen weniger anvertrauen, in gewissen Sachen auf ihren Rat verzichten, sich unter Umständen die seelsorgerischen Besuche verbeten würden, m. a. W. den Geistlichen würden überhaupt nur noch selten strafbare Handlungen bekannt werden, sie könnten somit mit ihrer Anzeigepflicht nur wenig zur Verbrechensbekämpfung und Verbrechensverhütung beitragen.

Die Seelsorger werden der Allgemeinheit daher sicher mehr nützen, wenn der Einzelne ihrer absoluten Verschwiegenheit gewiß sein kann. Ein Geistlicher wird selbst darauf dringen, daß die notwendigen Schritte getan werden; mancher Verbrecher, der von Reue getrieben dem Pfarrer seine Tat gesteht, kann eventuell von der Notwendigkeit einer Selbstanzeige überzeugt werden. Sind die Geistlichen auch nicht instande, jeden Fehlbaren zur Anzeige seiner Taten zu bewegen, so liegt es vielleicht doch in ihrer Macht, sie von weiteren Rechtsverletzungen abzuhalten, sie zu bessern, so daß sie wenigstens in Zukunft keine strafbaren Handlungen mehr begehen werden. Besonders katholische Priester vermögen mit der Verweigerung der Absolution intensiv auf die Beichtenden einzuwirken.

Es gibt nun aber auch unter den Geistlichen B e a m t e im Sinne

von Art. 110 Ziff. 4 StGB, so z. B. Pfarrer an staatlichen Krankenhäusern, Seelsorger und Erzieher an staatlichen Anstalten; Geistliche, die im Nebenamt amtliche Funktionen ausüben, als Gefängnisgeistliche, als Religionslehrer an öffentlichen Schulen.

So notwendig es im Hinblick auf die Verbrechensbekämpfung ist, wie gezeigt worden ist, daß ein Staat grundsätzlich allen seinen Beamten eine Strafanzeigepflicht auferlegt, so rechtfertigt nach unserem Dafürhalten nun doch der besondere Beruf des Seelsorgers eine Ausnahmebehandlung, d. h. die Anerkennung einer absoluten Verschwiegenheitspflicht auch bei beamteten Geistlichen in bezug auf das bei Ausübung der Seelsorge Anvertraute oder Wahrgenommene ist wünschenswert. Ansonst ist zu sagen, daß auch hier, analog zu den Aerzten, nicht nur zwei Kategorien von Geistlichen, sondern auch zwei Kategorien von „Pfarrkindern“ geschaffen würden.

Ebenso erachten wir eine spezifische Strafanzeigepflicht für **Rechtsanwälte** nicht als empfehlenswert, obschon besonders auch der Rechtsanwalt bei Berufsausübung von Verbrechen und Vergehen Kenntnis bekommt, denn um seinen Klienten helfen und raten, deren Interessen richtig vertreten zu können, muß der Anwalt alles wissen, auch eventuelle begangene strafbare Handlungen.

Ein absolutes Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt und Klient ist nun aber die Grundlage für eine ersprießliche Anwaltstätigkeit; niemand wird sich rückhaltlos anvertrauen, der nicht unbedingtes Zutrauen in die Verschwiegenheit der Berufsperson haben kann. Und auch der Verbrecher muß jemand haben, mit dem er sich aussprechen kann. Würde der Staat aber den Rechtsanwalt verpflichten, Mitteilung zu machen von den ihm beruflich zur Kenntnis gelangenden strafbaren Handlungen, so könnte der Anwalt seine Tätigkeit überhaupt nicht mehr richtig ausüben, denn kein Ratsuchender wird mehr den wahren Sachverhalt darlegen, der weiß, daß sein Anwalt gezwungen ist, von gewissen Geständnissen dem Staate Anzeige zu erstatten. Ein guter Anwaltsstand ist aber für den Staat ein nicht zu entbehrendes Hilfsinstrument der Rechtspflege⁹.

⁹ Es sei darauf verwiesen, daß die Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes nicht nur von jedermann, sondern ausdrücklich auch

C. Zeugnisverweigerungsrecht und Anzeigepflicht.

Es stellt sich nun noch die Frage, inwiefern man bei der Fixierung des personellen Geltungsbereiches der „Anzeigepflicht“ jeweils Ausnahmen statuieren will. Denn wie schon unter Ziffer I näher ausgeführt wurde, müßte man doch wohl z. B. von einer allgemeinen, d. h. von einer grundsätzlich für jedermann geltenden Strafanzeigepflicht bestimmte Personen ausnehmen. So läßt sich z. B. sagen, daß das private Interesse naher Angehöriger so schutzwürdig ist, daß sich der Standpunkt vertreten läßt, daß es dem öffentlichen Interesse an der Anzeige vorgehen solle.

Man kann sich daher fragen, ob ein Zeugnisverweigerungsrecht nicht auch für die betreffende Person eine Anzeigepflicht ohne weiteres ausschließt, denn zuzugeben ist, daß tatsächlich die Gründe, die jeweils maßgeben sind, um jemandem das Recht zuzubilligen, ein Zeugnis zu verweigern (z. B. Gewissenskonflikte naher Angehöriger) wohl auch eine Entbindung von der Anzeigepflicht zu begründen vermöchten.

Wir haben nun aber gesehen, daß nur der Kanton Glarus in seiner allgemeinen Denunziationsbestimmung es ausdrücklich sagt, daß die Personen, die nicht zur Ablegung eines Zeugnisses verhalten werden können, ein spezifisches Anzeigeverweigerungsrecht haben, es sei denn, daß sie das Gesetz speziell zu einer Anzeige verpflichte. Wir folgerten daraus (siehe des näheren das bei der allgemeinen Anzeigepflicht Ausgeführte, S. 57 ff.), daß die anderen Kantone, die keine solche einschränkende Gesetzesbestimmung aufstellen, diese Einschränkung nicht wollen, daß also in den anderen Kantonen sämtliche Personen anzeigepflichtig bleiben.

von den zur beruflichen Verschwiegenheit Verpflichteten die Anzeige der ihnen zur Kenntnis gelangenden „Tatsachen, welche die Landessicherheit berühren“, verlangte. So bestimmte Art. 8 Abs. 1: „Verpflichtungen zur Wahrung eines Geheimnisses entbinden nicht von den vorgenannten Pflichten.“ — Diese Bestimmung hat aber seinerzeit zu lebhafter Kritik Anlaß gegeben. Vgl. hierzu auch Blaß: Die Berufsgeheimhaltungspflicht der Aerzte, Apotheker und Rechtsanwälte, S. 141 f.

Und was die Kollision zwischen der Anzeigepflicht der Behörden und Beamten oder aber der Medizinalpersonen und dem Rechte zur Verweigerung des Zeugnisses (sei es das Zeugnisverweigerungsrecht naher Angehöriger oder aber das amtliche oder berufliche Zeugnisverweigerungsrecht) anbelangt, so sehen wir, daß nur die Kantone Bern, Schwyz, Basel-Stadt, Basel-Land, Waadt und Wallis es deutlich und unmißverständlich, entweder in bezug auf ihre öffentlichen Funktionäre oder aber in bezug auf ihre Medizinalpersonen sagen, daß den staatlichen Organen oder den Medizinalpersonen ein spezifisches Anzeigeverweigerungsrecht zustehe, oder daß ihnen kein solches Recht zur Verweigerung der Strafanzeige zustehe. Wir argumentierten daher auch hier wiederum, daß, wenn die einzelnen Gesetzgeber gewollt hätten, daß ein Zeugnisverweigerungsrecht der amtlichen oder beruflichen Pflicht zur Anzeige vorgehe, sie es doch wohl in einer Gesetzesbestimmung ausdrücklich festgelegt oder auf jeden Fall hätten festlegen sollen, denn, wie wir wiederholt ausgeführt haben, schließen sich Anzeigepflicht und Zeugnisverweigerungsrecht mindestens begrifflich nicht aus, da sie strafprozessual zwei verschiedene Dinge sind. Zum gleichen Schlusse gelangten wir auch bei der Anzeigepflicht der Militärpersonen.

Ob und wie man nun auch immer die Ausnahmen vom personellen Geltungsbereiche der Anzeigepflicht fixieren will, wesentlich ist, daß der Gesetzgeber ganz eindeutig Stellung nimmt. Unter der Herrschaft der Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes mußte seinerzeit, da der eidgenössische Gesetzgeber zu dieser Frage nicht eindeutig Stellung genommen hatte, das Militärkassationsgericht ein für allemal festlegen, daß diese Anzeigepflicht dem Zeugnisverweigerungsrecht vorgehe. Ebenso finden wir z. B. nur in den Kommentaren zum deutschen StGB und nicht in der Denunziationsbestimmung des § 139 selbst die ausdrückliche Fixierung, daß diese Anzeigepflicht ebenfalls für die zeugnisverweigerungsberechtigten Personen, so vor allem auch für nahe Angehörige des Täters Geltung habe.

De lege ferenda ist denn auch nachdrücklich zu fordern, daß die einzelnen Gesetzgeber die Kollision zwischen der Anzeige-

pflicht einerseits und dem Zeugnisverweigerungsrecht anderseits deutlich und unmißverständlich lösen und es nicht der Theorie bzw. dem Anzeigepflichtigen überlassen würden, zu entscheiden, ob die Pflicht zur Anzeige vorgehe oder aber ob in einem bestimmten Falle ein spezielles Anzeigeverweigerungsrecht bestehe.

D. Strafandrohungen.

Was nun noch die Strafandrohung für eine Verletzung der „Anzeigepflicht“ anbelangt, so ist zu sagen, daß nur, wenn solche Sanktionen da sind, von einer befriedigenden Regelung der Anzeigepflicht gesprochen werden kann. In den Kantonen Obwalden, Glarus und Genf also, die, wie gezeigt wurde, keine Strafbestimmungen für die Verletzung ihrer allgemeinen Denunziationspflichten kennen, dürfte somit wohl die Anzeigepflicht mehr oder weniger nur „auf dem Papier stehen“.

Richtig ist unseres Erachtens aber, dann von einer Bestrafung Umgang zu nehmen, wenn der Täter in so nahen Beziehungen zu dem Verbrecher steht, daß sein Verhalten entschuldbar erscheint, wie dies denn auch z. B. ausdrücklich von den Kantonen Schwyz, Appenzell I.-Rh. und St. Gallen festgelegt worden ist, ferner auch in Art. 79 MStGB, sowie in der in mehreren Vorentwürfen zum Schweizerischen StGB enthaltenen Denunziationsbestimmung.

Auch hier ist aber wiederum zu bemerken, daß, wenn man schon von einer Bestrafung Umgang nehmen will, wenn der Nichtdenunziant in so nahen Beziehungen zu dem Verbrecher steht, daß sein Verhalten entschuldbar erscheint, der Gesetzgeber dies, wie es der eidgenössische Gesetzgeber in Art. 305 Abs. 2 StGB bei der Begünstigung ebenfalls getan hat, im Interesse der Rechtssicherheit dann aber ausdrücklich so regelt. Wird es nicht expressis verbis festgesetzt, so gibt es auch hier wiederum Zweifel, oder man muß damit rechnen, daß der Standpunkt eingenommen wird, wie dies das Militärkassationsgericht denn auch seinerzeit getan hat in bezug auf die in der Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes stipulierte allgemeine Anzeigepflicht, daß man das nicht will, daß grundsätzlich jeder Nichtdenunziant, auch wenn er in nahen Beziehungen zu dem Verbrecher steht, bestraft werden soll.

ANHANG

I. Literatur und Materialien.

- Amtliches stenographisches Bulletin der Bundesversammlung (Nationalrat), Jahrgang 1925 (zitiert Sten.Bull. NR).
- Amtliches stenographisches Bulletin der Bundesversammlung (Nationalrat), Jahrgang 1936.
- Biener, Dr. Friedrich A.: Beiträge zur Geschichte des Inquisitionsprozesses und der Geschworenengerichte. Leipzig 1827.
- Binding, Dr. Karl: Grundriß des deutschen Strafprozeßrechtes. 5. Aufl. Leipzig 1904.
- Birkmeyer, Dr. Karl: Deutsches Strafprozeßrecht. Berlin 1898.
- Blackstone, William: Commentaries on the Laws of England IV. 4. Aufl. London 1876.
- Blaß, Heinz: Die Berufsgeheimhaltungspflicht der Aerzte, Apotheker und Rechtsanwälte. Zürcher Diss. 1944.
- Bossard, Georg Jos.: Die Denuntiationspflicht in Strafsachen nach den Gesetzen des Kantons Luzern. Luzern 1846.
- Brunner, Heinrich: Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte. 7. Aufl. München und Leipzig 1927.
- — Deutsche Rechtsgeschichte, 2 Bde. 2. Aufl. München und Leipzig 1906/1928.
- Comtesse, Dr. F. H.: Das Schweizerische Militärstrafgesetzbuch. Zürich 1946.
- Deterf, Dr. Erich: Die Pflicht zur Anzeige drohender Straftaten. Breslau-Neukirch 1936. Strafrechtliche Abhandlungen von Prof. Dr. H. Bennecke, herausgegeben von Dr. August Schoetensack, Heft Nr. 371.
- Egli: Der Arzt und das Schweizerische Strafgesetzbuch. Schweizerische Aerzte-Zeitung für Standesfragen, Jahrgang 1942.

- Egli: Die den Arzt angehenden Bestimmungen des Schweizerischen Strafgeseztbuches. Schweizerische Aerzte-Zeitung für Standesfragen, Jahrgang 1942.
- — Die Pflicht des Arztes zur Anzeige von Verbrechen. Schweizerische Aerzte-Zeitung für Standesfragen, Jahrgang 1942.
- Eichhorn, Karl F.: Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, 4 Bde. 5. Aufl. Göttingen 1843/44.
- Entscheidungen des Militärkassationsgerichtes IV. 1941—1944 (zit. EMKG).
- Entscheidung des Militärkassationsgerichtes i. S. Pennart vom 31. Oktober 1944. Nicht veröffentlicht.
- Entscheidung des Militärkassationsgerichtes i. S. Stamm und Konsorten vom 8. Januar 1945. Nicht veröffentlicht.
- Eßlinger, Fritz: Das Amtsgeheimnis und dessen Verletzung. Zürcher Diss. 1906.
- Fehr, Dr. Hans: Deutsche Rechtsgeschichte. 3. Aufl. Berlin 1943.
- Feuerbach, Paul J. A.: Lehrbuch des gemeinen, in Deutschland gültigen peinlichen Rechts. Herausgegeben von C. J. A. Mittermaier. 14. Aufl. Gießen 1847.
- Geib, Dr. Gustav: Geschichte des römischen Criminalprozesses bis zum Tode Justinians. 4. Aufl. Leipzig 1842.
- — Lehrbuch des deutschen Strafrechts II. Leipzig 1862.
- Gerland, Dr. Heinrich: Der deutsche Strafprozeß. Mannheim/Berlin/Leipzig 1927.
- Glaser, Dr. Julius: Handbuch des Strafprozesses I. Leipzig 1883.
- Haft er, Dr. Ernst: Schweizerisches Strafrecht, Besonderer Teil II. Berlin 1943.
- — Vorentwurf zu einem Schweizerischen Militärstrafgesetzbuch mit Motiven. 2. Aufl. Bern 1918.
- Hahn, Franz: Von der Pflicht zur Denuntiation von Verbrechen. Bern 1839.
- Hahnii, Simonis Friderici: Collectio Monumentorum veterum et recentium ineditorum II. Brunsvigae 1726.
- Hasenöhr l, Dr. Victor: Oesterreichisches Landesrecht im 13. und 14. Jahrhundert. Wien 1867.
- Hélie, Faustin M.: Traité de l'instruction criminelle I. 2^{me} éd. Paris 1866.
- Hep p, Dr.: Das Denunciationsunwesen der neueren deutschen Gesetzgebungen. Archiv des Criminalrechts NF, Jahrgang 1849.

- Hepp, Dr.: Ueber die Nichtverhinderung von bevorstehenden und die unterlassene Anzeige von begangenen Verbrechen. Archiv des Criminalrechts NF, Jahrgang 1837.
- Heß, Dr. Robert: Die Anzeigepflicht im Strafrecht. Breslau 1893.
- Hiestand, Dr. H.: Rechtsfragen des Arztes. Zürich 1936.
- Hinschius, Dr. Paul: System des katholischen Kirchenrechts V. Berlin 1895.
- Hippel, Dr. Robert: Deutsches Strafrecht I. Berlin 1925.
- Humbert, Frédéric: Das ärztliche Berufsgeheimnis. Zürcher med. Diss. 1912.
- Jaquet, A.: Die Schweigepflicht des Arztes. Correspondenz-Blatt für Schweizer Aerzte, Jahrgang 1910.
- Klenze, C. A. C.: Lehrbuch des Strafverfahrens. Berlin 1836.
- Kries, Dr. August: Lehrbuch des deutschen Strafprozeßrechts. Freiburg i. B. 1892.
- Liszt/Schmidt: Lehrbuch des Deutschen Strafrechts I. 26. Aufl. Berlin und Leipzig 1932.
- Luschin, Dr. A. v. Ebengreuth: Geschichte des ältern Gerichtswesens in Oesterreich. Weimar 1879.
- Martin, Dr. Christoph: Lehrbuch des teutschen gemeinen Criminal-Process. 5. Aufl. Leipzig und Heidelberg 1837.
- Meyer, Carl: Kritische und vergleichende Darstellung der Strafverfolgung und Voruntersuchung nach den kantonalen Gerichtsorganisationen und Strafprozeßordnungen. Zürcher Diss. 1897.
- Michaelis, Joh. D.: Mosaisches Recht VI. 2. Aufl. Reutlingen 1793.
- Mittermaier, Dr. C. J. A.: Das deutsche Strafverfahren, 2 Theile. Heidelberg 1845/1846.
- Mommson, Theodor: Römisches Strafrecht. Leipzig 1899.
- Osenbrüggen, Edmund: Das Alamannische Strafrecht im deutschen Mittelalter. Schaffhausen 1860.
- Oyerbeck, Prof. Dr. Alfred: Der Schutz des Berufsgeheimnisses. Zeitschrift für schweizerisches Recht NF, Bd. 43.
- Papen, Georgius Heinricus: Monumenta Germaniae Historica III. Hannover 1835.
- Pfennigzer, Heinrich: Das Strafrecht der Schweiz. Berlin 1890.

- Pfyffer, Dr. Kasimir: Meine Betheiligung an der Rathsherr Leu'schen Mordgeschichte. Zürich 1846.
- Placzek, Dr. S.: Das Berufsgeheimnis des Arztes. Leipzig 1893.
- Protokoll des Ständerates über die Verhandlungen der Kommission des Ständerates betr. das Schweizerische Strafgesetzbuch. XVIII. Session vom 1. Oktober 1936 (zitiert Prot.Kom.StR).
- Rechenschaftsbericht des Kantonsgerichtes Schwyz, Jahrgang 1924.
- Regino, Abbatis Prumiensis: Libri duo de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis. (ed. Wasserscheben.) Lipsiae 1840.
- Rein, Dr. Wilhelm: Das Criminalrecht der Römer von Romulus bis auf Justinianus. Leipzig 1844.
- Richter, Aemilius Ludwig: Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts. 8. Aufl. Leipzig 1886.
- Rosenfeld, Dr. Ernst H.: Der Reichsstrafprozeß. 4. und 5. Aufl. Berlin 1912.
- Rosenthal, Eduard: Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns I. Würzburg 1889.
- Sander, A.: Erörterung von der Lehre von der Begünstigung von Verbrechen. Archiv des Criminalrechts NF, Jahrgang 1838.
- Schreiber, Hans: Das materielle Strafrecht der kantonalen Einführungsgesetze zum Schweizerischen StGB. Zürcher Diss. 1946.
- Schröder/Künssberg: Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte. 7. Aufl. Berlin und Leipzig 1932.
- Schwarz, F.: Das Berufsgeheimnis des Arztes im Schweizerischen Strafgesetzbuch. Praxis, Schweizerische Rundschau für Medizin, Jahrgang 1942, Nr. 48.
- Schweizer, Margrit: Die Mitwirkung Privater bei der Strafverfolgung. Zürcher Diss. 1940.
- Schweizerisches Strafgesetzbuch, Protokoll der zweiten Expertenkommission V, 1914 (zitiert 2. Exp.Kom.).
- Schweizerisches Strafrecht, Verhandlungen der von dem Eidg. Justiz- und Polizeidepartement einberufenen Expertenkommission über den Entwurf zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch, 2. Bd. 1896.
- Sieben, Alexander: Das Berufsgeheimnis auf Grund des eidgenössischen Strafgesetzbuches. Berner Diss. 1943.
- Siegel, Heinrich: Das pflichtmäßige Rügen auf den Jahrdingen und sein Verfahren. Sitzungsbericht der Philosophisch-Historischen Classe der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, Bd. 125. Wien 1891.

- Siegel, Heinrich: Deutsche Rechtsgeschichte. 3. Aufl. Berlin 1895.
- Spinner, Dr. J. R.: Aerztliches Recht. Berlin 1914.
- Stalder, Fritz: Die Ausnahmen von der Zeugnispflicht im bernischen Strafverfahren. Berner Diss. 1937.
- Stooss, Carl: Die Grundzüge des schweizerischen Strafrechtes. 2 Bde. Basel und Genf 1892/93.
- — Die schweizerischen Strafgesetzbücher zur Vergleichung zusammengestellt. Basel und Genf 1890.
- Stübel, D. Christoph: Ueber den Thatbestand der Verbrechen und die Urheber derselben. Wittenberg 1805.
- Thormann/Overbeck: Das Schweizerische Strafgesetzbuch II. Zürich 1940.
- Tittmann, Carl August: Handbuch der Strafrechtswissenschaft und der deutschen Strafgesetzkunde I. Halle 1822.
- Ulrich, Alfred: Das ärztliche Geheimnis nach Art. 285 des Entwurfes zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch. Zürcher Diss. 1934.
- Vorentwurf zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch nach den Beschlüssen der Expertenkommission, 1896.
- Vorentwurf zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch und zu einem Bundesgesetz betr. Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (nach den Beschlüssen der vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement mit der Durchsicht des Vorentwurfes von 1896 beauftragten Expertenkommission), Juni 1903.
- Vorentwurf zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch, neue Fassung der Expertenkommission, April 1908.
- Waiblinger, Dr. Max: Das Strafverfahren für den Kanton Bern. Langenthal 1937.
- Zallinger, Dr. Otto: Das Verfahren gegen die landschädlichen Leute in Süddeutschland. Innsbruck 1895.
- Zangger, Dr. H.: Ueber die ärztliche Schweigepflicht. Zürich 1915.
- Zürcher, E.: Schweizerisches Strafgesetzbuch, Erläuterungen zum Vorentwurf vom April 1908. Bern 1914.

II. Rechtsquellen.

1. Bund.

Peinliches Gesetzbuch der helvetischen Republik. Basel 1799.

Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937.

Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege vom 15. Juni 1934. (Durch das StGB und das OG 1943 abgeändert.) Ausgabe 1945.

Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927 (mit Abänderungen gemäß BG vom 13. Juni 1941).

Militärstrafgerichtsordnung vom 28. Juni 1889, mit Abänderungen. (Bereinigte Ausgabe 1941.)

Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes vom 22. September 1939; revidiert am 16. April 1940.

Bundesgesetz betreffend die Fischerei vom 21. Dezember 1888.

Bundesgesetz über Jagd- und Vogelschutz vom 10. Juni 1925.

Bundesgesetz über gebrannte Wasser vom 21. Juni 1932.

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz vom 8. Juni 1923 über die Lotterien und die gewerbsmäßigen Wetten vom 27. Mai 1924.

2. Kantone.

Zürich.

Gesetz über die Strafrechtspflege vom 10. Brachmonat 1831. Zürich 1831.

Gesetz betreffend das Strafverfahren vom 30. Herbstmonat 1852. Zürich 1852.

Strafgesetzbuch für den Kanton Zürich. Zürich 1835.

Strafgesetzbuch für den Kanton Zürich vom 8. Januar 1871.

Strafgesetzbuch für den Kanton Zürich vom 6. Dezember 1897.

Strafprozeßordnung vom 4. Mai 1919. Neudruck auf den 1. Januar 1942.

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch vom 6. Juli 1941.

Gesetz betreffend das Medizinalwesen vom 2. Oktober 1854.

(Kreisschreiben an die Aerzte des Kantons Zürich betreffend Anzeigepflicht von außergewöhnlichen Todesfällen vom 4. April 1945.)

Entwurf zu einem Zürcher Medizinalgesetz: Gesetz über das öffentliche Gesundheitswesen. (In der Volksabstimmung verworfen.)

Verordnung über den Zivilstandsdienst vom 18. Oktober 1928.

Pflichtordnung für die Hebammen des Kantons Zürich vom 15. Nov. 1905.

Verordnung zum Gesetze betr. das Kantonspolizeikorps vom 30. März 1908.

Dienstreglement für das Polizeikorps des Kantons Zürich vom 15. März 1911.

Verordnung über die Organisation und die Ausübung der Kriminalpolizei (§ 23 StPO) vom 27. Mai 1924.

Gesetz betreffend die Ordnungsstrafen vom 30. Weinmonat 1866.

Gesetz über Jagd- und Vogelschutz vom 12. Mai 1929.

Bern.

Gesetzbuch über das Verfahren in Strafsachen für den Kanton Bern. Bern 1834.

Helvetisches peinliches Gesetzbuch mit den dasselbe modifizierenden Gesetzen für die Republik Bern. Burgdorf 1839.

Gesetz über das Strafverfahren des Kantons Bern vom 20. Mai 1928, mit Abänderungen.

Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 6. Oktober 1940.

Gesetz über die Ausübung der medizinischen Berufsarten vom 14. März 1865.

Instruktion für die Hebammen des Kantons Bern vom 1. Mai 1931.

Gesetz über den Primar-Unterricht im Kanton Bern vom 6. Mai 1894.

Reglement über die Obliegenheiten der Primarschulkommission vom 6. Oktober 1924.

Gesetz über das Armen- und Niederlassungswesen vom 28. November 1897.

Verordnung über die Lehrlingsprüfungen vom 15. Februar 1929.

Polizeireglement betreffend Schifffahrt, Fahren und Flößerei im Kanton Bern vom 16. Februar 1940.

Verordnung betreffend die Ausrichtung von Belohnungen und Entschädigungen in Strafsachen vom 10. Juni 1919.

Luzern.

Strafgesetzbuch für den Kanton Luzern, 3 Teile. Luzern 1836.

Gesetz über das Strafrechtsverfahren vom 7. Brachmonat 1865, mit Abänderungen.

Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches im Kanton Luzern vom 18. Dezember 1940.

Gesetz über das Gesundheitswesen vom 25. Juni 1923, mit Abänderungen.

Pflichtordnung für die Hebammen des Kantons Luzern vom 6. Januar 1938.

Uri.

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch für den Kanton Uri vom 4. Mai 1941.

Art. 267 a. Landbuch. (Landbuch des Kantons Uri III, S. 210.)

Landraths-Beschluß vom 4. März 1884. (Landbuch III, S. 210.)

Gesetz betreffend die amtliche Klage vom 6. Mai 1894.

Verordnung über Abänderung des Strafverfahrens vom 1. März 1928.

Pflichtheft für die Hebammen des Kantons Uri vom 6. September 1902.

Vollziehungsverordnung des Landrates zum Bundesgesetz betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei vom 9. Oktober 1911.

Vollziehungs-Verordnung zum Bundesgesetz vom 8. Juni 1923 betreffend die Lotterien und gewerbsmäßigen Wetten vom 7. April 1927.

Vollziehungs-Verordnung über das Zivilstandswesen vom 14. November 1929.

Verordnung betreffend das Beerensammeln vom 14. April 1932.

Maßnahmen zum Schutze des Schuhmachergewerbes vom 28. September 1934.

Kantonale Vollziehungsverordnung vom 31. Mai 1939 zum Bundesgesetz über Jagd- und Vogelschutz.

Schwyz.

Gesetz über das Verfahren in Strafrechtsfällen im Kanton Schwyz vom 18. Februar 1908. Neuauflage 1. September 1937.

Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches im Kanton Schwyz vom 21. Juli 1941.

Verordnung über das Medizinalwesen vom 24. Juni 1930.

Regulativ über Pflichten und Befugnisse der Hebammen des Kantons Schwyz vom 21. Oktober 1926, mit Abänderungen.

Verordnung über die Verhängung von Geldbußen bei Uebertretung allgemeiner administrativer oder polizeilicher Gesetze und Verordnungen vom 13. März 1857.

N i d w a l d e n.

Strafprozeßordnung vom 30. Januar 1943.

Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 27. April 1941.

Medizinalgesetz vom 5. Oktober 1904, mit Ergänzung vom 24. April 1932.

O b w a l d e n.

Gesetz über das Strafrechtsverfahren (StRV) vom 11. März 1869.

Einführungsbestimmungen zum Schweizerischen Strafgesetzbuch vom 29. September 1941.

Medizinal-Verordnung des Kantons Unterwalden ob dem Wald vom 7. März 1899, mit Abänderungen.

Hebammen-Pflichtordnung des Kantons Obwalden vom 5. Oktober 1897.

G l a r u s.

Strafprozeßordnung des Kantons Glarus vom 5. Mai 1940.

Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches im Kanton Glarus vom 5. Mai 1940.

Gesetz betreffend das Medizinalwesen vom 5. Mai 1907 / 2. Mai 1920.

Vollziehungs-Verordnung zum Gesetz über das Hebammenwesen vom 3. November 1913.

Gesetz über die Behörden und Beamten des Kantons Glarus vom 5. Mai 1946.

Gesetz betreffend die Flurpolizei vom 5. Mai 1907.

Z u g.

Strafprozeßordnung für den Kanton Zug vom 3. Oktober 1940.

Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 25. November 1926, mit Abänderungen.

Verordnung über das Hebammenwesen vom 8. Januar 1885.

Gesetz über die Verantwortlichkeit der öffentlichen Behörden und Beamten und deren Abberufung vom 29. Dezember 1931.

Freiburg.

Strafprozeßordnung für den Kanton Freiburg vom 11. Mai 1927/9. Mai 1944.

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch für den Kanton Freiburg vom 7. Februar 1940.

Sanitätsgesetz vom 6. Mai 1943.

Solothurn.

Strafprozeßordnung für den Kanton Solothurn vom 25. Oktober 1885. Neuausgabe 2. Mai 1926.

Gesetz über das kantonale Strafrecht und die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 14. September 1941.

Gesetz über die Organisation des Sanitätswesens vom 30. Mai 1857, mit der Ergänzung vom 23. Februar 1919.

Verordnung betreffend die Pflichten und Obliegenheiten der Hebammen vom 26. März 1910.

Gesetz über das Staatspersonal vom 23. November 1941.

Verordnung über die Stellung des Staates und der Gemeinden als Verletzte im Strafprozeß nach § 59 Abs. 3 der Strafprozeßordnung vom 17. April 1942, mit Ergänzung vom 9. Mai 1944.

Gesetz über die Primarschulen vom 27. April 1873, mit Abänderungen.

Gesetz über Volksabstimmungen und Wahlen vom 16. Juli 1899, mit Abänderungen.

Verordnung des Regierungsrates betreffend den Zivilstandsdienst im Kanton Solothurn vom 19. Juli 1929.

Basel-Stadt.

Criminalgesetzbuch für den Canton Basel. Basel 1821.

Strafprozeßordnung vom 15. Oktober 1931. Neuausgabe vom 12. Dezember 1941.

Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 30. Oktober 1941.

Gesetz betreffend Ausübung des Berufs der Medizinalpersonen vom 26. Mai 1879.

Hebammenordnung für den Kanton Basel-Stadt vom 27. Februar 1869, mit Abänderungen.

Notariatsgesetz vom 27. April 1911.

B a s e l - L a n d s c h a f t .

Criminalgesetzbuch für den Canton Basel. Basel 1821.

Gesetz betreffend das Strafverfahren vom 30. Oktober 1941.

Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 30. Oktober 1941.

Gesetz über das Sanitätswesen vom 20. Februar 1865.

Dienstordnung für die Hebammen des Kantons Baselland vom 16. Dezember 1921.

S c h a f f h a u s e n .

Strafprozeßordnung für den Kanton Schaffhausen vom 3. März 1909.

Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 22. September 1941.

Medizinal-Gesetz vom 20. Mai 1856.

Verordnung betreffend das Hebammenwesen vom 11. Mai 1904, mit Abänderungen.

A p p e n z e l l A u ß e r - R h o d e n .

Gesetz betreffend die Strafprozeßordnung vom 25. April 1880.

Gesetz betreffend die Strafprozeßordnung für den Kanton Appenzell A.-Rh. vom 26. April 1914/27. November 1941.

Gesetz über die Einführung und Anwendung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und über das kantonale Strafrecht für den Kanton Appenzell A.-Rh. vom 27. April 1941.

Verordnung über das Gesundheitswesen für den Kanton Appenzell A.-Rh. vom 30. Mai 1924/25. Mai 1944.

Pflichtordnung für die Hebammen des Kantons Appenzell A.-Rh. vom 1. Juni 1946.

Appenzell Inner-Rhoden.

Strafprozeß-Ordnung für den Kanton Appenzell I.-Rh (mit den Bestimmungen zur Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches) vom 27. April 1941.

Verordnung über das kantonale Uebertretungs-Strafrecht („Uebertretungen-Verordnung“) vom 24. November 1941.

Verordnung über das Gesundheitswesen im Kanton Appenzell I.-Rh. vom 27. März 1893.

Hebammen-Instruktion vom 10. Oktober 1942.

Jagd-Verordnung für den Kanton Appenzell Innerrhoden vom 30. März 1926 / 30. November 1936.

Verordnung betreffend die Bergführer vom 30. November 1936.

St. Gallen.

Kanton St. Gallisches Straf-Gesetzbuch vom 25. Juni 1819, 2 Theile. St. Gallen 1819.

Strafrechtspflege (amtl. Ausgabe Januar 1942):

I. Gesetz über die Strafrechtspflege bei Verbrechen und Vergehen vom 8. April 1912, mit Abänderungen gemäß Art. 95 des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 24. März 1941.

II. Strafrechtspflege bei Uebertretungen und leichten Vergehen (Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 24. März 1941, III. Titel, II. Teil).

Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 17. Februar 1941.

Gesetz über das Sanitätswesen vom 24. November 1893. — Nachtragsgesetz zum Gesetz über das Sanitätswesen vom 24. November 1926.

Hebammen-Instruktion vom 24. Dezember 1940.

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 3. Juli 1911 / 22. Juni 1942.

Einführungsverordnung zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 14. Dezember 1945.

G r a u b ü n d e n.

Strafgesetzbuch für den Kanton Graubünden. Chur 1851.

Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Straffällen. Chur 1853.

Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und das Strafverfahren im Kanton Graubünden vom 2. März 1941.

Sanitäts-Ordnung des Kantons Graubünden vom 11. September 1900.

Hebammen-Instruktion für den Kanton Graubünden vom 30. August 1901.

Großbrätliche Verordnung über das Verhalten bei verdächtigen Todesfällen und beim Auffinden von Leichen vom 12. Juni 1874.

Dienstinstruktion für das Landjägerkorps des Kantons Graubünden vom 30. Dezember 1931.

Jagdgesetz des Kantons Graubünden vom 25. Juli 1926 / 25. Juli 1943.

Fischereigesetz des Kantons Graubünden vom 5. März 1944.

A a r g a u.

Peinliches Strafgesetz für den Kanton Aargau vom 11. Hornung 1857.

Strafprozeßordnung für den Kanton Aargau vom 3. März 1858, mit Abänderungen.

Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches im Kanton Aargau vom 21. Juli 1941.

Gesetz über das öffentliche Gesundheitswesen des Kantons Aargau vom 28. November 1919.

Verordnung über das Hebammenwesen vom 29. März 1923, mit Abänderungen.

T h u r g a u.

Strafgesetzbuch für den Kanton Thurgau. Frauenfeld 1841.

Gesetz betreffend das bezirksamtliche Voruntersuchungsverfahren in Strafsachen und die gerichtliche Abwandlung der korrekzionellen Straffälle, sowie der an die Gerichte überwiesenen Polizei-Uebertretungen, vom 26. November 1867.

Gesetz über das Geschworenengericht vom 24. März 1852.

Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1940.

Gesetz betreffend die Organisation des Sanitätswesens vom 4. Dezember 1850, in seiner jetzigen Anwendbarkeit. (Februar 1932.)

Pflichtordnung für die Hebammen des Kantons Thurgau vom 21. Juli 1943.

T e s s i n.

Codice di procedura penale del 10 luglio 1941.

Legge di applicazione del Codice penale svizzero del 28 maggio 1941.

Legge istituyente l'Ordine generale delle Arti sanitarie del 21 dicembre 1938.

Regolamento di applicazione della legge 29 settembre 1920 istituyente le condotte ostetriche del 20 febbraio 1923.

W a a d t.

Code de procédure pénal du Canton de Vaud. Lausanne 1836.

Code pénal du Canton de Vaud. Lausanne 1843.

Code de procédure pénale du 3 septembre 1940.

Loi d'application du Code pénal suisse du 19 novembre 1940.

Loi du 4 septembre 1928 sur l'Organisation Sanitaire, mit Abänderungen.

Instructions aux sages-femmes du Canton de Vaud. Ausgabe 1945.

W a l l i s.

Gesetzbuch über die peinliche Prozeßordnung vom 24. November 1848, mit Abänderungen.

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch vom 25. Nov. 1940.

Loi de 1896 sur la police sanitaire.

N e u e n b u r g.

Code de procédure pénale Neuchâtelois du 19 avril 1945.

Loi concernant l'Introduction du Code pénal suisse du 20 novembre 1940.

Loi sur l'exercice des professions médicales du 23 avril 1919, mit Abänderungen.

Loi concernant l'exercice de la profession de sage-femme du 21 avril 1913, mit Abänderungen.

Genf.

Code de procédure pénale du 7 décembre 1940.

Loi d'application du Code pénal suisse du 7 décembre 1940.

Loi sur l'exercice des professions médicales et des professions auxiliaires du 11 décembre 1926, mit Abänderungen.

3. Deutsche Rechtsquellen.

Guldene Bulla des Römischen Kayzers Caroli IV. a. Chr. 1356. Franckfurt am Mayn 1741.

Carolina. Carls V. peinliche Gerichtsordnung. Nach der ältesten Ausgabe vom Jahre 1533 abgedruckt. Göttingen 1819.

Des Sachsenspiegels erster Theil oder das sächsische Landrecht, nach der Berliner Handschrift vom Jahre 1369. Herausgegeben von Dr. C. G. Homeyer. 3. Aufl. Berlin 1861.

Landtsordnung des Herzogthumbs Würtemberg vom 17. August 1567. Stuttgart 1621.

Constitutio Criminalis Theresiana vom 31. Dezember 1768. Wien 1769.

Allgemeines Gesetzbuch für die Preußischen Staaten IV. Berlin 1791.

Criminal-Ordnung für die Preußischen Staaten vom 11. Dezember 1805. 5. Aufl. Berlin 1828.

Strafgesetzbuch über Verbrechen und schwere Polizeiübertretungen für das Kaiserthum Oesterreich vom 3. September 1803. (Sammlung der deutschen Strafgesetzbücher III, herausgegeben von M. Stenglein. München 1858.)

Strafgesetzbuch für das Königreich Baiern; 2. Theil: Von dem Prozeß in Strafsachen. 2. Aufl. München 1820.

Bayerisches Strafgesetzbuch vom 6. Mai 1813. (Sammlung der deutschen Strafgesetzbücher I, herausgegeben von M. Stenglein. München 1858.)

Strafgesetzbuch für die Herzoglich-Oldenburgischen Lande vom 10. September 1814. (Sammlung der deutschen Strafgesetzbücher I, herausgegeben von M. Stenglein. München 1858.)

Strafgesetzbuch für das Königreich Württemberg vom 1. März 1839. (Sammlung der deutschen Strafgesetzbücher I, herausgegeben von M. Stenglein, München 1858.)

Allgemeines Criminal-Gesetzbuch für das Königreich Hannover. Hannover 1840.

Strafgesetzbuch für das Großherzogtum Baden vom 6. März 1845. (Sammlung der deutschen Strafgesetzbücher I, herausgegeben von M. Stenglein, München 1858.)

Strafprozeßordnung für das Großherzogthum Baden. (Herausgegeben von Wilhelm Thilo.) Karlsruhe 1845.

Criminalgesetzbuch für das Königreich Sachsen. Leipzig 1848.

Die (österreichische) Strafprozeßordnung vom 23. Mai 1873. 8. Aufl. Wien 1893.

Die Oesterreichische Strafgesetzgebung nach dem Stande vom 30. Juni 1927. (Herausgegeben von Altmann/Jacob/Weiser, 6. Aufl. Wien 1927.)

Strafprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 1. Februar 1877 / 22. März 1924. (24. Aufl. Kohlrausch, Berlin und Leipzig 1936.)

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871. (Herausgegeben von Grosch / Petters, 15. Aufl. Berlin und München 1942.)

4. Frankreich.

Code d'instruction criminelle, novembre / décembre 1808. Paris 1816.

Code pénal von 1810. Paris 1816.

Code d'instruction criminelle. (Petits codes Dalloz, 26^{me} éd. Paris 1928.)

Code pénal. (43^{me} éd. Petits codes Dalloz. Paris 1946.)

5. Italien.

Codice penale e Codice di procedura penale. (Ed. Ulrich Hoepli.) Milano 1931.

6. Rußland.

Criminal-Codex für das Russische Reich (Entwurf). Halle 1818.

III. Abkürzungen.

BG	Bundesgesetz
EG	Einführungsgesetz
G	Gesetz
Med.G	Medizinalgesetz
MStGB	Militärstrafgesetzbuch
MStGO	Militärstraßgerichtsordnung
NF	Neue Folge
StGB	Strafgesetzbuch (insbesondere Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937).
StPO	Straßprozeßordnung
StRV	Gesetz über das Strafrechtsverfahren
VE	Vorentwurf
VO	Verordnung
VVO	Vollziehungsverordnung
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch

Curriculum vitae

Am 10. April 1920 wurde ich in Zürich geboren. Hier besuchte ich die Primar- und Sekundarschule sowie die Handelsabteilung der Töchterschule der Stadt Zürich, wo ich im Frühjahr 1938 das Diplom, im Frühjahr 1939 die Matura erwarb.

Dann war ich dreieinhalb Jahre auf der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung der Schweizerischen Nationalbank in Zürich tätig.

Das Studium an der Universität Zürich schloß ich am 22. Januar 1949 mit dem mündlichen Doktorexamen ab.

